

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: 6,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen
über deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 27. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ciapoepia!

Nachdem die Tausende schuldloser Opfer heimlich in Särge ge-
bracht und irgendwo verscharrt worden sind, fühlt die Regierung des
Zaren das Bedürfnis, sie wieder zum Leben zu erwecken.

Auf den Straßen Petersburgs ist auf Befehl des Kaisers eine
Bekanntmachung des Finanzministers und Generalgouverneurs an-
geschlagen worden, welche lautet:

Der ruhige Verlauf des öffentlichen Lebens in Petersburg ist
in den letzten Tagen durch die Einstellung der Arbeit in den
Fabriken und Werkstätten gestört worden.

Die schlechtesten Personen schrecken nicht vor den
Schwierigkeiten zurück, welche das Vaterland in der schweren
Kriegszeit durchlebt.

In Zeiten der Unruhe ist eine ruhige und wohlgemeinte
Tätigkeit der Regierung zum Nutzen der Arbeiter unentbehrlich,
und eine Erfüllung der Arbeiterforderungen, wie berechtigt diese sein mögen.

Mit dem, was der Kaiser unlängst nach seinem persönlichen
freien Willen zu befehlen geruht, daß nämlich an die Bearbeitung
der Frage der Arbeiterversicherung herangetreten werden soll.

Wären auch die Arbeiter in Fabriken, Werkstätten und anderen
gewerblichen Einrichtungen wissen, daß sie, nachdem sie zur Arbeit
zurückgekehrt sind, darauf rechnen können, daß die Regierung die
Unverletzlichkeit ihrer Person, ihrer Familien und ihres häuslichen
Herdes schützen wird;

Dieses Dokument ist zugleich ein Zeichen des Schwächegefühls
und eine Urkunde dessen, daß der am Rande des Abgrundes
tammelnde Zarismus immer noch bereit und fähig ist, das alte
tückische Spiel des Volksbetruges fortzusetzen.

Verachtung der Intelligenz der russischen Untertanen. Nachdem man
die treuen Zarengläubigen zu Tausenden fälligt hat, obwohl sie
nichts weiter wollten, als unbewaffnet eine Bittschrift dem Herrscher
überreichen, erzählt man ihnen jetzt, daß Väterchen aus freier Ent-
scheidung ein ganzes Füllhorn sozialpolitischer Geschenke ausgehen
wolle, wenn nur die misleiteten Arbeiter so freundlich sein wollten,

Der Mas appelliert an die niedrigste und verblendeste Selbst-
sucht der Arbeiter. Er ist bestimmt, sie von den Intellektuellen und
auch von den liberalen Bürgern zu trennen, und sie zurückzuführen
in das demütigende Joch der Sklavenarbeit.

Es ist die alte Taktik. Wenn der Zarismus nicht aus noch ein
weiß, dann führt er Hunderttausende auf die Schlachtbank in der
Mandschurei.

Nach niemals aber ist mit solcher brutaler Offenheit von der
Regierung eines Landes ausgesprochen worden, welchen Zweck die
Sozialpolitik der Herrschenden verfolgt.

In dessen der russische sozialreformerische Singlang bietet ja
nicht einmal Scheintaten, sondern nur leere Versprechungen. Ohne
eine russische Verfassung sind die Versprechungen des Zaren aber
faule Weisheit, wertlose Papiere.

Die Arbeiter zeigen sich gegen die Bekanntmachung des Finanz-
ministers und des Generalgouverneurs gleichgültig; sie sagen, daß
morgen darüber entschieden werde, ob die Arbeit wieder auf-
genommen wird.

Ob der Zarismus mit Peitschen, Säbeln, Flinten das Volk hin-
mordet, ob er mit holder Stimme den Wohlgefinnten das Paradies
auf Erden verheißt — die Weltgeschichte antwortet: Zu spät. Der
Zarismus vermag die Freiheit weder zu füßeln, noch sie einzup-
fellen. . . . Zu spät!

Die russische Revolution und die
deutschen Royalisten.

Welche Angst, fassungslose Enttäuschung, lähmende Sorge,
dann wieder tolle Wutausbrüche und wilder Jubel über jede
neue Tat der russischen Soldateska — das sind die Stimmungen,
die man jetzt im Lager der Reaktionsäre und Scharfmacher
durchlebt, und die sich in ihrer Presse treulich widerspiegeln.

Heute schreibt man den 27. Januar, den die monarchisch
gestimmten Teile des deutschen Volkes als den Geburtstag des
Kaisers festlich begehen. Mehr als ein Organ der Reaktion
nimmt die günstige Gelegenheit wahr, den König seiner
submissiven Glückwünsche reichlich mit dem scharfen Gift
konterrevolutionärer Aufreizung zu vermischen.

Sollte die am Ruine des Vaterlandes mit hartnäckiger Zähig-
keit arbeitende Sozialdemokratie es einmal verüben, bei einem
Kriege die Abwesenheit der Truppen auszunutzen, um ihre ver-
brecherischen Zwecke gewaltsam zu erreichen, so würde es sich
sicherlich bewähren, was wir zuversichtlich in unserer preussischen
Nationalhymne singen, daß die Liebe des freien Mannes den
Herrscherthron gelinde wie Fels im Meer. Gegeistert würden
Tausende alter und junger Patrioten sich als eine Art Leibgarde
um den Thron scharen und zu kämpfen und zu sterben
wissen für das Vaterland, ebenso wie ihre Väter.

Damit soll die Vorstellung erweckt werden, als ob die
russische Revolution eine Tat der Sozialdemokratie, nicht aber,
wie in Wirklichkeit, der instinktive Verzweiflungsausbruch eines
ganzem getretenen Volkes wäre.

Über auch dieser für alles Edle begeisterte, tatkräftige Herrscher
vermochte es nicht, dem Schicksal verkannt zu werden, und Linden
zu ernten, zu erntigen. Immer dreister erhebt sich die revolutionäre
Partei und bemächtigt sich, die unerschütterlichen Waffen ihrem Kaiser
zu entfremden und, je mehr er ihnen an Wohlwollen und Milde
entgegenbringt, desto mehr die Unzufriedenheit und den Klassenhaß
zu schüren.

In dem großen und befreundeten Nachbarreiche können wir
soeben wahrnehmen, welche Früchte dieses Schüren und Auf-
wiegelns zeitigt. Wir können aus der Presse der deutschen sozial-
demokratischen Partei sehen, mit wie unerbittlicher Schnelligkeit die
deutschen Revolutionäre den Sieg der zum Ausbruch getriebenen
russischen Arbeiter herbeiwünschen, um ihn für ihre Bestrebungen
in unserer deutschen Vaterlande auszunutzen.

Mit Erstaunen fragt man, von wem der „innere Frieden“
gestört worden ist, sodas man ihn wieder „herstellen“ muß.
Die deutsche Sozialdemokratie hat alle Jahrzehnte ihres
Bestehens der gewaltlosen Propaganda ihrer Ideen gewidmet.

Auch die „Kreuzzeitung“ kann den Versuch nicht lassen,
an dem Brande Russlands ihre Partijuppe zu kochen. Der
Generalmajor a. D. v. J e p e l i n hat die erschütternde Ent-
deckung gemacht, die deutsche Sozialdemokratie könne es
„nach den neuesten Enthüllungen nicht mehr leugnen, daß sie mit
Wort und Tat die revolutionäre Bewegung in Russland
unterstützt.“

Wenn der Herr General etwas von uns will, so wird er
sich doch etwas deutlicher ausdrücken müssen. Wie muß es
in den Köpfen der Allergestreuesten aussehen, wenn selbst
ergrauten Kriegshelden vor Schreck der Gebrauch der Sprache
abhanden kommt?

Ein deutlicheres Rezept scharfmacherischer Blut- und
Eifenkur hat sich der frumbe „Reichsbote“ von „geschätzter
parlamentarischer Seite“ ausstellen lassen. Der Parlamen-

tarier der Pastoren sieht bereits die Flammen der Revolution nach Deutschland hinüber schlagen. Er schreibt:

Vom neidischen Auslande werden in der nächsten Zeit zweifellos die polnischen Aufstandsgelüste mit besonderem Eifer geschürt werden. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die preussischen Polen dummt genug sein werden, das Karneval abzugeben, welches angefangen hat. Die Polen sind zu klug, als daß sie ohne besondere kräftige Unterstützung gegen den preussischen Staat vorgehen werden; sie werden auf die Sozialdemokraten warten. Nur müssen wir in Preußen und Deutschland uns dessen auf alle Fälle versehen, daß die deutsche Sozialdemokratie wird den Aufstand in Rußland zu führen versuchen. Solche Versuche aber können uns sofort in die Wirren in Rußland hineintreiben; die Regierung sollte daher nicht den mindesten Flockel daran lassen, daß sie derartige Versuche mit aller Energie und den schärfsten Mitteln im Keime ersticken wird. Andererseits wird auch die deutsche Regierung sich in keinem Falle in die inneren Wirren in Rußland zugunsten des dort herrschenden Systems einzumischen haben, da wir genug zu tun haben werden mit der Verhütung von Bränden bei uns selber.

Dem Parlamentarier des „Reichsboten“ verwirren sich die Begriffe. Wenn die Sozialdemokratie wirklich den Aufstand in Rußland führt — indem sie von ihrem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht — so ist wieder einzusehen, warum dadurch Deutschland in die russischen Wirren hineingetrieben werden soll, noch weniger, welches Mittel der Regierung zur Verfügung steht, „solche Versuche mit Energie und den schärfsten Mitteln zu ersticken.“ Wenn übrigens der Parlamentarier, der vermutlich im preussischen Landtag zu suchen ist, vor „Bränden bei uns selber“ so große Besorgnis hegt, so mag er sie zu verhüten suchen, indem er für eine Umgestaltung Preußens in modern-westeuropäischem Sinne und die Verfolgung antipolnischer Gewaltmaßnahmen Sorge trägt.

Aber angeht die ehernen Logik der Tatsachen ist ihnen allen die Möglichkeit abhanden gekommen, ihre eigenen Gedanken gerade auszudenken. Ihr Verstand geht im Kreise. Wenn es in Deutschland wirklich noch so etwas wie ehrliche Patrioten geben sollte, so mögen sie zusehen, daß die Psychose der Gegenrevolution, die jetzt in Deutschland ausgebrochen ist, nicht noch schlimmeren Schaden stiftet!

Die Revolution in Rußland.

Wenn die Fenster des Jazismus es überhaupt noch zu Stande brächten, dem heiligen Rußland seine Grabesruhe zurückzugeben, sie hätten Arbeit bis zum Lebensende. Der Widerhall der Petersburger Schüsse hat das ganze Reich in Aufruhr gebracht. In Petersburg hat die neue Militärdiktatur zur Wiedertehr zur Arbeit aufgefordert. Die Wirkung dieses Ukases scheint geringer als Null. Auch in Moskau, Saratow, Riga, Reval herrscht der politische Streit. Libau und Helsingfors melden sich. Von den grauenvollen Vorgängen des Blutsonntags wird jetzt immer näheres bekannt. So meldet das Pariser „Petit Journal“ aus Petersburg über den Empfang der Pressevertreter, daß diese dem Minister eine genaue Liste stellten, auf der die Zahl der Opfer und ebenso die Orte, an welchen in den letzten Tagen Personen durch Soldaten getötet wurden, verzeichnet waren. Diese Liste zählt 4600 Tote und Verwundete auf. Die Reporter wollen innerhalb einer Woche auch die Namen und Adressen der Toten und Verwundeten angeben, da sie den verschiedenen Zusammenstößen selbst beigewohnt haben. Unter den Getöteten befindet sich auch ein Vertreter der „Börse-Zeitung“, welcher auf dem Newski-Prospekt erschossen wurde, als er seiner journalistischen Pflicht oblag. Am Montag wurden am Narwator 600 Personen getötet und verwundet; trotzdem wird amtlich dieser Zusammenstoß einfach in Abrede gestellt. Die Zeitungsverleger beabsichtigten mit den Ausständigen in Verbindung zu treten, um die Zeitungen wieder erscheinen zu lassen. Seitens der Redakteure wurde aber erklärt, daß sie die Zeitungen nur erscheinen lassen wollen, falls ihnen die Pressefreiheit zugesichert würde. Außerdem haben sie sich gegenseitig verpflichtet, die Herausgabe der Blätter einzustellen, wenn eines derselben von der Zensur belästigt würde. Die Stadt wird von 40 000 Mann Truppen bewacht, welche an 134 Punkten aufgestellt sind.

Weitere Nachrichten aus Petersburg.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet vom 26. Januar diesen schlechten Trost:

In einigen kleinen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, in größeren Fabriken erschienen die Arbeiter, berieten über die Lage und gingen, als sie fanden, daß diese unverändert sei, wieder auseinander. Auf der Baltischen Werft wurde um 1 Uhr nachmittags das Zeichen zum Beginn der Arbeit gegeben, ob aber die Arbeit aufgenommen wurde, ist nicht bekannt. Die Straßen haben ihr gewöhnliches Aussehen wieder angenommen. Patrouillen sind nicht zu sehen.

Nach einem späteren Bericht sollen von den 3200 Arbeitern der Baltischen Werft 300 die Arbeit wieder aufgenommen haben.

„Die Tabakfabrik Vaserna ist von Truppen umgeben“, meldet Wolff, obgleich der Zensor „keine Patrouillen“ sieht.

Revolutionäre Kundgebungen.

„Daily Telegraph“ veröffentlicht den Aufruf Gapon's an die Truppen:

„Gegen Soldaten und Offiziere, die ihre unschuldigen Brüder zusammen mit deren Frauen und Kinder hinführen, und gegen alle Verräter des Volkes spreche ich meinen priesterlichen Fluch aus. Auf die Soldaten, die der Nation zur Gewinnung ihrer Freiheit helfen, siehe ich Segen herab, und hiermit entbinde ich sie von dem militärischen Treueid, den sie dem verräterischen Zaren leisteten, auf dessen Geheiß das Blut unschuldigen Volkes vergossen wurde. Georgij Gapon, Priester.“

Ein von Gapon am Dienstag erlassener Aufruf an die Arbeiter lautet:

„Brüder, Arbeiter! Das unschuldige Blut des Volkes ist vergossen worden. In uns hegen wir Gefühle der Erbitterung und Rache gegen den bestialischen Zaren und seine Handlanger, die Minister, und glaubt mir, der Tag ist nahe, sehr nahe, da ein Heer arbeitender Männer sich drohend, mit mehr Ueberlegtheit erheben und wie ein Mann zuschlagen wird für seine eigene Freiheit und für die Freiheit ganz Rußlands. Weinet nicht um die erschlagenen Helden. Seid getrost. Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt worden. Laßt uns alle Wälder des blutdürstigen Zaren zerreißen und zu ihm sprechen: „Sei verflucht mit Deiner ganzen erbabenen Brut von Angehörern.“ Georgij Gapon, Priester.“

Der Schluß eines weiteren Aufrufs Gapon's lautet:

„Brüder, Arbeiter, deren Reich mit Blut gefüllt wurde! Wir beabsichtigten, am 22. Januar friedlich mit einer Bittschrift zum Zaren zu gehen. Von dieser unserer Absicht benachrichtigten wir vorher seine ministeriellen Kamelufen

und ersuchten sie, die Truppen zurückzuziehen und uns nicht zu hindern, vor unseren Herrscher zu treten. An den Zaren selbst in Zarsoje Eselo schickte ich am 19. Januar einen Brief, der ihn ersuchte, mit dankbarem Herzen und mutiger Seele zu seinem Volke herauszukommen. Um den Preis unseres eigenen Lebens verbürgten wir ihm die Unverletzlichkeit seiner Person. Und was kam dabei heraus? Unschuldiges Blut wurde nichtsdankbarer vergossen. Der schurkische Zar und seine tschischen Beamten, die den Schatz plündern und das russische Volk anfangen, beschloßen vorzüglich, auf unsere unbewaffneten Brüder und deren Frauen und Kinder einzuhauen und sie niederzumeheln. Die Angeln der Truppen des Kaisers, die in der Narvastraße die Arbeiter töteten, welche das Bild des Kaisers trugen, durchbohrten das Bild und töteten unseren Glauben an den Zaren. Doch, Brüder, wir werden Rache üben an dem von seinem Volke verfluchten Zaren, an all seiner kaiserlichen Drachentrut, an seinen Ministern und allen Ausplünderern des unglücklichen Rußland. Tod ihnen allen! Ich rufe alle auf, die ernstlich dem schwer arbeitenden russischen Volke zu helfen wünschen, daß es leben und frei atmen könne, hervortreten und zu helfen, wann und wie sie können. Ich rufe alle denkenden Männer auf, Studenten, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, sowie alle revolutionären Organisationen, die Hand zu leihen. Wer nicht für das Volk ist, ist gegen es.“

Gorki doch gefangen.

„Lassan“ meldet: Ein Freund Maxim Gorki teilte dem Petersburger „Lassan“-Korrespondenten mit, daß Gorki Montagabend 1/8 Uhr einem dringenden Telegramme von einem im Sterben liegenden Freunde folgend, nach Riga abreiste und die Nacht im dortigen Krankenhaus zubrachte. Am Mittag begab er sich in das Haus seines Freundes in Riga zurück. Nachmittags wurde das Haus von Polizei umzingelt und um 5 Uhr wurde Gorki verhaftet. Auch wurde in Petersburg bereits in zahlreichen Fällen Hausarrest gemäß der Polizeiverordnung von 1881 verhängt, namentlich über viele Rechtsanwälte.

Das „New York Journal“ veröffentlicht folgende Erklärung Gorki's:

„Die russische Revolution hat begonnen und wird zu furchtbarem Blutvergießen führen. Das Ergebnis der grauenvollen Vorgänge am Sonntag ist, daß der Nimbus, der den Zaren für die russischen arbeitenden Klassen umgab, nicht mehr besteht. Alles was sie zu tun wünschten, war, ihre Bittschrift dem Kaiser zu überreichen. Wenn der Kaiser aus seinem Palast herausgekommen und vor ihnen erschienen wäre, und wenn die Truppen nicht abgewiesen wären, würde das Ganze mit Hochrufen und mit dem Niederstufen der Menge, um den Zaren zu preisen, geendet haben. Jetzt ist kein Nimbus dahin. Der Pope Gapon und die anderen Führer der Bewegung trugen Heiligensbilder, Abbildungen des Zaren und das heilige Kreuz vor den Arbeitern her, als Zeichen ihrer friedfertigen Absichten. Troymden feuerte man am Narva-Tor aus einer Entfernung von 15 Schritt ohne Warnung auf sie. Auf die Verwundeten, die sich vom Schnee zu erheben versuchten, wurde zum zweitenmal geschossen. Es war ein grausames unmütiges Tun. Offenbar beabsichtigte man, die Gruppe der Führer im Mittelpunkte, in der sich die Popen Gapon und Sergius befanden, aus der Welt zu schaffen. Daß dies die Absicht war, ist hienies, und die Zuschauer bestätigen es. Ich selbst entkam mit genauer Not dem Tode. Ich wäre gewiß heute nicht, wo ich bin, wenn alle Soldaten richtig geschossen hätten. Dann wären nur wenige am Leben geblieben. Auf dem Newski-Prospekt wurde gestern ein Freund von mir an meiner Seite erschossen, während er zum Volke sprach.“

Der Aufruf der russischen Liberalen.

Petersburg, 24. Januar. („Bureau Lassan.“) Der Aufruf der russischen Liberalen an das Volk beginnt mit einer Aufzählung der Ereignisse, die zu der Fälligkeit auf das unbewaffnete Volk in der Hauptstadt geführt haben. Er erklärt, daß die Behörden wohl wüßten, daß die Absichten der Arbeiter friedliche waren. Nach einer Schilderung der Zwangsmassregeln gegen die Semstwo's wegen Aufstellung derselben Forderungen lag der Aufruf, der Gedanke der Arbeiter, sich unmittelbar an den Zaren zu wenden, sei nur natürlich und entspreche der historischen Auffassung des Zaren als des „Väterchens“ seines Volkes. Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Die Öffentlichkeit muß begreifen, daß die Regierung dem ganzen russischen Volke den Krieg erklärt hat. Darüber gibt es keine Zweifel mehr. Eine Regierung, die nur mit Hilfe von Säbel und Plinte mit dem Volke verkehren kann, verurteilt sich selbst. Wir rufen alle Lebenskräfte der russischen Gesellschaft zum Beistand der Arbeiter auf, die den Kampf für die gemeinsame Sache des Volkes begonnen haben. Schande dem Namen aller derrer, die in diesen Tagen eines großen schicksalsschweren Kampfes sich dem Volke entgegenstellen und in die Reihen seiner Henker treten.“

Schwindel-Nachrichten der russischen Regierung.

Petersburg, 25. Januar. Die Regierung ließ heute nachmittags die Nachricht verbreiten, sie habe ein Telegramm erhalten, daß Admiral Roschidschewsky die japanische Flotte geschlagen habe.

Hiesige leitende Finanzkreise erhielten aus als zuverlässig betrachteten Quellen die Nachricht, Friedensanerbietungen Rußlands an Japan ständen unmittelbar bevor.

Dementieren! Dementieren!

Die Gerüchte von der Tötung des Zaren und des Großfürsten Sergius werden amtlich dementiert.

Swiatopoll-Mirski und die Presse.

Ueber den Verlauf der Unterredung Swiatopoll-Mirski mit den Vertretern der Presse weiß das „Berliner Tageblatt“ unterm 25. Januar zu berichten:

Heute, 11 Uhr morgens, empfing der Minister des Innern, Fürst Swiatopoll-Mirski eine Deputation der Presse, als deren Vertreter Redakteur Sworin ungefähr folgende Ansprache hielt: „Durchlaucht! Wir, die Vertreter der gesamten Presse Rußlands, erlauben uns nach den letzten blutigen Vorgängen darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar geworden sind. Neben der wirklichen Regierung des Zaren existiert eine Nebenregierung willkürlicher Beamten, welche die ganze Schwäche Rußlands auch im Kriege gegen das kleine Japan grell offenbart hat. Statt der allerbüchsten zugedachten Verfreiheit hat man die Presse unter die Zensur der Polizei gestellt, damit nichts mehr über die Arbeiterbewegung veröffentlicht werde. Wir alle sind fest davon überzeugt, daß, wenn die Presse die Freiheit gehabt hätte, alles vorurteilsfrei zu besprechen und zu veröffentlichen, es nicht zu dem furchtbaren Blutbad gekommen wäre und das Militär nicht auf das wehrlose Arbeiterpublikum geschossen hätte. Wir bitten, dem Zaren im Namen der ganzen Presse von Rußland zu berichten, daß es unserer tiefsten Ueberzeugung nach nur einen Ausweg aus der gegenwärtigen furchtbaren Lage gibt: das ist die Einberufung einer Volksvertretung. Wir halten Russland für einen christlichen, anständigen Mann, der das Gesagte wirklich dem Zaren übermitteln wird, und erbitten Eurer Durchlaucht Genehmigung, die volle Wahrheit über die Vorgänge schreiben zu dürfen.“

Fürst Swiatopoll-Mirski hatte die Ansprache schweigend angehört und sagte hierauf: „Die Polizeizensur hat nur wenige Tage gedauert, doch ist es unmöglich, daß Sie veröffentlichen, was meine Beamten nicht zuvor gelesen haben. Wir sind gegenwärtig damit beschäftigt, die Ordnung in der Stadt herzustellen und den geschwundenen Schutz des Eigentums und der Person zu sichern.“

Hierauf erfolgte von seiten der Presse noch die Bemerkung, daß die Beamten kaum die Wahrheit über die Vorgänge wissen. Nur eine Wahrheit gebe es, und das sei die, daß keine Kontrolle brauche. Der maßlose Minister verbeugte sich lächelnd, verwies auf den neuen Generalgouverneur, und die Deputation war entlassen. In den Kreisen der Presse herrschte die Ueberzeugung vor, daß der Minister kaum etwas von der Unterredung dem Zaren berichten wird.

Die Toten des 22. Januar.

Aus Petersburg meldet das „Bureau Lassan“ vom 25. Januar: Ein Polizeizug beförderte heute morgen 4 Uhr 30 Särge mit nicht rekonstruierten Leichen vom Nikolai-Bahnhof nach dem Begräbnisplatz von Wolkowo. Die Güterschuppen des Moskowski Bahnhofs sind mit gefrorenen Leichen von den bei der Moskowski Jasnawa, bei den Butilow-Werken und an anderen Kampfplätzen Getöteten gefüllt. Die Leichen werden in gleicher Weise nachts weggeführt, um Kundgebungen zu vermeiden.

Die Revolution als vorübergehende Erscheinung.

Ein Spezialberichterstatter des Herrn Scherl hatte das Glück, sich mit einem Geflüßten Trepows, dem Hofrat Jaroski, unterhalten zu können. Der Hofrat äußerte sich dabei:

„Sie dürfen getrost berichten, daß die Ruhe hier vollständig wiederhergestellt ist. Wir haben zwar noch immer weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen, aber Sie können sich darauf verlassen, daß nichts mehr vorkommen wird. Im Gegenteil, morgen oder übermorgen wird überall die Arbeit wieder aufgenommen sein. Die ganze Affäre hat hier nur einen ganz vorübergehenden Charakter, und sie ist nicht zum geringsten Teil durch ausländische Agitatoren und mit ausländischem Gelde ins Werk gesetzt worden.“

Und auf die Frage: „Was sagen Euer Erzählung zu den alarmierenden Nachrichten aus Moskau?“ antwortete der fürtreffliche Geheim Hof- und Kanzleirat:

„Moskau geht uns nichts an, wir haben nur die Verantwortung in unserem Distrikt, und wie Sie hören und selber sehen werden, ist hier alles in bester Ordnung.“

Moskau.

Die Vorgänge in Moskau umgibt noch immerfort ein undurchdringliches Dunkel. Das „Bureau Wolff“ beschränkt sich auf folgende Meldungen vom 26. Januar:

An den Straheneden ist eine Kundgebung des Stadthauptmanns angeschlagen, welche besagt, unter dem Einfluß von Drohungen Uebelgesinnter sei ein Aufstand ausgebrochen, daher ersuche der Stadthauptmann es für seine Pflicht, die Arbeiterbevölkerung in Kenntnis zu setzen, daß zu ihrem Schutze gegen die Agitatoren entsprechende Maßnahmen getroffen seien. Die Arbeiter, welche die Arbeit aufnehmen wollten, könnten das ohne Gefahr für ihre Sicherheit tun. — In den Werkstätten der Kurser, Drepter, Moskau-Kolnabahn ist die Arbeit eingestellt. Die Wasserleitung, die elektrische Station und die Gasanstalt werden durch Polizei und Militär bewacht. Der Versuch einer starken Arbeitergruppe, den Betrieb der Gasanstalt zu stören, wurde vereitelt.

Der Ausstand der Seher und Drucker-Arbeiter nimmt an Ausdehnung zu.

Nach einer Dienstagabend aus Moskau abgegangenen Meldung des „Standard“ konnten die Arbeiter im Zentrum der Stadt nicht in größerer Anzahl an den Patrouillen vorbeigehen, mit denen mehrere Zusammenstöße stattfanden; die Militär-Pagarett enthalten viele verwundete Soldaten. Die allgemeine Stimmung ist ruhiger; man erwartet jedoch eine schnelle Aenderung der Lage; das Geschäft steht still, die Straßen sind leer, an allen strategischen Punkten steht Militär. Vier weitere Regimenter kamen in Moskau an.

Riga.

Wolffsche Meldungen vom 26. Januar: Hier herrscht jetzt Generalausstand. Es finden Kundgebungen statt. Die Blätter erscheinen nicht.

Die Kurruhen dauern hier fort. Der Gouverneur hat erklärt, daß er zur Unterdrückung der Kurruhen die bewaffnete Macht verwenden werde.

Bei dem Bahnhofe in Tulkum fand ein Zusammenstoß zwischen Truppen und Arbeitern statt, wobei dreißig Personen getötet und verwundet wurden, zwei Soldaten und der Unterchef der Polizei des Distrikts Wilk wurden tödlich verwundet. Die Streikenden durchziehen in Massen die Straßen und erzwingen die Arbeitseinstellung.

Helsingfors.

Wolffsche Meldung vom 26. Januar:

Gesternabend veranstalteten hiesige Arbeiter eine Kundgebung. Dabei wurden 5000 Arbeiter von der Polizei mit Säbelstichen angegriffen. Viele an der Kundgebung unbeteiligte Personen wurden verwundet. 10 Personen erlitten Verletzungen am Kopfe, eine wurde von einem Schuß an der Brust getroffen. Ein Polizist wurde durch eine Sieboldverfugel an der Hand, ein anderer im Rücken verwundet; alle diese Schüsse sollen von der Polizei selbst abgegeben sein. Die berittene Polizei teilte Anstiehe aus. Die organisierten Arbeiter legen in der Presse Verwahrung gegen Ruhestörungen ein, denen sie fernstünden.

Libau.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur vom 26. Januar: Heute früh 6 Uhr drangen als Arbeiter verkleidete Personen in die Telephonstation, drohten den Beamten vom Dienst mit Erschießen und beschädigten die Leitungen. Der erwartete Aufstand begann hierauf in einer Drahtfabrik, die Arbeiter zogen unter Gejang zum Bahnhof. Die Arbeiter drangen gewaltsam in die Fabriken ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. In einigen Fabriken wurden die Fenster zertrümmert; die Türen sind geschlossen, der Telegraph ist beschädigt. Die Fabrikanten hielten heute mittag in der Börse eine Versammlung ab.

Reval.

Vom 26. Januar. Letzte Nacht war die Stadt ohne Beleuchtung. Heute ist alles ruhig; die Türen sind offen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Fabrikanten unter Teilnahme der Behörden dauern fort.

Saratow.

Vom 26. Januar: Der Ausstand gewinnt an Ausdehnung; alle Druckereien und Werkstätten stellen die Arbeit ein. Die Angehörigen der Nijon-Krafbahn arbeiten ebenfalls nicht; Zeitungen werden morgen nicht erscheinen; die Ordnung ist nicht gestört.

„Hestiger Sturm“ in Batum.

Starke Schneefälle richteten hier großen Schaden an; viele Häuser und mit Naphthalinprodukten gefüllte Lagergebäude sind umgestürzt. Der Eisenbahnverkehr ist gehemmt; Verladungen sind heute durch heftigen Sturm unmöglich gemacht.

Die Internationale der Freiheit.

Nebenall regt sich das Proletariat, um den russischen Freiheitskämpfern seine Sympathien zu betätigen.

Aus Stuttgart meldet uns ein Privattelegramm: Die Sozialdemokraten Stuttgarts stimmten in ihrer heutigen Parteiverammlung begeistert einer vom Vorsitzenden Genossen Heymann eingebrachten Resolution zu, die den in Russland um Freiheit und Fortschritt kämpfenden Arbeitern die Sympathie, ihren Bürgern den tiefsten Abscheu ausdrückt und in dem Wunsche gipfelt, die kaiserliche Regierung möge bald ihr verdientes Ende finden.

Paris, 26. Januar. Gestern fand eine große Studentenfestlichkeit statt, an welcher 1200 Studenten teilnahmen, um gegen die blutigen Ereignisse in Petersburg zu protestieren. Verschiedene Redner hielten Ansprachen und verlangten eine sofortige Kündigung der französisch-russischen Allianz. Sie forderten die russischen Arbeiter auf, die soziale Revolution fortzusetzen. Es wurde schließlich eine Tagesordnung angenommen, worin die Versammlung den Opfern ihre Sympathie ausdrückt.

Es wurde ferner beschlossen, eine fortlaufende Agitation zu beginnen. Nach dem Meeting durchzogen sie die Straßen und versuchten zur russischen Gesandtschaft zu gelangen und zwar unter den Rufen: „Nieder mit dem Zarismus!“ Zwischen einer Gruppe Studenten und der Polizei kam es zu einem Zusammenstoß.

Liverpool, 26. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“): Der Kongress der britischen Arbeiterpartei, auf dem 400 Delegierte anwesend sind, nahm unter großer Begeisterung folgende Sympathie-Resolution an: Die britische Arbeiterklasse beklagt die russischen Gewerkschaften zu ihrem Arzte, mit dem sie politische und soziale Rechte fürs Volk verlangten. Wir trauern mit den Opfern der Revolutionen und fordern auf, weiter zu kämpfen, bis der Sieg errungen. Wir beschließen Geldsammlungen für die Streikenden, ihre Witwen und Waisen.

Grenzübungen.

Eine deutsche Korrespondenz beschwichtigt:

In jüngster Zeit sind Truppenübungen an der Grenze in Oberschlesien in Verbindung mit den Wirren in Rußland gebracht worden, indem behauptet wurde, diese Teile unserer Armee seien dazu bestimmt, bei Ausbruch revolutionärer Unruhen in Rußland-Polen im Einbernehmen mit der kaiserlich russischen Regierung über die Grenze zu rücken. Diese Vermutungen beruhen auf einer irrigen Auffassung der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und sind völlig aus der Luft gegriffen. Regelmäßige Übungen an der Grenze werden alljährlich abgehalten; ein Ausnahmezustand liegt also in keiner Weise vor.

Wer die preussische Geschichte kennt, weiß, wie sehr sich Preußen mit dem Zarismus eins fühlte.

1848 spielte Friedrich Wilhelm IV. mit dem Gedanken, die Kosaken gegen sein Volk zu Hilfe zu rufen.

1863 half Bismarck dem Zaren gegen die aufständischen Polen!

Ein englisch-russischer Konflikt.

Aus Petersburg wird offiziell gemeldet: Da in Moskau in den Straßen in der Druckerei der Stadthauptmannschaft gedruckte Bekanntmachungen angeschlagen waren, welche besagten, die Japaner und Engländer seien die Anführer der Unruhen und der Ausstandsbebewegung in Rußland und die anglojapanische Liga leite die Bewegung, es seien von England große Summen unter die Ausständigen verteilt worden, hat der englische Botschafter sofort bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben und eine Untersuchung veranlaßt. Die russische Regierung hat die Versicherung abgegeben, sie werde dafür sorgen, daß derartige Ungehörigkeiten nicht wieder vorkommen.

Die russische Regierung ist auf einmal sehr kleinlaut und höflich geworden.

Was man aber hier in Moskau amtlich tat, ist gar nichts Neues. Seit dem Ausbruch des japanischen Krieges wird unangesehnt im russischen Volke verbreitet, daß England hinter Japan stehe. Auf den berüchtigten russischen Kriegs- und Siegesbildern, die im Königsberger Prozeß eine Rolle spielten, erscheint immer wieder der Engländer (und der Amerikaner) als der Anführer des Krieges.

Während sich aber die Regierung des Zaren jetzt demütig wegen ihrer Angriffe auf England entschuldigt, reicht die englische Sozialdemokratie den russischen Revolutionären brüderlich die Hand!

Reichs-Berggesetz.

Der gestern angehängte sozialdemokratische Antrag über die Schaffung eines Reichs-Berggesetzes hat den folgenden Wortlaut:

Antrag Auer und Genossen.

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über:

1. Festsetzung der Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer von Frauen sowie bei sehr kaltem Wetter mit über 28 Grad Celsius; Verbot der Sonntag- und Uberschichten mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen.

Lohnzuschlag für Schachtreparaturen an Sonntagen und Feiertagen.

2. Befreiung des Wagners. Bezahlung der wirklich gelieferten Kohlen. Rückung der Wagen nach Raum oder Gewichtsinhalt.

3. Wahl und Befolgung von Wagenkontrolloren bezw. Wagenmeistern durch die Belegschaft.

4. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schichtmaterials und des Beleuchtes durch die Zechenbesitzer.

5. Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Förderung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafverfahrens und zur Mitverwaltung der Unterstützungsstellen.

6. Wahl von Grubenkontrolloren durch die Belegschaft.

7. Regelung des Mietrechts für die den Zechenbesitzern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Berlin, den 26. Januar 1905.

Die bürgerliche Presse bucht die sozialdemokratische Anregung, ohne sich bisher kritisch zu äußern. Nur die „Konservative Korrespondenz“ — die Konservativen haben sich gegenüber dem Bergarbeiter-Ausstand vollständig hilflos benommen — schlägt Alarm und wünscht, daß man die ganze Angelegenheit in Preußen begrabe.

Vorläufig aber werden die Parteien hoffentlich das angehängte Vorgehen auf dem Wege der Landesgesetzgebung abwarten, ein Vorgehen, das nicht der sozialdemokratischen Initiative entsprungen ist, aber den Bergleuten wirklichen Nutzen bringen wird.

Das bedeutet also eine Verdröpfung der Arbeiter mit leeren Versprechungen nach russischem Muster.

Die Haltung der Regierung.

Am Donnerstag fand im Reichskanzler-Palais eine Gesamtsitzung des preussischen Ministeriums statt.

Man wird gut tun, sich keinen irgendwie bedeutenden Erwartungen hinzugeben. Die Verschleppung nach Preußen ist schon hinreichend verdächtig. Es soll nach russischer Methode Wohlwollen — in Aussicht gestellt werden.

Das geht aus offiziellen Auslassungen des „Lokal-Anzeigers“ hervor, der zunächst die Rücktrittsgelüste Möllers leugnet und dann die Regierungsbildung wie folgt schildert: Man wolle wieder „Untersuchungen“ anstellen.

Ob sich dieses Material zu Gesetzentwürfen verdichten und wann dies geschehen wird, läßt sich heute noch gar nicht sagen. Zeit wird es jedenfalls bedürfen, und über das nie lassen sich so weittragende Dinge nicht brechen. Das aber kann schon heute gesagt werden, daß der Minister eine Reihe der von den Bergleuten aufgestellten Forderungen für berechtigt hält. In erster Linie rechnet Herr Möller hier die Abschaffung des Wagners und das Einbernehmen der Seilsahrt in die Arbeitszeit.

Ueber die Dauer des Streiks aber wird zynisch gesagt: „So lange (14 Tage) dürften Geld und Kohlen den Bergleuten noch genügend zur Verfügung stehen, und so lange dies der Fall ist mit den Arbeitnehmern nichts zu machen, da die Führer ohne Einfluß sind. So sind selbst die Vorschläge der Siebener-Kommission verworfen worden, nachdem sich irgend ein Schreiber hineingemischt und die Leute umgestimmt hatte.“

Worauf sich die letztere Behauptung bezieht, wissen wir nicht. Allgemein anerkannt Tatsache ist, daß die Arbeiter musterhafte Disziplin halten.

Die „Pläne“ der Regierung.

Am Donnerstagabend verbreitet „B. L. B.“ die folgende Meldung:

Die königliche Staatsregierung beabsichtigt, außer den bereits früher angehängten Gesetzentwürfen betreffend die Abänderung der §§ 65, 156 ff. des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 (Stillegen von Zechen) und die Neuordnung des Knappschafswesens, dem Landtage demnächst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches der dritte Abschnitt des dritten Titels des Allgemeinen Berggesetzes, soweit er von den Bergleuten handelt, einer Abänderung unterworfen werden soll. Diese Abänderung wird aller Voraussicht nach sich namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinkohlen-Bergbau, einschließlich der Seilsahrt, soweit dies durch sanitäre Rücksichten geboten ist.
2. Gesetzliche Regelung des Ueber- und Nebenbeschäftigungswesens.
3. Obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, welche insbesondere auch bei der Verwaltung derjenigen Zechen-Unterstützungskassen mitzuwirken haben, in welche Arbeiterbeiträge oder Strafgehalte fließen.
4. Verbot des Nullens.
5. Begrenzung der Höhe der Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Durch diese, ganz fatal an den jüngsten Ukas des Zaren erinnernden preussischen Versprechungen, wird lediglich bewiesen, daß die Forderungen der Bergarbeiter selbst nach der Meinung der Regierung des Herrn Möller berechtigt sind. Versprechungen aber sind gerade in Preußen keine Taten! Wir schleppen seit 50 Jahren eine Fülle solcher Versprechungen herum. Außerdem aber ist das Versprechen ja selbst höchst vorläufig verlauskullert, und in wesentlichen Bestimmungen „ohne Gewähr“.

Gerade diese borussische Aktion zeigt die Notwendigkeit, daß im Reichstag Taten geschehen!

Die Post der Unterhandlungen.

Das Kohlenyndikat weiß denn auch sehr gut, daß es von der preussischen Regierung nichts zu befürchten hat.

Der Bergbauverein hat am Donnerstag den folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bergbauverein, der Zustimmung seiner beteiligten Verwaltungen sicher, erklärt wiederholt, daß er den dringenden Wunsch hat, darüber Aufklärung geschaffen zu sehen, ob Mißstände in der diesseitigen Bergwerksindustrie tatsächlich bestehen, die zu einer Arbeiterbewegung wie der jetzigen Veranlassung geben könnten. Er wiederholt seinen bereits dem Kommissar der königl. Staatsregierung am 14. Januar gestellten Antrag auf schleunigste Einsetzung einer Untersuchungskommission, die im Einbernehmen mit dem Landtage, also auch im Wege einer parlamentarischen Enquete, die Prüfung aller behaupteten Mißstände vornimmt, und spricht wiederholt stark dafür, daß die etwa nachgewiesenen Mißstände sofort beseitigt werden.

So sprechen Hohn fügt ein Syndikat von Millionären nicht nur dem Proletariat, sondern der ganzen Nation zu.

Wir verhandeln nicht, wir bewilligen nichts — aber wenn die Herren von der Regierung überflüssige Zeit haben, so können sie unmerklich ruhig so viel untersuchen, wie sie wollen.

Auf die „Untersuchungen“ beschränkt sich auch folgender soeben von nationalliberaler Seite im Reichstag eingebrachter Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen: die veränderten Verhältnisse zu erforschen, die arbeitsstatistische Kommission zu beauftragen, tunlichst bald Untersuchungen über die Verhältnisse des deutschen Bergbaues anzustellen, durch Vernehmung von Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, sowie durch Einziehung sonstiger geeigneter Informationen, zum Zwecke der Vorbereitung etwaiger reichsgesetzlicher Maßnahmen.

Zur Lage.

Aus Dortmund am Donnerstagabend telegraphiert unser E-Berichterstatter:

Die Siebener-Kommission hat eifrig Material gesammelt und eine Fülle von Einzelbelegen dafür, daß die erhobenen Anklagen und Forderungen der Arbeiter hinreichend als geschäftig betrachtet werden können. Dieses Material wird der Regierungskommission bei der Konferenz auf dem Oberbergamte unterbreitet werden.

Auf einer Zeche bei Barop kam es zwischen der Verwaltung und Steigern zu einem Konflikt, weil die Steiger sich weigerten, anzufahren und Kohlen zu hauen. Es scheint also, als ob sich der Streik allmählich auch auf die Steiger ausdehnt.

Morgen findet in Essen wieder eine Redierkonferenz der Vertrauensleute aller Organisationen statt, die in Angelegenheit des Streiks beraten und neue Kundgebungen beschließen werden.

Besonders das Siegerland ist sehr stark vom Streit betroffen. Dort liegen fast alle Eisenwerke still, nur einzelne können die Betriebe in beschränktem Maße aufrecht erhalten. Vollständig still liegen auch die Westfälischen Stahlwerke in Ehrenfort bei Bochum.

Eine Versammlung der Bergarbeiter hat eine Kommission gewählt, die bei der Verwaltung vorstellig werden soll. Eine heute abend in Bochum stattfindende Versammlung will die Antwort der Direktion entgegennehmen. In einer früheren Versammlung ist mitgeteilt worden, der Direktor habe die Ansicht aus-

gesprochen, es würde sich eine Anzahl Arbeiter des Werkes als Arbeitswillige für Zechen m erden. Diese Mitteilung wurde mit enttäuschten Phitruken entgegen genommen.

Eine Belegschaftsversammlung von Zeche „Rheinpreußen“, die dem Herrn Daniel zufließt, bes. Hoch, nicht anzupreisen, wenn die Forderungen nicht seitens der Verwaltung schriftlich anerkannt werden. Eine Kommission erhält Auftrag, in diesem Sinne nochmals bei der Verwaltung vorstellig zu werden.

Die Zahl der Streikenden ist unverändert. „Wolffs Bureau“ konstatiert eine Abnahme der Aufständigen um 143 Mann und beziffert die Zahl der Streikenden auf 194 713 Mann. Nach dem „Reichs-Anzeiger“ fahren am 25. Januar 50 432 Mann an.

Der gute Engel des Kohlenyndikates.

Der Bergmeister Engel, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins für bergbaurliche Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, veröffentlicht soeben eine schwarz-weiß broschirierte Schrift „Zum Auslande der Bergarbeiter im Ruhrrevier“. Die Broschüre enthält zunächst eine sogenannte altmännliche Darstellung über die Ursachen und den Ursprung des Streiks, vertritt sich aber am Schluß in die hohe Politik. Diese letzten Ausführungen sind, so hinsichtlich Charakter sie tragen, doch ganz interessant für die Denkwürdigen der Herren, für die der Verfasser die Feder zu führen hat. Statt der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, verlangt Herr Engel ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen, die Zuchthausvorlage. Der jetzige Streik biete eine große Menge von Beispielen, wie gering in der Arbeiterschaft die Achtung vor der freien Entschließung und den Gefühlen der anderen ist. Als Beweis wird eine anonyme Zuschrift im Autogrammen veröffentlicht, die aus folgenden Teilen besteht:

Adresse: An den verdammt feigen Schuft und Lumpack von Streikbrecher und seine anderen erbärmlichen Hunde.

Auf der Rückseite des Tübervers ist zu lesen: Aufrechen und lesen, Vorsichtige Warnung!

In dem Akzert befindet sich folgende Epistel: Die Verschwörung kennt Euch alle hier und auch in der Junkenburg. Ihr feige Hallunken, Du Streikbrecher, Dein Todesurteil ist gefällt, wenn Du noch einmal auf Schritt gelist. Die Verschwörung, links unten findet sich dann noch irgend ein schrecklicher Schändel mit der Unterschrift: Für Dich!

Dieser wunderbare Soßwunderhannesbrief soll einem Arbeiter ungenehmigerweise „in diesen Tagen“ unter die Haustür geschoben worden sein. Herr Engel fügt hinzu: „Gegenüber einem derartigen Verfahren kann man es, so sehr die Ausständigen jetzt in ihren Organen Zurückhaltung und Ruhe anempfehlen und auch äußerlich bewahren, nur auf das tiefste bedauern, daß nicht wirksamere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen bestehen.“ Es sei eine traurige Erscheinung, wenn in einem geordneten Staatswesen nicht jedermann die volle Freiheit habe, seiner ehrlichen Parteilichung nachzugehen, wie es ihm beliebt. Die Schaffung dieses Schutzes durch die Gesetzgebung sei unabweisbar. Herr Engel weist dann auf die Dehnhäuser Rede Wilhelm II. hin.

Die Beweisführung des Herrn Engel übertrifft noch bei weitem die berühmte Denkschrift zur Zuchthausvorlage. Wenn der „Vorwärts“ alle anonymen Postkarten und Briefe veröffentlichen würde, die er täglich aus den Kreisen der Besizenden und Gebildeten erhält, die an Unfähigkeit und Unbereitschaft der Ausdrucksweise jenen Schaller Verschwörungsbrief weit übertreffen, so würde das ein höchst ergötzliches Buch zur Kennzeichnung des Geisteszustandes unserer herrschenden Klassen geben. Aber wir würden schoenerlich eine Notwendigkeit daraus ableiten, ein Schutzgesetz zugunsten des „Vorwärts“ gegen solche Angriffe und Bedrohungen zu verlangen.

Kußerdem aber hat Herr Engel mit seinem Beweismaterial für eine zulässige Zuchthausvorlage entschieden Ankläger. Der Herr muß ein außerordentlich urteilsloser und im öffentlichen Leben ungewandter Mann sein, obwohl er einen so verantwortungsvollen Posten einnimmt; denn der Soßwunderhannes-Brief, der nichts beweisen würde, wenn er echt wäre, ist, wie das mit photographischer Treue in der Broschüre wiedergegebene Dokument beweist die Eingebung irgend eines Spahvogels, wenn es nicht der dumme Witz eines Unternehmerraganten ist. Auf den ersten Blick erkennt man nämlich, daß es sich nicht um die Handschrift eines Arbeiters, sondern um eine Kaufmanns-Hand ausgebildete Handschrift handelt, vielleicht hat auch den Brief ein Beamter der Unternehmer geschrieben, denn es ja aus keiner bisherigen Tätigkeit nicht schwer fallen könnte, die nötigen Schimpfworte zu finden.

Ein Mann, der sich demüßigt gegenüber der einmütigen Beurteilung des Kohlenyndikates in einer so gewaltigen Bewegung die Deffektivität aufzuklären, sollte doch wirklich nicht mit so inabenshaften Argumenten arbeiten.

Uebrigens ist dem Herrn Engel die Schaffung einer Zuchthausvorlage noch nicht genug. Er wen det sich auch gegen das durch die Verfassung garantierte Recht, daß wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Reichstages veröffentlicht werden könnten. Solch ein Mißbrauch der Redefreiheit, der nur der Absicht der späteren Verbreitung außerhalb des Hauses entspringt, sei der eigentliche Grund für die Verdröpfung des Reichstages. Er wünsche, daß die Verfassungsbestimmung dahin geändert werde, daß „verleumdende Angaben“ durch Reichstagsredner „der Weg gesperrt“ werde. Ein sehr graufamer Vorschlag! Dann könnten nämlich Gegner der Sozialdemokratie nicht mehr zum Wort kommen.

Herr Engel schließt seine Betrachtungen: „Alle Erwerbsstände haben die dringende Pflicht, diese Gefahr sich bewußt zu bleiben, wenn sie nicht der Sozialdemokratie und verwandten Elementen mit ihren staatsumfängenden Tendenzen und Schaffen das Nest in die Hand geben wollen. Mögen das halb alle Staatserhaltenden zusammenstehen in der Erkenntnis: Tua res agitur!“

Wir würden Herrn Engel zuten, seine Kräfte in den Dienst des russischen Absolutismus zu stellen, wenn nicht selbst in Rußland das Geschäft solcher Geister nicht mehr gehen würde.

Die Solidarität der englischen Arbeiter.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Liverpool, 26. Januar. Unter stürmischem Beifall beschloß der Kongress der britischen Arbeiterpartei, den deutschen Bergleuten im Kampfe um Menschewürde und Existenz herzlichste Sympathie auszusprechen. Mehrere Redner warnten vor der Deutschenhete. Die Engländer sollen wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse zu den edelsten Elementen der Menschheit gehört. London, 26. Januar. Folgendes Telegramm ging heute nach Bochum ab: Der Bergarbeiter-Verband von Großbritannien hat nach Anhörung von Bernstein und Schröder beschloffen, solange der Streik dauert, wöchentlich vierzigtausend Mark zu senden.

Anßerdem ist den Distriktsorganisationen dringend zu empfehlen, aus ihren eigenen Fonds gleichfalls Beiträge zu zeichnen. Er empfiehlt den anderen Traditions-Anions, das gleiche zu tun; fordert alle Bergarbeiter auf, keine Mehrarbeit zu übernehmen und nach Möglichkeit zu verhindern, daß während des Streiks

Kohlen nach Deutschland von Gw. Land geschickt werden. Mit den herzlichsten Wünschen G. Swards, Präsident; Ashton, Sekretär.

Eine Vertrauensmänner-Kommission der ober-schlesischen Mitglieder des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes beschloß, von sämtlichen Verbandsteilnehmern während der Dauer des Streiks der Kohlenbergwerke eine regelmäßige Extrabeiträge zu erheben. Ferner wurde die Verteilung eines Flugblattes an alle Gruben- und Hüttenarbeiter Ober-schlesiens beschlossen, in welchem diese aufgefordert werden: 1. den Zugang nach Rheinland-Besessenen streng fernzuhalten; 2. während der Dauer des Streiks keine Heberschichten zu verfahren; 3. freiwillige Sammlungen für die Streikenden zu veranstalten; 4. sich alleamt der Organisation, dem Deutschen Bergarbeiter-Verbande, anzuschließen.

Die Revolution in Rußland.

Der Aufstand dauert fort.

Petersburg, 25. Januar. (W. T. B.) Die Lohnzahlung der Arbeiter in den Kaslow-Werken dauert fort. Die Arbeit ist noch nicht aufgenommen worden; Ruhestörungen sind heute nicht vorgekommen. Man glaubt, daß die Arbeit in der Papierfabrik (König) wieder aufgenommen werden wird. Der Aufstand in der Nolvischen Petrolenfabrik hat seit gestern aufgehört. Petroleum wird versandt. Die kaiserlichen Theater werden heute, nachdem sie drei Tage geschlossen waren, wieder geöffnet werden.

Papst und Zar.

Rom, 26. Januar. (W. T. B.) Der Papst, über die Ergebnisse in Rußland eingehend unterrichtet, hat nach längerer Unterredung mit zwei Kardinalen beschlossen, an den Zaren einen Brief zu richten, worin er um die Erlaubnis bittet, dem Kaiser angesichts der jüngsten Ereignisse einen Rat erteilen zu dürfen. Der Papst erinnert in dem Briefe den Kaiser an seine Worte der Liebe und des Friedens, die er bei dem letzten Haager Friedenskongreß ausgesprochen hatte. Er bittet den Zaren, dem Freiheitsrufe seines Volkes Gehör zu schenken, nur eine Tat der Liebe könne das russische Volk retten. Zwei Beamte des Vatikan sind beauftragt, nach Petersburg zu reisen, um dem Kaiser eigenhändig das Schreiben zu übergeben. (?)

Eine Leichenfeier.

Petersburg, 26. Januar. (W. T. B.) Um Mitternacht begab sich ein Leichenzug unter militärischer Eskorte nach Doborow, 14 Kilometer von Petersburg entfernt. Der Leichenzug führte 40 Orthodoxe, 2 Lutheraner und 3 Israeliten, welche dort beerdigt werden sollten. Mehrere Tausend Arbeiter versuchten, den Truppen die Särge zu entreißen, um die Leichen selbst zu beerdigen. Sie wurden aber von den Truppen mit blanker Waffe zurückgeworfen.

Rundgebung der Pariser Advokaten.

Paris, 26. Januar. (W. T. B.) Im Justizpalast sirkuliert eine Adresse, durch welche die Union ille des Appellationsgerichte in Petersburg dazu beglückwünscht werden, daß sie, um ihren Beruf zu ehren, gegen die heftigen Gewaltmaßnahmen, durch die Petersburg mit Blut bedeckt sei, Einspruch erhoben hätten.

Nur amtliche Berichte.

Petersburg, 26. Januar. (W. T. B.) Eine Versammlung von Redakteuren der Petersburger Zeitungen beschloß, die Zeitungen am Sonntag wieder erscheinen zu lassen und über die Unordnungen nur amtliche Berichte zu bringen ohne jeden Kommentar.

Die Lage in Nowo.

Nowo, 26. Januar. (W. T. B.) Der Aufstand dauert fort. Einige Fabriken nahmen die Arbeit wieder auf, stellten sie dann aber wieder ein. Auch die Trambahn hat den Dienst mittags eingestellt. Auf den Straßen ziehen Arbeitertrupps umher, verhalten sich aber ruhig. In der Stadt herrscht Ordnung.

Die Lage in Moskau.

Moskau, 26. Januar. (W. T. B.) Die Lage in der Stadt ist heute unbestimmt. Die Arbeiter einiger Fabriken versuchten die Arbeit wieder aufzunehmen, legten sie aber dann wieder nieder. In zwei oder drei Fabriken, unter ihnen in der Tuchfabrik von Waruschin, wird wieder gearbeitet, in anderen sind die Arbeiter bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, stellen aber Forderungen. Besonders stark ist heute die Bewegung unter den Sechern. Der Aufstand umfaßt alle größeren Druckereien. Morgen werden wahrscheinlich die Zeitungen größtenteils nicht erscheinen.

Moskau, 26. Januar. (W. T. B.) Die Lage in der Stadt ist heute unbestimmt. Die Arbeiter einiger Fabriken versuchten, die Arbeit wieder aufzunehmen, legten sie da aber wieder nieder. In zwei oder drei Fabriken, unter ihnen in der Tuchfabrik von Waruschin, wird wieder gearbeitet, in anderen sind die Arbeiter bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, stellen aber Forderungen. Besonders stark ist jedoch die Bewegung unter den Sechern. Der Aufstand umfaßt alle größeren Druckereien. Morgen werden wahrscheinlich die Zeitungen größtenteils nicht erscheinen.

Die Lage in Elbau.

Elbau, 26. Januar. (W. T. B.) Truppen patrouillieren durch die Stadt, Zusammenstöße sind nicht vorgekommen. Ein Wandarm wurde erschossen, welcher einem Führer die Fahne entriß. Die Aufwiegler sind meist junge Leute, deren Umzüge lächerlich wirken. Die Arbeiter nehmen nicht daran teil. (?) Die Arbeit wieder aufgenommen. Im Hafen ist das Laden der Särge eingestellt. Zur Verhütung der Bevölkerung und der Fabriken sind während der Nacht an vielen Stellen Wachen aufgestellt. Die Telegraphenleitungen sind wieder hergestellt. Die Wiederherstellung der Telefonleitungen ist fast beendet.

Eine Rundgebung russischer Studenten.

Darmstadt, 26. Januar. (W. T. B.) Das „Tageblatt“ meldet: Heute nachmittags begaben sich die an der hiesigen technischen Hochschule studierenden Russen, etwa 300 an der Zahl, in corpore zur russischen Gesandtschaft und legten beim Gesandten, der sie vor dem Torportal der Gesandtschaft anhielt, Protest ein gegen das Verhalten der russischen Regierung, aus Anlaß der Petersburger Vorfälle sowie gegen den Krieg. Der Vorfall verlief in voller Ruhe und Ordnung.

Sympathieabgebungen.

Petersburg, 26. Januar. (W. T. B.) Der Vorstand der Bergbau-Akademie sah wegen der Ereignisse vom 25. Januar folgende Beschlüsse:

1. Sein tiefes Bedauern über die so einschneidenden Ereignisse zum Ausdruck zu bringen.
2. Die Fortsetzung der Studien für unmöglich zu erklären.
3. Den Angehörigen der Gesellschaft die Sympathie auszudrücken.
4. Gebete für die Getöteten abhalten zu lassen und Kränze an den Särgen der beiden getöteten Studenten der Akademie niederzuliegen.
5. Diese Beschlüsse zur Kenntnis des Ministers für Ackerbau zu bringen.

Der Vorstand des Instituts der Zivilingenieure nahm eine gleiche Resolution an. In der Universität ist die Anmeldung zu den Vorlesungen bis zum 28. Februar verschoben.

Verfassungen.

Der Verband der sächsischen Arbeiter (Zentrale Groß-Berlin) hielt am Mittwoch seine gut besuchte Generalversammlung in Dräsel's Besessenen ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung drückten die Anwesenden den streikenden Bergarbeitern ihre Sympathie aus und ehrten zehn verstorbene Kollegen, sowie die am Petersburger Blutsonntag gefallenen Revolutionäre durch Erheben von den Sitzen. Sodann gab Schaubert einen gedüngten Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und der Verbandsbeamten; eine ausführliche Marierung derselben erfolgt in dem gedruckten Jahresbericht. Alles in allem genommen beizumende Nebener das verfloßene Jahr als ein Jahr langsame Fortschrittes, wenn auch bei weitem den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter seitens der Ortsbehörden noch nicht Rechnung getragen sei. Er empfahl dann dringend den inneren Ausbau der Organisation. Den Kassenbericht erstattete Dittmer. Einnahmen und Ausgaben pro 1904 balanzieren in der Summe von 42401,45 M., wovon auf das letzte Quartal 14080,52 M. entfallen. Der Kassenbestand beträgt 2907,61 M. Die Mitgliederzahl ist von 3920 auf 4412 gestiegen, darunter 199 weibliche. In der Diskussion wurde betont, es werde auch einmal die Zeit kommen, wo die sächsischen Arbeiter sich bei der Verbesserung ihrer Lage nicht mehr mit Bitten und Petitionieren begnügen, sondern ihren Forderungen eventuell durch Streiks energischen Nachdruck verleihen würden, so wie das andere Gewerkschaften tun. — Die hierauf vorgenommene Wahl des Zentralsvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fiedig, 2. Vorsitzender Piotraschka, Kassierer Hoffmann, Schriftführer Jdigeleit, Revisor Schabel, Schulz und Blümel, Revisoren Postelart, Polenske und Kernig; Gewerkschaftskommissionen: Delegierte Hoffmann, Fiedig, Dittmer, Kernig, Müller und Polenske. Als Delegierten-Kandidat zum Gewerkschaftskongreß wurde Dittmer nominiert; die Wahl erfolgt per Urabstimmung für den ganzen Verband im März. — Unter Verbandsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß Schaubert seine Stellung als Organisationsbeamter zum 1. April gekündigt hat. Gegen zwei Unterlassener ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern Strafverfahren gestellt worden. Ausgeschlossen wurde das bisherige Mitglied Grodoyki wegen fälschlicher Denunziation eines Kollegen bei Vorgesetzten.

Der Verband der Kärntner Arbeiter und Umgegend hielt am 25. Januar im Alten Schützenhaus seine Generalversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Davidsohn über „Die Greuel des Krieges“. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Darauf folgte der Bericht des Vorstandes. Der Vorsitzende Grandel bemerkte, daß während der Verichtszeit, die sich auf 1/4 Jahr erstreckt, hauptsächlich an der allgemeinen Durchführung des Tarifvertrages gearbeitet worden ist. Es ist lebhaft agitiert worden, was schon daraus zu ersehen ist, daß nicht weniger als 139 Werkstattversammlungen abgehalten wurden. Das Verbandsorgan „Kärntnerwacht“ hat sich als ein gutes Mittel der Agitation bewährt. — Dem Kassenbericht, den der Kassierer Michaelis vorlas, ist zu entnehmen, daß im letzten Quartal 1758,85 M. eingenommen, 1523,76 M. ausgegeben wurden, so daß ein Ueberschuß von 235,09 M. erzielt wurde. Die Mitgliederzahl ist auf 594 gestiegen; davon sind 357 weibliche Mitglieder. Den Bericht vom Arbeitsnachweis gab der Geschäftsführer Regge im verfloßenen Jahr meldeten sich 550 männliche und 643 weibliche Arbeitslose; Stellen wurden für männliche 363, für weibliche Personen 979 gemeldet; besetzt wurden von männlichen Personen 242 Stellen, von weiblichen 405. Der Arbeitsnachweis hat sich im allgemeinen recht gut entwickelt. Der Redner forderte die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß der Nachweis immer mehr in Anspruch genommen wird und das Ansuchen und nach Zeitungsannoncen Arbeit suchen verschwindet. — Die Bibliothek des Verbandes zählt, wie der Bibliothekar Brunkle berichtete, 170 Bände. Bücherverkäufe fanden 448 statt. Bücher werden jetzt täglich während der Bureauezeit ausgegeben.

Die Generalversammlung erteilte einstimmig dem Kassierer und den übrigen Vorstandsmitgliedern Decharge. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Schäfer, 2. Vorsitzender: Stormann; 1. Kassierer: Michaelis, 2. Kassierer: Brunkle; 1. Schriftführer: Friye, 2. Schriftführer: Jäger; Revisor: Grandel, Katern und Bitter. Als Revisoren wurden Friy, Hanisch und Mahei gewählt.

Die Beratung von Änderungsanträgen zu dem Tarifvertrag der Holzbranche wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt. Jedoch beschloß die Generalversammlung einstimmig, den Vertrag am 1. Februar zu kündigen. Die Kündigungsfrist dauert drei Monate. Die von den Arbeitern gemachten Forderungen laufen im wesentlichen auf eine genauere Abfassung einiger Bestimmungen des Vertrages hinaus.

In der aufbesetzten ordentlichen Generalversammlung der Feisengewerkschaften erstattete Schwanebeck den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Nach diesem haben im vergangenen Jahre stattgefunden: 26 Vorstandssitzungen, 19 Mitglieder- und 7 Generalversammlungen; 13 Vorträge wurden gehalten. Viel Zeit beanspruchten in Vorstände die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Anerkennung des Arbeitsnachweises sowie die Bewilligung von Kontrollkarten. Die Mitgliederzahl beträgt 251 gegen 173 im Vorjahre. 33 Kollegen wurden wegen rückständigen Beiträgen ausgeschlossen, ein Kollege ist verstorben. Den Kassenbericht gab Liere folgendermaßen: Einnahmen 2064,60 M., Ausgaben an die Verbandskasse 2022,70 M., Ausgaben des Zweigvereins 725,06 M., bleibt ein Lokalkassenbestand von 316,84 M. Auf dem Arbeitsnachweis waren angemeldet 2174 Stellen, davon 24 feste Stellen. 118 konnten wegen zu niedriger Löhne nicht vermittelt werden. Ausschüsse wurden 18 2/3 vermittelt. Die Bibliothek verließ im Jahre an 22 Kollegen 68 Bücher. Die Benutzung der Bibliothek ist gleich 10 Proz. der Mitgliederzahl. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Bernke als 1. Vorsitzender, Leuschner als 1. Schriftführer, Liere als Kassierer und Arbeitsnachweis-Vorsitzer, Schroll als Bibliothekar, Franz und Langner als Revisoren. In die Agitationskommission wurden gewählt Moranz, Hinzmann, Schmidt und Rikel. Ein Antrag, 15 Pf. Extrasteuer pro Mitglied und Woche auf die Dauer von vier Wochen zu erheben zur Unterstützung der Bergarbeiter, wurde abgelehnt, dagegen 20 M. zu demselben Zweck aus der Lokalkasse bewilligt.

Der sozialdemokratische Verein für Neuenhagen und Umgegend hielt am Sonntag, den 22. Januar, in Werders Lokal Truchmühle seine Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Barttig. Demnach haben zehn Mitglieder- und zwei Volksversammlungen im Vorjahre stattgefunden. Leider haben wir mit der Lokalfrage schwer zu kämpfen und stehen uns nur zwei Versammlungsräume zur Verfügung, welche so unangünstig liegen, daß man von der Bahn aus noch eine lange Zehreite machen muß, um hin zu gelangen. Trotzdem waren die Versammlungen durchschnittlich gut besucht. Der Mitgliederstand, welcher am Jahresabschluss 1903 72 betrug, ist am Schluss des vorigen Jahres auf 93 gestiegen. Nach Verlesen geordnet waren 22 Arbeiter, 1 Vätermeister, 1 Carbiar, 1 Quabinder, 1 Formier, 3 Gärtler, 1 Hofsteiner, 1 Kaufmann, 17 Maurer, 5 Putzer, 3 Sattler, 1 Schleifermeister, 6 Schlosser, 1 Schlossermeister, 2 Schneider, 1 Schneidermeister, 1 Schriftführer, 1 Schuhmachermeister, 9 Tischler, 14 Töpfer, 2 Zimmerer. Den Kassenbericht erstattete Dallmann. Nach demselben betrug die Jahresertragsquote 316,25 M. und die Ausgabe 256,52 M., somit verbleibt ein Kassenbestand von 59,73 M. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Barttig 1. Vorsitzender, Hausdorff 2. Vorsitzender, Dallmann Kassierer, Lehner Schriftführer. Revisoren wurden Jäke, Kuster und Henkel, Weisner, Jahn, Deder und Wädike. Bibliothekar Karl Nagel. Als Lokalkommission wurde der Vorstand bestätigt. Ein Antrag des Vorstandes, das Geschäftsjahr des Vereins nach jedem Parteitag abzuschließen, wurde angenommen. Gleichzeitig macht der Vorsitzende auf den Kassenkampf im Ruhrrevier aufmerksam und wurden den streikenden Bergarbeitern 10 M. überwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bom südafrikanischen Kriegsschauplatz.
Berlin, 26. Januar. (Amtliche Meldung.) Nach einer Meldung des Generalleutnants v. Trotha vom 26. Januar überfiel Leutnant der Reserve v. Trotha am 6. und 8. Januar mehrere Bataillone der Nordbataillone bei Bluthuis und Gora. Die Farmer Krüger, Jommi Annis von Farm Randaus und Gordon wurden befreit. Der Feind verlor 6 Tote, 4 Verwundete, 7 Gewehre mit Munition und 16 Pferde, 487 Stück Grochwied, 2000 Stück Kleinwied.

Troy-Trüff.
Effen, 25. Januar. Alle Nachrichten, wonach der bergbauliche Verein geneigt sei, mit der Siebenerkommission in Verhandlungen zu treten, entbehren nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ jeder Begründung. Die Ausfichten auf Beendigung des Streiks sind um nichts näher gerückt, was die heute abend verbreitete programmatische Rundgebung beweist.

Unterstützungen für die Streikenden.
Effen, 26. Januar. (W. T. B.) Von dem Metallarbeiter-Verband in Stuttgart sind bei dem Verbandsbureau in Vohum 60000 M. eingegangen.

Oesterreich ohne Obstruktion.
Wien, 26. Januar. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus erledigte sämtliche noch vorhandenen scheidungsradikalen Eingekleidungsanträge durch Ablehnung deren Dringlichkeit und nahm den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Balawski auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen an. Damit waren sämtliche Dringlichkeitsanträge, welche den Eintritt in die Tagesordnung hinderten, erledigt. Daraus wurde unter lebhaftem Beifall des Hauses zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, nämlich Beratung der Retikationsvorlage, geschritten. Der Ministerpräsident Dr. v. Gautschi richtete an das Haus einen warmen Appell, im Interesse der volkswirtschaftlichen Bevölkerung die Vorlage so schnell wie möglich zu erledigen und erklärt, die Regierung bezichtige vorläufig auf Refundierung der in den Jahren 1903 und 1904 aus den Kassenbeständen bestrittenen Kostausfordernde und werde dem Hause demnach eine dahingehende Sondervorlage unterbreiten. (Lebhafter Beifall.) Nachdem der Berichterstatter der Minorität, Stene, mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministerpräsidenten das Votum der Minorität zurückgezogen hatte, wurde die Verhandlung abgebrochen. Am Schluß der Sitzung regt der Abgeordnete Breiter unter Hinweis auf die Vorgänge in Rußland eine Sympathieabgebungen für die russischen Freiheitskämpfer an. Der Präsident entgegnete, er fände das allgemeine Interesse für die Ereignisse in Rußland begrifflich, er halte es jedoch für unzulässig, interne Angelegenheiten eines befreundeten fremden Staates im Hause zu verhandeln. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Die Wahlen in Ungarn.
Budapest, 26. Januar. (W. T. B.) Aus der Provinz laufen fortwährend höchst ungünstige Nachrichten für die liberale Partei ein. Die Kossuthpartei hat bereits 10 Sitze gewonnen. Falls die weiteren Wahlergebnisse sich nicht bessern, dürfte die Regierung eine Wahl-niederlage erleiden.

Budapest, 26. Januar. (W. T. B.) Infolge der heute stattfindenden Reichsratswahlen herrscht seit dem frühen Morgen sehr bewegtes Leben. Die Wahllokale sind von großen Menschenmassen dicht umlagert. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ist es bereits zu Ergüssen gekommen. Ein regierungsfreundlicher Wähler wurde von den Oppositionellen deartig mißhandelt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Wagen, in welchem ministerielle Wähler saßen, wurde überfallen, der Aufscher vom Bod gerissen und durchgeprügelt. Auch aus der Provinz werden zahlreiche Wahlergebnisse gemeldet. Ueberall mußte Militär die Ruhe wiederherstellen. In dem Siebenbürgischen Baderie Vorpostel wurde das Baderieetablisement in Brand gesteckt und eingeschmiedet, weil der Besitzer für den Regierungskandidaten agitiert hatte.

Budapest, 26. Januar. (W. T. B.) Bis mittag waren 74 definitive Wahlergebnisse bekannt. Hieron entfallen 38 auf die Regierungsparteien und 36 auf die Opposition.

Budapest, 26. Januar. (W. T. B.) Bisher sind 116 Wahlergebnisse bekannt, und zwar sind gewählt 51 Liberale, 40 Angehörige der Kossuthpartei, 13 Dissidenten, 6 Mitglieder der Volkspartei, 2 Mitglieder der Landpartei und 3 Wälder. Von bekannten Kandidaten wurden gewählt Graf Albert Apponyi, Graf Alexander Karolyi (Dissident), Gulner (Kossuthpartei), Franz Kossuth Graf Johann Dabai (Dissident), Valtasar Semsey (Dissident), Alexander Kombar (liberal), der frühere Handelsminister Ludwig Lang (liberal), Graf Ludwig Battianni (Dissident), Moriz Nepai (liberal), Veszi (liberal), Karl Neustädter (liberal).

Aus der Hull-Kommission.
Paris, 26. Januar. (W. T. B.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung bestätigt der Kommissar von der „Gulf Enrick“ die Aussagen des früheren Zeugen betreffend die Schwaluppe die für ein Torpedoboot gehalten wurde. Er führt des Längeren aus, daß das Boot, welches als Torpedoboot angesehen wurde, eine Schwaluppe ohne Lichter gewesen sei. In Verantwortung mehrerer Fragen sagt dann der Zeuge, er habe zuerst geglaubt, das russische Schiff habe blind geschossen, und gibt Erklärungen über die Stellung der Lichter der Kriegsschiffe und der Scheinwerfer. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Der Kohlenstreik in Belgien.
Charleroi, 26. Januar. (W. T. B.) In der Versammlung, welche am Sonntag in Zemappes stattfinden wird, und an welcher die Delegierten aller Grubenbetriebe teilnehmen werden, wird die Frage des Generalstreiks eingehend beraten werden. Die Anhänger des Generalstreiks gewinnen immer mehr an Boden. Sie heben hervor, daß der jetzige Augenblick niemals günstiger gewesen ist, um die Wünsche der Arbeiter durchzusetzen. Angesichts des Ausstandes in Deutschland schmelzen die Kohlenvorräte, die übrigens nicht bedeutend sind, sehr schnell. Die Proklamation des Streiks dürfte daher nicht sonderlich überraschen.

Eisenbahnunfall.
Labs (Böhmen), 26. Januar. (W. T. B.) Von dem heute nachmittag 1 1/2 Uhr von Prag abgegangenen Schnellzug sind zwischen Sudomerie und Chotowin infolge Schienenbruchs die letzten vier Personenwagen entgleist. Ein Reisender wurde schwer, zehn Reisende wurden leicht verletzt. Unter den Leichtverwundeten befindet sich ein Kaufmann Richter aus Dresden.

Schnee Sturm.
New York, 26. Januar. Der Schneesturm führte Zustände herbei, wie sie seit 17 Jahren nicht mehr beobachtet worden sind. Viele Menschen wurden im Schnee halb erstarrt aufgefunden. Die Hotels sind nicht im Stande die Menge der Fremden aufzunehmen. Seit 24 Stunden ist kein Zug angekommen oder abgefahren. Die Zentralwohlfahrtsvereinsgesellschaft hinterlegte auf jeder Polizeistation Geldsummen. Es herrscht großer Mangel an Kohlen und Fleisch. Viele Theater wurden geschlossen.

New York, 26. Januar. (W. T. B.) Wenigstens acht Personen sind in der Stadt infolge des letzten Schneesturmes umgekommen. Sie brachen entweder erstarrt vor Kälte oder vollständig erschöpft zusammen. Infolge der Anstrengungen, mit denen sie versuchten, sich durch das Schneetreiben in den Straßen einen Weg zu bahnen. Die Leichenbegängnisse sind in ganz New York aufgeschoben worden. Eine Anzahl Schiffbrüche sind von der Küste der Neu-England-Staaten gemeldet worden, bei denen Menschen jedoch nicht ums Leben gekommen sind.

Reichstag.

129. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Pofadowsky, Kraetke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt über

den Abschluß der Handelsverträge

Graf Pofadowsky folgende Erklärung ab: Meine Herren! Auf die Interpellation der Herren Abgeordneten v. Normann und Genossen betreffend den Abschluß des österreichischen Handelsvertrages habe ich erklärt, daß die Interpellation im Laufe dieser Woche beantwortet werden wird. Inzwischen hat sich die Situation insofern geändert, als gestern Abend der deutsch-österreichische Handelsvertrag von den Bevollmächtigten beider Mächte unterschrieben worden ist. (Bravo!) Ich darf annehmen, daß der Bundesrat seine Beratungen über die sieben Handelsverträge so beschleunigen wird, daß sie am 1. Februar dem hohen Hause zugehen können. Bei dieser Gelegenheit werden auch alle Fragen unserer handelspolitischen Situation wahrscheinlich Gegenstand der Erörterung hier werden. Ich darf daher wohl annehmen, daß die Interpellation v. Normann vorläufig erledigt ist.

Kunze tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Auf dieser steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Post-Gesetzes.

Abg. Dove (fr. Vg.): Der letzte Redner des gestrigen Tages, Abg. Erzberger, hat die deutsche Postverwaltung als die beste der Welt bezeichnet. Ich will ihr diesen Ruhm im allgemeinen nicht schmälern, aber das Bewußtsein, in der besten der Welten zu leben, ist zu häufig das Ruhebett, auf dem man alle Reformen vergißt. Selbst Stephan, dieser geniale Mann, ruhte sich in der letzten Zeit seiner Tätigkeit auf den Lorbeeren aus. Ich weiß auch nicht, ob der Kollege Erzberger sämtliche Postverwaltungen der ganzen Welt kennt (Heiterkeit), ich wenigstens muß sagen, daß ich bei den wenigen Postverwaltungen, die ich aus eigener Anschauung genau kenne, bisweilen gefunden habe, daß sie dieselben hohen Leistungen mit etwas weniger bürokratischer Schwerefälligkeit bewältigen. Beispielsweise was das Verlangen auf äußerliche Korrektheit der eingeleisteten Pakete anlangt. — Die finanzielle Lage des Postwesens ist der Art, daß man sich am Geldpunkt nicht zu stoßen hat bei Reformvorschlügen. Die Verzinsung des bei der Post investierten Kapitals mit 4,7 Prozent, welche der Kollege Käpfig herausgerechnet hat, ist entschieden zu niedrig. Kollege Trimborn hat gesagt, der sozialpolitische Eifer höre immer da auf, wo der Geldpunkt ansetzt. Aber der sozialpolitische Eifer darf nicht da aufhören, wo das allgemeine Wohlbefinden aufhört: Der Eifer des Abgeordneten Doeller hört nämlich mit dem männlichen Geschlecht auf (Heiterkeit). Es ist ersichtlich, daß gerade er gegen die Angehörigen zu hohen Bezügen der weiblichen Angestellten gesprochen hat, während doch seine Partei sehr oft die weiblichen Angestellten privater Geschäfte in Schutz nimmt wegen der stillen Gefahr, die aus zu niedrigen Bezügen entspringen. (Sehr richtig! links.) Der ersten Zentrumsresolution können wir unsere Zustimmung aussprechen, besonders deshalb, weil die Morgenstunden für den ermühten Fernsprecherlehrer für Arbeitsausstellungen in Aussicht genommen sind. Ebenso sympathisieren wir mit dem zweiten und dritten Abschnitt der anderen Resolution des Zentrums. Aber der erste Abschnitt, der von der Ausdehnung der Sonntagsruhe für die Post, erregt unser Bedenken. Redner regt einige Verbesserungen an. Unter Beziehung auf den Weltpostvereins-Kongress bittet er die Regierung, dafür zu sorgen, daß Holland künftig unbestellbare Briefe an den Abnehmer zurückgeben lasse, daß Amerika für verloren gegangene Einschreibbriefe wie andere Staaten eine Entschädigung von 50 Fr. zahle. Zum Schluß ersucht der Redner um Ausdehnung des Stadtpostos auf die Berliner Vororte Steglitz und Groß-Lichterfelde. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Lipinski (Soz.): Ich kann Herrn Trimborn aus eigener Erfahrung bestätigen, daß der Andrang im Paketverkehr an Vorabenden vor Feiertagen für die Postbeamten sehr belastend ist. Ebenso leiden darunter aber auch die Handlungsgehilfen. Es steht fest, daß gerade die späte Aushaltung der Posthalter für Paketannahme zur Verlängerung der Arbeitszeit der Handlungsgehilfen beiträgt. Auch in ihrem Interesse wäre daher ein früher Schalterstich für den Paketverkehr sehr erwünscht und zwar nicht nur am Sonnabend, sondern an allen Wochentagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es in Berlin möglich gewesen ist, den Schalterstich für die Paketannahme auf 7 Uhr festzusetzen, so muß es auch in anderen Städten durchzuführen sein. In vielen Geschäften wird — wie der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter feststellt — die Nachmittagspost systematisch vernachlässigt und bis zum letzten Augenblick verschoben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dem könnte durch früheren Schalterstich entgegengetreten werden. Ermahnungen der Handelskammern haben sich als fruchtlos erwiesen, die Postverwaltung hätte also allen Anlaß, sich hier sozialpolitisch zu betätigen. Durchführbar ist der frühere Schalterstich jedenfalls. Werden doch in Leipzig alle Güter, die bis 8 Uhr nicht verladen sind, einfach zurückgelassen. Wenn das mit den Gütern geht, muß es auch für die Postpakete möglich sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöder (libd.): Ich freue mich, daß der Gedanke, den ich im vorigen Jahre anregte, es mögen Ausschüsse gebildet werden, in denen alle Kategorien von Postbeamten vertreten sind, Anklang gefunden hat. Leider sind die Verhältnisse der Postdirektoren noch nicht ausgeglichen. Diese beziehen 3000 M., davon bleiben nach Abzug von Steuern und Lebensversicherung 3000 M. übrig. Das hierin bei starken Familien ein gewisser Notstand liegt, ist wohl nicht zu leugnen. In Postlage befinden sich zweifellos auch die unteren Postbeamten, besonders auf dem Lande, soweit sie mit 900 bis 1100 M. auskommen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß heute das Leben auf dem Lande vielfach teurer ist, wie in der Stadt. (Sehr richtig!) Mir sind Fälle bekannt, wo die unteren Beamten die Bureauausgaben scheuern müssen. Das liegt doch nicht mehr im Geist der Zeit. Auch der Nachdienst ist vielfach zu lang. — Eine wünschenswerte Arbeitszeit von 60 Stunden sollte nicht überstiegen werden. — Sonntagsruhe ist für die christliche Welt unentbehrlich. Es ist sogar vorgeschlagen, daß Postbeamte Sonntags nachmittags hindereit sind, um die Offerten eines Lotteriefolioskellers zu verschiden. (Hört! hört! bei dem Zentrum.) Da sollte der Herr Staatssekretär für schärfere Kontrolle sorgen. Kann ein Wort über die bisher noch nicht hier erwähnten Telegraphen-Arbeiter! Sie bekommen nur 2,50 M. am Tage, und sie haben mehrmonatliche Feiertage im Jahre und bekommen dafür nicht bezahlt! — Gedruckte Karten, auf die nur eine Zahl geschrieben ist, sollten als Druckfachen gelten können. Das macht namentlich für uns, die wir von kleinen Gehältern leben müssen, viel aus. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Wallen (natl.): Wenn man sich das Material ansieht, das der polnische Redner gestern auf den Tisch des Hauses mit Entzückung niederlegte, so gewinnt man eine ganz andere Meinung, als wenn man nur seine Worte gehört hatte. Diese Postadressen zu lesen, die ganz bedeckt waren mit polnischen, für unsere deutsche Zunge zum Teil unaussprechlichen Lauten, kann man einem einfachen deutschen Postbeamten nicht zumuten. Die Uebersetzungsbehörde ist schon ein Entgegenkommen. Die Telephonermäßigung für Arbeitsnachweise wäre sehr

gut! Aber man sollte sie auch anderen gemeinnützigen Anstalten gewähren. Man sollte vor allem auch auf dem Lande die Telephonanschlüsse erleichtern. Man sollte endlich auch uns auf dem Lande das geben, was den Städten schon längst mühelos in den Schoß gefallen ist. Bei uns wissen viele nicht, was Telephon ist. Die Landgemeinden wollen nicht länger die Varias des Verkehrs sein. Auch weitere Ausdehnung des Telephonverkehrs auf das platte Land wird die schönen Ueberschüsse der Reichspost nur vermehren. (Beifälliger Beifall.)

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sydow: Die Ausbreitung des Telephonverkehrs auf das platte Land findet seine Grenze in den Mitteln und Kräften, die der Postverwaltung zur Verfügung stehen. Da sie nicht allen Anforderungen nachkommen kann, so bevorzugt sie nach dem System der Selbsterschöpfung die Gemeinden, die sich getrauen, 10 Prozent Brutto-Einnahme — nicht Reingehalt — zu liefern. Solche Gemeinden haben sich bisher noch stets in genügender Zahl gefunden. Sollte das in Zukunft nicht der Fall sein, so wird die Postverwaltung gern auch weitere Landgemeinden berücksichtigen.

Abg. Ong (Z.) äußert allerhand Wünsche für die badischen „Postbeamten“. Im einzelnen bleibt er wie stets auf der Tribüne unverständlich.

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Herr Böller hat gestern über die weibliche Arbeit am Postbetrieb Ausführungen gemacht, die ich nicht unbedingtermaßen lassen kann. Er hat nicht nur die Herabsetzung des Wohnungsgeldzuschusses für Beamtinnen verlangt, wogegen sich schon mein Freund Dove gewandt hat. Er hat überhaupt gefordert, daß man reinen Tisch mache mit der weiblichen Arbeit bei der Post! Zu meiner Genugtuung hat der Staatssekretär das zurückgewiesen. Ich gehe sogar noch weiter und halte es für sehr wünschenswert, daß die Postverwaltung das Verhalten der preussischen Eisenbahnerverwaltung zum Beispiel nehme und Frauen auch zum Schalterdienst verwendete. Es ist ein Standpunkt aller unerschütterlicher Art, wenn man sagt, dadurch würden den Männern die Stellen weggenommen. (Sehr richtig! links.) Statistik des Herrn Staatssekretärs beweist, daß gewisse Wünsche aus dem Hause auf Erfüllung rechnen können. Das ist erfreulich. Aber leider beweist sie recht wenig. Herr Kollege Trimborn meinte, man werde bei der Post leicht krank, aber man sterbe schwer. Aber das trifft für den zweiten Teil des Satzes nicht zu. Dem ersten gehen die kränklichen Beamten meist ab von der Post, ehe sie sterben. Eine Mortalitäts-Statistik müßte also auch die preussischen Beamten berücksichtigen. Zweitens könnte man aber auch dann nicht die Zahlen mit den Sterbeziffern einer allgemeinen Volksstatistik vergleichen, weil diese namentlich durch die Kindersterblichkeit sehr stark beeinflusst ist. Bei der Post treten aber doch nur erwachsene Männer ein. Es handelt sich dabei also einfach um den Vergleich zweier unmeßbarer Zahlen, denn sonst wäre ja die Post geradezu ein Lebenselixier. — Die Landbriefträger wünschen auch ein Sturmband für ihre Mühe und eine Regenpelz. Das sind Dinge, die allerdings hier im Reichstage schwer mit dem nötigen Ernst behandelt werden können. Eine Organisation der Unterbeamten könnte eben auch das besser in die Hand nehmen. Dann erwähne der Herr Staatssekretär, welche Wünsche allgemein verbreitet sind. Die Briefträger klagen auch darüber, daß nur die Zeit des Votenganges selbst in Anrechnung käme, nicht aber die Zeit, die sie auf dem Postamt selbst vor und nach dem Gange zu verbringen hätten. Dadurch würde ihre Dienstzeit um eine Stunde länger, als es in der Statistik zum Ausdruck käme. Speziell in Schleswig-Holstein klagen die Briefträger, daß die Wege immer nur vom Mittelpunkt des einen Landes zu dem des anderen in Anrechnung kämen. Die Orte sind aber ähertlich lang gestreckt, so daß die Wege tatsächlich viel größer sind. Also auch hier mehr die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen! Das Gehalt der Landbriefträger sollte auf eine Höhe gebracht werden, die einen wirklichen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet. Das mit dem System der „gehobenen Stellen“ schwere Mißstände verbunden sind, weiß jeder von uns, der einigen Einblick in die Verhältnisse hat. Mit Verweisen dafür kann man aber leider hier nicht kommen, da die Unterbeamten selbst uns ansehen, nicht den Namen oder den Ort derer zu nennen, die Beschwerden haben. Es ist dieselbe Geschichte wie beim militärischen Beschwerderecht. — Der Staatssekretär lehnte die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit scharf ab mit der Begründung, die kaufmännischen Angestellten müßten noch länger arbeiten. Gewiß halte ich auch deren Arbeitszeit für viel zu lang, aber sie könnten sich doch organisieren, streiken. Die Postbeamten müssen warten, was ihnen göttigt von oben gewährt wird. Deshalb hatte der Wunsch des Abg. Trimborn nach der wahrhaften nicht umstürzenden Reform, die Arbeitszeit der Postbeamten von 60 auf 63 und dann auf 60 Stunden zu verfürzen, wohl eine freundlichere Antwort verdient. Durch eine sehr übertriebene Rücksicht auf die notwendige Disziplin werden die Beamten in ihren Bürgerrechten verletzt. Wir sind verschiedene Mittelungen zugegangen, daß Vorgesetzte in wenig angenehmer Weise in die Verhältnisse ihrer Beamten und Unterbeamten sich einmischen. Diese Mißbräuche rühren daher, daß vielfach zum mindesten in den mittleren Instanzen noch der Gedanke maßgebend ist, den Postbeamten möglichst in militärischem Sinne zu organisieren. Demgemäß müssen wir die Forderung erheben, daß auch die Postverwaltung ihre Beamten wie vollberechtigte Staatsbürger behandelt. (Beifall links.)

Abg. Raab (Antif.): Auf das Gebiet der Frauenfrage will ich Herrn v. Gerlach nicht folgen, ich selbst habe wenig günstige Erfahrungen mit den weiblichen Telephonbediensteten gemacht. Am Montag fahre ich mein Telephon nicht an, dann sind schlechterdings keine Anschlüsse zu bekommen. — Redner wünscht, daß die Landbriefträger zum Schutze gegen die Kälte Ohrenklappen bekommen. — Schließlich wünscht Redner eine Vermehrung der Postämter in Hamburg. Dort gibt es nur 30 Postämter, während die Stadt im Verhältnis zu Berlin 42 Postämter haben müßte. Besonders beklagt sich der Vorort Winterhude über Mangel an Postämtern. Ein solcher Zustand ist im Zeitalter des Verkehrs unhaltbar. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Staatssekretär Kraetke: Die Handelskammer in Hamburg hat sich bisher nie beklagt, daß die Großstadt Hamburg von der Reichs-Postverwaltung vernachlässigt werde. Ich werde mich jedenfalls über die Verhältnisse in dem Vororte Winterhude orientieren.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Vole): Ich muß noch einmal auf die Tätigkeit der Uebersetzungsstellen in Polen und Bromberg zurückkommen. Der Herr Staatssekretär hat uns den Rat gegeben, unsere Beschwerden im einzelnen Falle beim Reichs-Postamt anzubringen. Das ist deshalb sehr schwer, weil es sich um politische Dinge handelt. Die Beschwerden haben ihren Grund darin, daß der größte Teil der Postbeamten in den polnischen Provinzen der polnischen Sprache nicht mächtig ist, weil man die polnisch sprechenden Postbeamten weit hinaus schiebt. Es kommt häufig vor, daß Briefe an mich, der ich der einzige meines Namens bin, sobald sie den Titel „Probst“ enthalten, nach der Uebersetzungsstelle gehen. Anerkennen muß ich allerdings, daß in der letzten Zeit hier eine Besserung eingetreten ist. Die andere Schwierigkeit liegt in der Umfassung polnischer Namen von Städten in deutsche. In allen Verzeichnissen der Postämter sollten beide Namen stehen, so wie es unter Stephan war. Bei den jetzigen Schulverhältnissen ist die Erlernung der deutschen Sprache für viele Polen sehr schwer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hatten die alten Leute unter den Polen erst recht keine Gelegenheit, deutsch zu lernen. Deshalb sollten die Beamten in den Ostmarken ein wenig polnisch können.

Abg. Sattler (natl.) bemerkt nur kurz, daß aus seinem Schweigen nicht der Schluß gezogen werden dürfe, er halte das für richtig, was der Herr Vorredner gesagt hat.

Damit schließt die Generaldebatte.

Ueber die Resolution Groeber-Diye (Z.) wird auf Antrag Eichhoff (fr. Vg.) abgesehen getrennt abgestimmt.

Abg. 1 (Ausdehnung der Sonntagsruhe durch Einschränkung des sonntäglichen Postverkehrs) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen.

Abg. 2 (Verkürzung der Maximalarbeitszeit) gegen die Stimmen der Rechten.

Abg. 3 (Statistik über die Verhältnisse der Postbeamten in den Kolonien) wird nach dem Antrag Eichhoff-Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) abgeändert (Postbeamte in den deutschen Schutzgebieten und im Auslande) und dann einstimmig angenommen.

Titel 1 (Gehalt des Staatssekretärs) wird bewilligt, ebenso die folgenden Titel.

Bei Titel 17 (Oberpostdirektion) protestiert

Abg. Kunert (Soz.) dagegen, daß das Gehalt des Oberpostdirektors in Shanghai von 13 000 auf 15 000 Mark erhöht wird in Anbetracht der „außerordentlich kostspieligen“ Lebensverhältnisse. Es ließe sich sehr gut auch dort mit 13 000 Mark auskommen und das erparte Geld ließe sich für die Unterbeamten besser verwenden. Der Redner führt dann einen Fall aus der Oberpostdirektion Rassel an. Auf einer kleinen Postagentur wurde ein Brief, der Material zu einer Privatklage gegen einen dort beschäftigten Beamten enthielt, widerrechtlich geöffnet. Die Oberpostdirektion hat aber keinen Strafantrag gestellt, und das Verfahren sei eingeschlossen. Zweifellos liegt eine Gesetzesverletzung schwerster Art, ein Verstoß gegen § 354 des Strafgesetzbuches vor. Weiter führt der Redner Beschwerde darüber, daß ein Brief, der am 10. Januar vom „Vorwärts“ nach München am Rhein abgedandt wurde und dem Adressaten nicht ausgehändigt werden konnte, bis heute dem Absender noch nicht zurückgestellt worden ist. Er bittet ferner, die Erhebung des Strafportos möglichst einzuschränken. Die bisherige unübliche Praxis sei eine Art amtlicher Schnorrerei. Die politischen Redaktionen seien gezwungen, alle unfrankierten Briefe, auf denen nicht der Absender stand, anzunehmen, wenn sie nicht den Namen des Absenders in die Hand einer öffentlichen Behörde fallen lassen wollten.

Staatssekretär Kraetke: Es ist mir nicht klar, welchen Vorwurf der Redner gegen mich gerichtet hat. Die Oberpostdirektion Rassel hat den erwähnten Fall an den Staatsanwalt abgegeben. Einen Antrag zu stellen war nicht nötig, weil die Verletzung des Briefgeheimnisses kein Antragdelikt ist. Die Oberpostdirektion hat ferner den Beamten, der unter diesem Verdacht stand, sofort entlassen. Ich weiß nicht, wie aus dieser ganzen Darlegung des Abg. Kunert hervorgehen soll, daß das Briefgeheimnis von der Postbehörde nicht gewahrt wird. Ich muß auch gegen den Ausdruck „Schnorrerei“ protestieren. Wir verfahren nach Gesetzen, die der Reichstag gemeinsam mit dem Bundesrat beschlossen hat.

Abg. Eichhoff (fr. Vg.) bittet in der Postverwaltung den Gehalt No bis in idem streng inne zu halten. Es sei falsch, einen Beamten, der disziplinarisch bestraft sei, nicht zu befördern, wie der Staatssekretär gestern gewollt habe. In einem Falle sei ein Assistent im Bezirk der Oberpostdirektion Duppeln, der versehenlich den Geldschrank offen gelassen hatte, mit 10 M. bestraft worden, aber in der Anstellung sei er zurückgesetzt worden, so daß er 2000 M. Schaden gehabt habe.

Staatssekretär Kraetke: Ein Ausschluß von der Beförderung wegen einer disziplinarischen Bestrafung würde meinen Anschauungen keineswegs entsprechen. Der erwähnte Fall liegt mehrere Jahre zurück. Man ist damals in der Bestrafung zu weit gegangen. Die Zentralstelle ist damit beschäftigt, zu untersuchen, in welcher Weise jetzt noch ein Ausgleich stattfindet kann.

Abg. Kunert (Soz.): Im Mittelpunkt meiner Ausführungen stand die Behauptung, daß das Briefgeheimnis verletzt sei. Das hat der Herr Staatssekretär zugestanden. Wir nehmen detarierte Dinge sehr ernst, zumal dieser Fall kein Unikum ist. Wir könnten in politisch unruhigen Zeiten noch ganz andere Dinge erleben. Redner führt einige Fälle aus früherer Zeit an, in denen das Briefgeheimnis verletzt worden ist, und verweist auf frühere Reichstags-Verhandlungen, die in der Broschüre „Liebkecht: Das Briefgeheimnis vor dem deutschen Reichstag“ wiedergegeben seien, und auf die Broschüre „Kölbers: Das schwarze Kabinett“.

Staatssekretär Kraetke: Ich bedauere, noch immer nicht bemerkt zu haben, was der Vorredner mit eigentlich zum Vortour gemacht hat. Gegen die Verletzung durch einen ungetreuen Beamten ist die Postverwaltung mit aller Schärfe eingeschritten. Welcher Kasten soll daraus noch an ihr haften bleiben? Im übrigen ist es nicht Sitte im Reichstag, so überaus schwere Beschuldigungen ohne Anführung bestimmter Fälle zu erheben. (Lebhaftige Zustimmung rechts.) Es ist doch keine Art, auf irgend welche Broschüren zu verweisen. In all den Fällen ist eine schwere Bestrafung ungetreuer Beamten eingetreten.

Abg. Kunert (Soz.): Ich habe nicht in allgemeinen Wendungen Beschuldigungen erhoben, sondern bestimmte Fälle genannt. Dem Bedauern des Staatssekretärs schreibe ich mich an, das mangelnde Verständnis liegt aber nicht an mir, sondern an ihm.

Staatssekretär Kraetke: Die ganze Ausdrucksweise, deren sich Abg. Kunert bedient, ging dahin, der Postverwaltung den Kasten anzuhängen, daß straflos das Briefgeheimnis verletzt worden sei.

Beim Titel Ober-Postassistenten und Ober-Telegraphen-Assistenten wünscht

Abg. Braun (Antif.) Aufbesserung der Verhältnisse dieser Beamten in den Ostgebieten. Auch müßten die Dienststunden in den Bädern herabgesetzt werden.

Staatssekretär Kraetke: Die einzelnen Oberpostdirektionen sind berechtigt, aus ihren Unterstützungsfonds derartige Teuerungszulagen zu gewähren. Wir können von hier aus nicht übersehen, wo die Verhältnisse dies bedingen.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel Unterbeamte im Landbestell-

dienste.

Abg. Zubeil (Soz.): Wenn man bedenkt, daß die Landbriefträger heute nach 17-jähriger Tätigkeit auf 1000 M. Gehalt kommen, so kann man dies nicht als angemessen bezeichnen. Die Landbriefträger haben einen besonders schweren Dienst, wenn Krankheit in ihrer Familie eintritt, müssen sie den Arzt für teures Geld aus der Stadt holen. Der Wunsch der Beamten, daß ihr Gehalt nach 17-jähriger Tätigkeit auf 1200 M. erhöht werde, dürfte daher wohl berechtigt sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag Müller-Sagan (fr. Vg.) wird dieser Titel abgesetzt bis zur Verhandlung des heute in der Budgetkommission gesuchten Beschlusses, die Mindestbezüge der nicht „gehobenen“ Postunterbeamten auf 1000 bis 1200 M. festzusetzen.

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Postagenturen sind durchaus nicht immer nur Nebenbeschäftigungen. Ihre Gehälter müssen daher sehr verschieden bemessen werden. Die Einkommensabstufung von 150 000 M. für das ganze Reich (für Dienstunlofen) ist sehr gering. Den alten Agenten sollte wenigstens die Invalidenrente gegeben werden.

Staatssekretär Kraetke: Mit den 150 000 M. wollen wir durchaus nicht allen Postagenten aufhelfen. Es ist nur der Anfang für weitere Entschädigungen.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Etats, soweit er nicht der Budgetkommission überwiesen ist.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Nachtragsetats für die Schutzgebiete und Etat über die Hetero-Expedition.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Postunterbeamten.

Im Kapitel 85 des Postetats sind 10 200 sogenannte „gehobene Dienststellen“ (12—1800 M.) vorgesehen, die zu lebhafter Debatte Anlass gaben. Korreferent Dr. Müller-Sagan bekämpfte das vorgeschlagene System mit seiner „Lattitude“ für die Verwaltung. Staatssekretär Kraetke bestritt, daß dieses bedenklich sei.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, der Reichstag solle sich bereit erklären, die Mittel für eine Erhöhung der Besoldung der Unterbeamten von 1000—1600 M. zu bewilligen.

Abg. Gröber plaidierte für ein anderes System der Besoldung der Unterbeamten und bekämpfte die Einführung der sogenannten „gehobenen Stellen“, weil sie der persönlichen Willkür zu weiten Spielraum läßt. Es gehe nicht an, daß das Reich seine Unterbeamten im Postbetriebe schlechter bezahle als Bayern und Württemberg dieselben Beamtenkategorien. Man könne nun entweder bestimmen, daß die Beamten den Höchstlohn früher erreichen, oder man könne, wie es der Antrag wolle, von unten auf sofort bessern. Der Zentrumsantrag bleibe immerhin noch hinter den Leistungen Bayerns zurück.

Staatssekretär Kraetke erklärte, die Unterbeamten würden demnach eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses erfahren, damit müsse man sich vorläufig begnügen. Vergleiche mit bayerischen Gehaltsverhältnissen seien nicht stichhaltig, weil die Majorität der dortigen Beamten (52 Proz.) nicht über 1275 M. hinauskommen. Im Gesamtdurchschnitt trafen 1833 M. auf den Kopf des Unterbeamten bei der Reichspost, 1265 M. bei der bayerischen, 1060 M. bei der württembergischen Post. Wenn man die Unterbeamten lediglich nach dem Dienstalter in die gehobenen Stellen einrücken lassen wolle, dann verzierte die Verwaltung auf das Prinzip dieser Dienstordnung. Die gehobenen Unterbeamten kämen in Stellen, die bisher von Beamten versehen worden wären; dazu eignete sich nicht jeder Unterbeamte.

Geh. Rat Tzelle aus dem Reichsschatzamt legte dar, es koste die Durchführung des Zentrumsantrages allein pro Jahr 3,8 Mill. Mark; auch könne man die Verbesserungen nicht auf die Postbeamten allein beschränken; dann käme man aber schon auf etwa 4 1/2 Mill. Mark. Die Regierungen seien auch überzeugt, daß für die Unterbeamten etwas geschehen müsse. Es entziehe aber die Frage, ob man neben der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses (3—4 Mill.) auch noch Gehaltssteigerungen finanziell durchzuführen vermöge; das lasse sich jetzt noch nicht übersehen. Die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses sei wichtiger als die Erhöhung des Gehaltes, weil man sich damit den Verhältnissen besser anschmiegen könne. Eine Gehaltssteigerung der auf dem Lande sitzenden Unterbeamten reize auch die Arbeiter zu höheren Lohnforderungen, reiche aber für die Unterbeamten in den großen Städten doch nicht aus.

Abg. Singer stellte diesen Ausführungen Widerspruch entgegen: die Beamten würden für ihre Arbeitsleistungen bezahlt, nicht für den Ort, an dem sie wohnen. Es sei zu hoffen, daß das Reichsschatzamt die preussischen Widerstände überwinden werde. Neben den Wohnungsgeldzuschüssen müßten auch die Gehaltsverhältnisse der niederen Klassen verbessert werden. Diese seien vielfach über ihre wirtschaftliche Kraft durch die Rente angepannt. Der Zentrumsantrag entspreche nur den wiederholten sozialdemokratischen Anregungen; wir würden ihm also zustimmen. Es sei erfreulich, daß der Staatssekretär einen Mißbrauch des Systems der „gehobenen Stellen“ verurteile; aber das System selbst sei verderblich und müsse bekämpft werden. Zwar würden die Beamten gewiß nicht ungeeignete Unterbeamte „heben“, aber sie würden sich unter den dienstlich Geeigneten die ihnen passenden und willfähigen herausuchen. Der Willkür werde Tür und Tor geöffnet und die Liebedienerei geradezu geächtet.

Von den jetzt geforderten 168 500 M. Mehrausgabe auf 10 200 Stellen würden nur circa 15 M. auf den Kopf kommen; also würden offenbar wieder nicht alle bedacht. Eine Menge von Beamtenkategorien würden übrigens überhaupt nicht bei Besetzung der gehobenen Stellen berücksichtigt. Man solle den Versuch, die gehobenen Stellen definitiv zu machen, ablehnen und statt dessen eine allgemeine Gehaltsaufbesserung durchführen.

Staatssekretär Kraetke behauptete, daß seit Jahren die Unterbeamten danach streben, aufzusteigen; das ermögliche ihnen das jetzt eingerichtete System der gehobenen Stellen. Er bestritt, daß ein System der Willkür und Liebedienerei vorhanden sei; wenn Mißstände bekannt würden, dann solle man ihn unterrichten, er werde für Abhilfe sorgen. Bei vielen Unterbeamten stelle sich die Verbesserung allerdings nur auf 20—40 M.; aber es würden die Pensionsbedingungen erheblich besser.

Abg. Erzberger stimmte dem Staatssekretär prinzipiell bei und empfahl, immer noch mehr Dienstveränderungen durch Unterbeamte besorgen zu lassen. Die 7—8 Mill. M. für Gehaltssteigerungen und Vermehrung der Wohnungsgeldzuschüsse müßten aufgebracht werden. Geh. Rat Reumann erklärte, daß Schädigungen der Unterbeamten beim Aufrücken in die gehobenen Stellen ausgeschlossen wären; ein etwa doch einmal eintretender Fall würde rasch korrigiert werden. Abg. Paasche sprach für das System der gehobenen Stellen, dessen Gefahren er bestritt; an die Einwirkung der politischen Stimmung auf Verförderung glaube er nicht. Eine allgemeine Gehaltssteigerung habe ihre großen Bedenken bei der Verschiedenheit der Lebensbedingungen. Ein Ausgleich sei durch Abmilderung des Wohnungsgeldzuschusses zu finden. Dennoch gedente er für den Antrag des Zentrums zu stimmen.

Abg. Müller-Sagan begrüßte den Antrag des Zentrums; die preussischen Schwierigkeiten würden jetzt nicht so sehr in den Vordergrund geschoben, weil dort gerade die Minister höhere Gehälter herauszuschlagen suchten; wenn sie diese erst in Sicherheit hätten, dann würden die „Schwierigkeiten“ schon wieder auftauchen. Eine gewisse Willkür bei der Besetzung höherer Stellen lasse sich nun einmal nicht vermeiden; die Erklärungen des Staatssekretärs hätten ihn aber beruhigt.

Direktor Tzelle bemerkte, so, wie die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Gegenden verschieden seien, so seien und müßten die Gesamteinkommenverhältnisse der Beamten abgestuft werden. Man solle deshalb nicht mit einer schematischen Gehaltsaufbesserung vorgehen, sondern die Wohnungsgeldzuschüsse erhöhen. Diese seien für die Großstädte zu niedrig. 7—8 Mill. M. könne das Reich nur durch Erhöhung der ungedeckten Patrimonialbeiträge ausbringen, d. h. daß die Einzelstaaten die Gehaltsverbesserung tragen müßten. Das gehe nicht an. Auf preussische Verhältnisse habe er deshalb nicht Bezug genommen, weil die preussische Regierung der Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse durchaus sympathisch gegenüberstehe.

Die Nationalliberalen beantragten, die Zulagen für gehobene Stellen auch den bei den Oberpostdirektionen in besonders verantwortlichen Diensten beschäftigten Unterbeamten auszuwerfen, zogen diesen Antrag aber später wieder zurück.

Abg. Dr. Pichler wies darauf hin, daß oftmals Amtsvorsteher Unterbeamte deshalb nicht für gehobene Stellen vorschlugen, weil sie die Leute sich selbst erhalten wollten. Das sei unpolitisch. An dem System wolle man nichts ändern. Die Einwendungen des Direktors Tzelle zugunsten einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses würden erst dann durchschlagend sein, wenn man auch die Familienverhältnisse der Beamten berücksichtige. Abg. Dr. Arndt stimmte dem Antrage des Zentrums zu; die Lebensbedürfnisse hätten sich so gesteigert, daß die Postverwaltung die Gehälter erhöhen müsse, um eine Verschlechterung des Personalersatzes zu vermeiden. Abg. v. Richthofen sprach seine rückhaltlose Zufriedenheit mit dem System der gehobenen Stellen und der Verförderung auf Grund von Qualifikationsberichten aus. Obwohl er die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für zweckmäßiger halte, so werde er doch zunächst für den Zentrumsantrag stimmen. Abg. Pattmann stimmte dem Antrage des Zentrums zu. Die Gehälter müßten erhöht werden, gerade um die Löhne der Landarbeiter zu erhöhen, das sei ein wünschenswertes soziales Ergebnis.

Abg. Singer stellte seine früheren Ausführungen gegen verschiedene Entstellungen richtig; er habe nie behauptet, daß sämtliche gehobene Unterbeamtenstellungen mit Strebern besetzt werden seien; damit würden aber die Bedenken gegen das System nicht aus der Welt geschafft. Von einem eigenen Antrage auf Veränderung des Statutis lasse er ab, weil er erkennen müßte, daß die Mehrheit ihn doch ablehnen werde. Aber es lasse sich doch einfach nicht bestritten, daß man mit den gehobenen Stellen das ganze Schema des Beamtenwesens durchbrechen. Den im Gemüthe der Zulagen stehenden Unterbeamten gönne man natürlich ihre Bezüge von Herzen.

Der Antrag des Zentrums wurde mit einer von den Kreismitgliedern angeregten redaktionellen Änderung einstimmig angenommen.

Die Schweiz im Jahre 1904.

Jährig, anfangs Januar. (Fig. Ver.)

Das Wirtschaftsleben der Schweiz stand im Beginn des verflochtenen Jahres zum Teil im Zeichen der Depression. Die Nahrungindustrie, Siderindustrie, Baumwoll- und Seidenindustrie, teilweise auch die Maschinenindustrie litten unter dem Mangel genügender Aufträge, der aber im Laufe des Jahres einer erheblichen Besserung wich, so daß der Jahreswechsel unter günstigen Umständen erfolgt. Immerhin kann von einer allgemeinen und befriedigenden Prosperität noch nicht die Rede sein. Einen neuen belebenden Aufschwung erfährt im Berichtsjahre in zahlreichen Orten die Bauwirtschaft. Für zahlreiche Unternehmungen war 1904 ein fettes Erntejahr; verteilten doch Aktiengesellschaften Dividenden an ihre fleißigen Aktionäre bis zu 6, 8, 10, 15, 20, 22 und 30 Prozent. Der Profit der Einzelunternehmer wird ebenso befriedigend ausgefallen sein.

Auf der anderen Seite mühten sich die Arbeiter in vielen Fällen wehren gegen Lohnreduktionen, Maßregelungen, Angriffe auf die Organisation usw., wenn auch nicht durchweg, so doch häufig mit Erfolg. Dasselbe läßt sich sagen von den vielen Angriffskämpfen der Arbeiter, wobei es sich um Arbeitszeitverkürzung, Lohnsteigerung, um den Abschluß von Tarifverträgen, um die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges bei den Ausbeutern, um anständige Behandlung, um Abschaffung des Trinkschwanks für die Brauer, um die Entlassung brutaler Meister und Werkführer handelte. Insgesamt kamen 124 Konflikte vor gegen 79 in 1903, also um 45 mehr. Davon waren 53 (1903: 35) Streiks, 48 (41) Lohnbewegungen, 5 (3) Aussperrungen und 18 Differenzen. Lohn waren die Arbeiter aller wichtigen Gewerbe und Industrien beteiligt, ebenso alle Teile des Landes. Von den in diesen wirtschaftlichen Kämpfen erzielten Erfolgen verdient besonders erwähnt zu werden der von den circa 900 Graveuren der Uhrenindustrie durch einen 17tägigen Generalstreik erzwungene Reumstundentag, der in absehbarer Zeit zum Normalarbeitstag in der gesamten Uhrenindustrie werden wird. Bemerkenswert ist ferner das Aufstehen der Zigarlarbeiter, besonders im Kanton Zürich, die an verschiedenen Orten für die Organisation genommen werden konnten und die mehrfache Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Lohnsteigerungen, Anerkennung ihrer Gewerkschaft und verschiedene Verbesserungen anderer Art erringen konnten.

Erfreulich ist, daß endlich auch die Genossenschaften an der fortschrittlichen Aufgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse mitarbeiten. Der circa 25 000 Mitglieder zählende Baseler Konsumverein hat für sein gesamtes zahlreiches Personal den Reumstundentag festgelegt, gewährt die besten, von Jahr zu Jahr nach aufgestelltem Regulativ steigende Arbeitslöhne, Ferien von 1—3 Wochen, je nach der Dauer der Tätigkeit in seinem Dienste; auch der Verband der schweizerischen Konsumvereine, der ebenfalls in Basel seinen Sitz hat, hat die Arbeits- und Lohnverhältnisse seines Personals durch Regulativ geordnet; die Zigarrenarbeiter-Genossenschaft Kanzen in Kanton Argau hat für ihre 36 Arbeiter und Arbeiterinnen den 8tägigen Reumstundentag eingeführt, mit dem sie bisher die bestbezahltesten Erfahrungen machte. Der 8tägigen Reumstundentag ist auch in Zürich von dem Baumeister Scheer eingeführt worden. Damit hat endlich auch in der Schweiz der von der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt seit 16 Jahren angestrebte 8tägigen Reumstundentag seinen Einzug gehalten.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung hat im Vorjahre auf der ganzen Linie eine erfreuliche Weiterentwicklung erfahren, worüber den zahlenmäßigen Aufschwung freilich erst die Jahresberichte der Verbände geben werden. Mehrere Verbände haben selbstbestellte Sekretäre angestellt und eigene Fachblätter gegründet, die Arbeiter der Lebensmittelbranche haben sich zu einem Industrieverband mit ständigem Sekretariat und eigenem Organ zusammengeschlossen, der Gewerkschaftsbund hat eine Sekretärin erhalten.

Auf politischem Gebiete herrschte in der Eidgenossenschaft insofern Stille, als keine Volksabstimmung stattfand. Eine förmliche Enquete wurde vom Bundesrat bei den Kantonsregierungen über die Einführung der Gesetzesinitiative vorgenommen, die fast durchwegs zustimmende Resultate ergab. Den Anstoß dazu gab der Sozialdemokrat Flachmann in Zürich. Im Bunde besteht bis jetzt nur die Verfassungsinitiative. Die Einführung der Gesetzesinitiative bedeutet den weiteren Ausbau der Demokratie. In der Frage der Regelung der Arbeitslosenunterstützung und des Arbeitsnachweises ist endlich nach zehnjähriger Warten eine Volkstags des Bundesrats erschienen, die aber leider keine Lösung bringt, sondern in der Hauptsache nur eine Materialiensammlung ist. Das Gesegnen betreffend den Reumstundentag am Sonnabend ist noch immer nicht erledigt und von der Revision des Fabrikgesetzes hört man nichts mehr. Dafür ist am Tage vor Weihnachten im Nationalrat anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über die Ausweisung von freiliebenden Italienern die Politik der elenden Militäraufgebote zur Niederschlagung von Streiks als „saubere Arbeit“ von der kapitalistisch-agrarischen Ausbeutergesellschaft, die hier Parlament und Volksvertretung spielt, begeistert gutgeheißen worden. Ebenso fand der schweizerisch-italienische Handelsvertrag einstimmige Genehmigung. Die Sozialdemokraten Dr. Brüllein und Scherrer haben seither in der Parteipresse ihre Zustimmung zu denselben zu rechtfertigen versucht, damit aber die Kritik nicht entwaftet. Es bleibt dabei, daß sie bürgerliche und nicht sozialdemokratische Politik treiben, daß sie sich um die Stellungnahme der Arbeiter, ihrer Wähler, keinen Pfifferling kümmern, daß in der nur sechs Mann zählenden sozialdemokratischen Nationalratsfraktion keine einheitliche Auffassung über grundsätzliche sozialdemokratische Politik und Taktik besteht, und es besteht daher die dringende Notwendigkeit, daß der nächste Parteitag ein energisches Wort darüber redet. Wenn bürgerliche Demagogen mit der Arbeiterschaft Schindluderei treiben, sie verraten und verkaufen, so dürfen sozialdemokratische Abgeordnete nicht auch das gleiche praktizieren. Wer nicht konsequente Arbeiterpolitik verfolgen will, der möge die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen anderen Genossen überlassen.

In den Kantonen Argau und Luzern wurden in der Gestalt demokratische Fortschritte gemacht, als die Volkswahl der Regierungen- und Ständeräte, die bisher von den Kantonsräten gewählt wurden, eingeführt worden ist. Die Wahlen der Sozialpolitik klapperten auch, aber sie lieferten wenig Mehl. In Basel rückten die Gegengewichte betreffend die Revision des Arbeiterinnenlohn-Gesetzes, Regelung des Lehrlings- und des Submissionswesens das Licht der Welt. Der Erledigung nahe ist aber nur der letztere Materie betreffende Entwurf. Die Vorlage zur Revision des Wirtschaftsrechtes, ein föderalistisch-genossenschaftlich-mittelständischer Nachwerf, wurde in der Volksabstimmung verworfen. Im Kanton Zürich liegt ein Lehrlingslohn-Gesetzentswurf vor und ein Entwurf zur Regelung des Submissionswesens ist in Vorbereitung. Im Kanton Bern liegen Arbeiterinnenlohn- und Lehrlingslohn-Gesetzesentwürfe vor, der letztere ist parlamentarisch erledigt, desgleichen das neue Lehrlingslohn-Gesetz im Kanton Zug, während in Luzern nur ein Entwurf vorliegt. Im Kanton Waadt ist das revidierte Lehrlingslohn-Gesetz in Kraft getreten, das Arbeiterinnenlohn-Gesetz dagegen von den Agrariern im Kantonsrat in der

Schlussabstimmung mit 144 gegen 62 Stimmen verworfen worden. Im Kanton Solothurn wurde das Beamtenbesoldungs-Gesetz, das die Aufstellung eines Fabrikinspektors vorseht, mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen, desgleichen das Lehrerbefoldungs-Gesetz im Kanton Zürich, nachdem es in der ersten Volksabstimmung verworfen worden war. Im Kanton Genf in ein neues, aber sehr unzulängliches Sonntagsruhe-Gesetz in Kraft getreten. In Basel wurde die Sonntagsruhe der Priester durch eine Verordnung geregelt.

In den Städten Bern und Lausanne ist die Schaffung von Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenkassen in Vorbereitung. Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angehörigen gab es in verschiedenen Städten, so Basel, Luzern, Genf, Winterthur usw., jedoch ist hier noch viel zu tun. In manchen Gemeinden wurde die unentgeltliche Beerdigung eingeführt.

Die sozialdemokratische Partei hat bei den Gemeinde- und Kantonsrats-Wahlen manche Erfolge errungen und ihre Position, ihren Einfluss auf die Gesetzgebung und Verwaltung gestärkt. Die sozialdemokratische Presse hat Vermehrung und größere Verbreitung erfahren; im Kanton St. Gallen bereitet sich die Losreißung von der ultramontan-demokratischen Allianz und die Schaffung einer selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor.

Den größten Fortschritt machte unsere Bewegung im verflochtenen Jahre durch die Aufstellung des neuen Parteiprogramms, das klar ausdrückt, was wir wollen und das daher allen Genossen in allen Parteifrägen eine zuverlässige und sichere Begleitung gibt. Der Arbeiterkampf ist klar der Weg gezeigt, der zu ihrer Befreiung führt. Möge im das neue Jahr um einen kräftigen Auf diesem Ziele näher bringen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Der Reichstag

fährte heute die Beratungen des Postetats zu Ende, abgesehen von den Teilen, die zur Vorbereitung an die Budgetkommission überwiesen sind. Auch heute brachten eine ganze Reihe von Abgeordneten Wünsche einzelner Beamten und Lokalführer vor, aber erfreulicherweise bekam die Debatte durch das Eingreifen mehrerer Redner der Linken doch etwas mehr Farbe als gestern. Gleich der erste Redner, der Abg. Dove von der freisinnigen Vereinigung, setzte mit einer kräftigen Polemik gegen die rückständigen Aufschauungen der Antisemiten ein, denen das Gehalt der Telephonistinnen noch zu hoch scheint, und mit einer netten Verpötlung der sanftesten Zentrumswünsche. Das Zentrum erhebt nämlich seine Wünsche für Verrückelung der Beamten usw. nie, ohne zugleich dem betreffenden Ressort zu versichern, daß es schon jetzt das beste der Welt sei. Mit Recht hat Herr Dove zu bedenken, daß die Postverwaltungen des Auslandes ihre Aufgaben mit ebensoviele Genauigkeit, aber mit weniger Bureautratismus erfüllen. Um so rückständiger war die Stellung des freisinnigen Redners zur Sonntagsruhe. In Verkennung ihres eigenen Interesses wollen eben die Herren von den Handelskammern keinen geschicklich bestimmten Ladenschluß, keinen frühzeitigen Schalterstschluß für den Paketverkehr, keine kräftig durchgeführte Sonntagsruhe.

Dabei sind am Ruhens des Postverkehrs in den späten Abendstunden und am Sonntag nicht nur die Beamten interessiert, sondern fast noch mehr, wie Genosse Lipinski dem freisinnigen Redner schlagend nachwies, die zahlreichen Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe. Wie wenig notwendig aber für den Handelverkehr selber diese unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit ist, beweist der Umstand, daß der Güterverkehr längst an bestimmte Zeiten gebunden ist und daß 75 Prozent der am Sonntag ankommenden Pakete gar nicht abgeliefert werden können, weil die Empfänger ihre Geschäfte geschlossen halten.

Nur die sozialpolitische Rückständigkeit der Postverwaltung ist das Hindernis, das der strikten Durchführung der Sonntagsruhe und des frühen Schalterstschlusses entgegensteht. Neben diesen mancherlichen Zug sind der Fiskalismus und der Geist des militärischen Drills in erster Reihe für die Schäden in der jetzigen Reichspostverwaltung verantwortlich. Charakteristisch für den Profitegeist sind die Schwierigkeiten, die man der Ausbreitung des Telephonverkehrs auf dem Lande entgegenstellt; der Abg. Ballau schilderte sie heute in drastischer Weise. Herr v. Gerlach geißelte die Unterdrückung des Koalitions-, des Petitionsrechts und der anderen bürgerlichen Freiheiten der Postbeamten im Interesse des überpannten Disziplinbegriffes, der die leitenden Kreise auch in dieser Verwaltung beherrscht. Wie wenig die Sozialpolitik von oben das Recht der Postbeamten und Arbeiter zu erfassen vermag, zeigte Herr v. Gerlach an der dem Reichstage vorgelegten Statistik der Krankheits- und Todesfälle. Nur durch statistische Kunststücke hat man die Tatsache verdecken können, daß die Gesundheitsverhältnisse der Postbeamten sehr ungünstig sind.

Mit der Annahme der Zentrums-Resolution auf strengere Sonntagsruhe, Verkürzung des Maximalarbeitstages und Ausbau der Statistik schloß die Generaldebatte. — Bei der Veratung der einzelnen Titel brachte Genosse Kunert noch einen Fall vor, in dem das Briefgeheimnis von einem Postbeamten schwer verletzt worden ist. Staatssekretär Kraetke erwiderte, daß der ungetreue Beamte, wenn auch nicht strafrechtlich verurteilt, so doch disziplinarisch mit Entlassung bestraft worden sei.

In der nächsten Reichstagsitzung am Montag soll mit der Veratung des Nachtrags-Etats begonnen werden. — Die sieben abgeschlossenen Handelsverträge sollen — nach einer Erklärung des Grafen Posadowsky zu Beginn der heutigen Sitzung — dem Haupte am 1. Februar zugehen.

Der neue Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Das „Wiener Fremdenblatt“ veröffentlicht einige Mitteilungen über die Bestimmungen des neuen, gestern Abend vom Grafen Posadowsky, dem Freiherrn von Richthofen und dem österreichischen Votschafter von Szögheny-Marich unterzeichneten neuen deutsch-österreichischen Tarifvertrages, der die gestern von uns wiedergegebenen Meldungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Höhen einzelner wichtiger Postläge teils bestätigt, teils ergänzt. Das „Wiener Fremdenblatt“ schreibt:

„Mit den Getreidemindestpreisen müßte gerechnet werden, aber die große mit dem russischen Zweimarktsage der Futtermittel geschaffene Schwierigkeit in der Unterscheidung der Draugerste (4 M. Zoll) ist nach langen Verhandlungen glücklicherweise beseitigt worden. Man einigte sich auf Feststellung einer Gewichtsgrenze derart, daß Gerste mit einem Hektolergewicht bis zu 65 Kilogramm noch als Futtergerste zu dem Zweimarktsage eingelassen werden kann, wobei übrigens auch noch eine Reihe anderer Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden sind. Der neue Malzöl beträgt 10,2 M. gegenüber 10,25 M. des neuen autonomen Tarifs und dem bisherigen Vertragsatz von 3,6 M. Für Hopfen wurde ein Vertragsatz von 20 M. gegenüber dem jetzigen Satz von 14 M. erzielt. Der Weizen wurde mit 10,2 M. gegenüber 18,75 M. im neuen autonomen Tarif und dem bisherigen Satz von 7,3 M. bemessen. Bei den Viehschlachten wird der Einfuhrzoll mit 8 M. pro 100 Kilogramm gegenüber 18 M. pro 100 Kilo-

gramm des neuen autonomen Tarifs und 25,50 M. des bisherigen Satzes pro Stück Döfen festgesetzt. Für den Schweine-Export wurde eine Herabsetzung des Zollsatzes von 18 M. auf 5 M. pro 100 Kilogramm erzielt. Im Rohweizen Zoll Österreich-Ungarns wurde nur eine Abrundung des Satzes von 1,50 Kronen auf 1,50 Kronen beschlossen. Die Ermäßigung der Maschinenzölle hat sich in engen Grenzen gehalten. Für die Baumwollspinnerei wurde ein namhafter Zollschutz zugunsten der Feingarne (100 bis 170 M.) erzielt. Die Leinwandbranche erwarb durch günstige Klassifizierung der feineren Leinwandwaren (gesäumte Taschentücher, gemusterte Leinwandwaren und dergleichen) eine bessere Behandlung ihrer Ausfuhr nach Deutschland. Für die Taschentücherindustrie Österreichs, die speziell in Höhenelbe zu hoher Blüte gelangt ist, verspricht dies namhafte Vorteile.

Vestfältig wird, daß Österreich-Ungarn die deutschen Getreide-Minimalzölle mit Einschluß des 4 Mark-Zolles für Malzgerste akzeptiert hat; doch ist ihm für Futtergerste, ebenso wie Rußland, ein Vertragszoll von 2 M. zugestanden worden. Da es deutliche Unterschiede zwischen der sogenannten Brau- bezw. Malzgerste und der Futtergerste nicht gibt, die letztere dielmehr nur eine geringere Qualität der ersteren ist, so hat man die Entscheidung getroffen, daß alle Gerste, die pro Hektoliter nicht mehr als 65 Kilogramm wiegt, als Futtergerste gelten soll.

Die Anerkennung der deutschen Getreide-Minimalzölle kann Österreich-Ungarn, soweit Weizen, Roggen und Hafer in Betracht kommen, nicht allzu schwer gefallen sein; denn seit dem Abschluß des heute noch gültigen Handelsvertrages im Jahre 1891 hat dieser Staat sich von einem Getreide-Exportland immer mehr in ein Getreide-Importland umgewandelt. Im Roggen und Hafer hat Österreich-Ungarn im Jahre 1903 (für das letzte Jahr fehlen noch die Ziffern) nur ganz geringe Mengen nach Deutschland ausgeführt, und selbst die Weizenausfuhr nach dem deutschen Zollgebiete stellte sich nur auf 9964 Tonnen im Werte von 1,3 Millionen Mark. Um so stärker entwickelte sich der österreichische Export von Gerste — meist Braugerste — nach Deutschland. Ererreichte im Jahre 1903 das Gesamtquantum von 372 283 Tonnen im Werte von beinahe 50 Millionen Mark.

Die anderen vom „Wiener Fremdenblatt“ genannten Zollsätze haben wir schon gestern nach dem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt — mit Ausnahme der wichtigen Viehzölle. Aus der Meldung des „Fremdenblattes“ geht nicht genau hervor, ob der Vertragszoll von 8 M. pro 100 Kilogramm Lebendgewicht für alle Rindvieharten oder nur für Döfen gilt. Wahrscheinlich auch für Kühe und Jungvieh. Ist dies der Fall, dann bedeuten die neuen Vieh-Vertragszölle eine Steigerung der heute gültigen Sätze um das Drei- und sogar Vierfache, denn legt man für Döfen ein Durchschnittsgewicht von 6, für Kühe von 4, für Jungvieh von 2 1/2, und für Schweine von 1 1/2 Doppelzentnern zugrunde, so ergibt sich folgende Steigerung:

	Jetziger Vertragszoll pro 100 kg	Neuer Vertragszoll pro 100 kg
Döfen	4,25 M.	8,00 M.
Kühe	2,25 .	8,00 .
Jungvieh	2,00 .	8,00 .
Schweine	3,33 .	5,00 .

Eine ganz enorme Zollbelastung, die namentlich Süddeutschlands Fleischkonsum aufs schwerste trifft, denn dieses bezieht einen großen Teil seines Schlachtviehes aus Österreich. Im Jahre 1903 wurden z. B. aus Österreich-Ungarn für über 15 Millionen Mark Jungvieh, 29 Millionen Mark Kühe und 46 Millionen Mark Döfen eingeführt.

Sind die Angaben des „Wiener Fremdenblattes“ richtig, und an ihrer Richtigkeit ist kaum zu zweifeln, so bedeuten die neuen Tarifverträge eine enorme Mehrbelastung der notwendigen Lebensmittel, eine starke Verteuerung des Unterhalts der schwerarbeitenden Volksklasse zum Wohl des großen ländlichen Grundbesitzes. Was vor zwei Jahren in der denkwürdigen Nacht des dreizehnten Dezembers als Ergebnis des damals unter frechem Rechtsbruch durchgepeitschten Zolltarifs von sozialdemokratischer Seite prophezeit wurde, das ist voll eingetroffen: die neuen Vertragstarife sind ein Triumph agrarischer Begehrlichkeit. Nach außen hin hält es allerdings die extrem-agrarische Presse vorläufig noch für angebracht, so zu tun, als fühle sich das Junkertum in seinen Erwartungen bitter getäuscht. So schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“:

„Obwohl, wie gesagt, das „Fremdenblatt“ offiziös ist, fällt es uns doch ungemein schwer, daran zu glauben, daß die deutsche Regierung sich zu derartigen Zugeständnissen verstanden habe. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß beispielsweise die Viehzölle vollkommen ungenügend sein würden. Das kann und muß heute schon gesagt werden, wenn wir uns auch selbstverständlich unsere endgültige Stellungnahme vorbehalten müssen, bis der Wortlaut des Vertrages selbst bekannt geworden ist.“

Doch derartige Deklamationen sind kaum ernst zu nehmen; verlanget doch allein schon die Rücksicht auf die Anhängerschaft im Lande und die Fortsetzung der bisher betriebenen Agitation, daß die landwirtschafliche Presse wieder mal den „armen Bauern“ als den Geprüelten hinstellt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag zunächst den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung unter sich wiederholenden Klagen darüber, daß die Handelsverträge noch nicht veröffentlicht sind, in zweiter Lesung zu Ende beraten. Abgelehnt wurde ein zum Extraordinarium gestellter Antrag Vöell (fr. Vp.), der die Regierung ersucht, die Geschäftsberichte der aus Staatsmitteln subventionierten Kornhausgenossenschaften in Verbindung mit einer spezialisierten Angabe der Umsätze der von den einzelnen Genossenschaften gehandelten Baren (insbesondere Getreidearten, Düng- und Futtermittel) vorzulegen. Die Herren Agrarier wollen sich nicht gern in die Karten blicken lassen.

Hierauf begann die Beratung des Gesüts-Etats. Nach den üblichen Reden über Kaltblut, Warmblut- und Vollblutzucht wurde die Debatte, die sich ins Uferlose zu verlieren drohte, auf eine Abend Sitzung vertagt.

In der Abend Sitzung brachte der Freisinnige Kopsch den Fall des Lehrers Nickel in Trautehnen zur Sprache, gegen den jüngst wegen Beleidigung des Herrn v. Dettlingen das Disziplinarverfahren eröffnet worden ist.

Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski verteidigte das Disziplinarverfahren, weil ihm durch Gerichts-urteil ein „ehrverletzendes, schändliches und verächtliches Verhalten“ attestiert sei.

Am Sonnabend steht der Fortsetz zur Beratung.

Die bürgerlichen Parteien und der Bergarbeiterstreik.

Während am Dienstag der Freisinn männlich rüchtern in der gestern erwähnten Versammlung der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Berlin erklärte, daß der Bergarbeiterstreik mit Politik und Parteipolitik absolut nichts zu tun habe, erklärte in einer am Mittwochabend stattgefundenen Versammlung des Berliner sozialliberalen Vereins Herr Dr. Barth von der weiblichen Linie des Freisinn, daß die Auffassung, daß der Streik eigentlich keine politische Angelegenheit sei, unrichtig sei; nur die Ausnützung des Streikes zu parteipolitischen Zwecken sei verwerflich. Es wurde dann auch eine Resolution angenommen, die erklärte, daß „der seines Wesens sich

bewußte Liberalismus“ dem Streik nicht neutral gegenüberstehen dürfe, sie fordern daher die liberalen Genossinnen und Genossen auf, die Streikenden wirksam zu unterstützen.

Die Freisinnige Vereinigung hat damit allerdings noch immer keine parteioffizielle Aufforderung zu Sammlungen erlassen, aber sie hat doch eine viel vernünftigeren Haltung eingenommen als die Freisinnige Volkspartei. Herr Dr. Barth hat ja immer sich in sozialen Dingen als viel verständiger Politiker erwiesen, als Herr Eugen Richter und seine Partei, wenn er es auch als Schwärmer für den uferlosen Militarismus und Marinismus und unsere famose Westpolitik der Freisinnigen Volkspartei weit zuvorgetan hat.

Erwähnt soll auch werden, daß heute die „Berliner Zeitung“ einen redaktionellen Aufruf zu Sammlungen für die Streikenden veröffentlicht. In der ersten Sammlungs- quittung findet sich die Firma Witten und Co. mit 2000 M. verzeichnet. Die „Freie deutsche Presse“, das führende Organ der Freisinnigen Volkspartei, beharrt dagegen strikte bei ihrer nicht einmal sonderlich wohlwollenden Neutralität. Den Aufruf des Dirsch-Dunderschen Gewerkschafts zu Sammlungen hat sie vor einigen Tagen mit ganzen 5 Zeilen wiedergegeben. Auch über die Versammlung der Dirsch-Dunderschen, die doch wenigstens eine lebhaft platonische Rundgebung für den Bergarbeiterstreik darstellte, berichtete sie ebenfalls nur mit 5 Zeilen. Der Freisinn männlicher Linie will also allen Ernstes seine jämmerliche „Neutralität“ weiter beobachten!

Das Zentrum macht es ebenso wie die Freisinnige Volkspartei. Offiziell fordert es nicht zu Sammlungen auf, wenn auch eine Anzahl von Zentrumsangehörigen „an unsere Parteifreunde und alle Bürger Deutschlands“ einen Aufruf zum Sammeln erlassen haben.

Wir nehmen von diesen Aktionen mit besonderer Genug- tunung Notiz, weil es wohl nicht zuletzt den Anregungen und der Kritik des „Vorwärts“ zuzuschreiben ist, daß man sich wenigstens zu diesen Maßnahmen aufgeschwungen hat.

Wir glauben allerdings auch heute noch, daß Herr Dr. Barth sich in einem holden Irrtum befindet, wenn er in der gestrigen Versammlung erklärte, daß die Theorie des Klassenkampfes vor großen Fragen nicht bestehe, daß gewalttätige Ereignisse eine „Partei der Gerech- tendenkenden“ zu schaffen imstande seien, wie ja die beachtenswerten Einmütigkeit in der Sympathie des Publikums für den Bergarbeiterstreik bewiesen habe. Ganz abgesehen davon, daß ein paar vereinzelt Schwälben noch keinen Sommer machen und daß die paar Aufrufe, die wir oben wiedergaben, an der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien noch gar nichts ändern, wird erst einmal das Ergebnis dieser Sammlungsaufrufe abzuwarten sein. Es soll uns zwar im Interesse der Streikenden ungemünzt freuen, wenn die „Partei der Gerechtdenkenden“ den Streikenden recht bedeutende Geld- mittel zur Verfügung stellen würde, allein wir befürchten, daß auch diesmal die Zahlen eine unerbittliche Sprache zugunsten der Klassenkampftheorie führen werden. —

Deutsches Reich.

Ton-Studien für den Zitäten-Kanzler.

Die liberale Presse stellt aus dem Schimpfwörter-Regikon der Zentrumspresse eine kleine Blütenlese zusammen:

Die „Augsburger Postzeitung“ bringt die Ausdrücke: „Groteske Hanswurste, Pimpf, Falschingsherze, Vor- spiegelung falscher Tatsachen, lächerliche Tiraden, Nachherung einer verzeihlichen Situation“.

Das „Neue Münchener Tageblatt“ ergeht sich in folgenden Rosenworten:

„Nichtsnutzige Parteiung, mit dem Honigschnuller aufgepappelt, wehleidiger, empfindlicher Geselle, träger Burde, Tagdieb, echte Dubenart, unerschämte und dengeshaft, Keil, schamlos und lach- haft, Niedertracht, erzfauler und drosselhafter Keulen- und Kruppen- gänger, fauler Sped, infamer Schlingel, ungeschlacht dummer Schädel, besoffenes Etend, fauler Müden, wahnsinnige Reden, harmloser Karr, Karrenpoffen, größter Unfug, grandiose Zügen- beuteile, letztes Aufgeböhr der Verstandeskräfte, Kuh-, Schweins- und Eselshäute, liberaler Bettelstaf, skandalöse Eulenpiegelschabe, verrückt gewordener Hanswurst, Vögelerier stanken jählings und ansehnlich zum Himmel.“

Auch die freisinnige „Dresdener Zeitung“ gibt diese lieblichen Ergüsse als Stichproben des „ultramontanen Tons“ wieder. Wir möchten sie bei der Gelegenheit doch daran erinnern, daß auch sie selbst schon die ammutigsten Schimpfwörter abgefeuert hat. So widmete sie seinerzeit dem „Vorwärts“ folgende Liebeswürdigkeiten: „Gemeinheit, Rohheit, Gefühl des Efels und der Verachtung, gewissenlose und schamlose Verachtung, moralische Lumpen, Gesindel, schuldige Hallunken.“

Auch diese Ergüsse seien dem Zitäten-Kanzler für vorkommende Fälle empfohlen!

Die angebliche Baugner Offiziersaffäre

beschäftigte am Mittwoch wiederum das Landgericht Dresden. Wie noch erinnerlich sein wird, wurden im Februar v. J. von einigen bürgerlichen Blättern Meldungen aus Baugen verbreitet, wonach in einem dortigen Lokale, dem Fuchsbau, Orgien gefeiert worden seien, wobei Offiziere der Garnison Baugen und nackte Mädchen, letztere halb gezwungen, eine unehrliebe Rolle gespielt hätten. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte diese Notiz den bürgerlichen Blättern nachgedruckt und eine kurze Bemerkung angehängt. Nachdem die Angelegenheit schon einmal den Reichstag beschäftigt hatte, wurde Genosse Düwelle, der damals die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ verantwortliche zeichnete, zu vier Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des Baugner Offizierskorps verurteilt, während die bürgerlichen Zeitungen, die die Notiz zuerst veröffentlicht hatten, mit 150 und 200 M. Geldstrafe davon- kamen. Genosse Düwelle hatte gegen das Urteil des Dresdener Land- gerichtes, das unter dem Vorsitz des seit dem Löbtauer Justizhausprozeß bekannt gewordenen Landgerichts-Direktors Brommhold gefallt war, Revision eingelegt, weil das Gericht alle Verweidandträge zurückgewiesen hatte. Das Rechtsmittel hatte auch Erfolg, das Urteil wurde aufgehoben und die Sache an das Dresdener Landgericht zurückgewiesen, wo sie Mittwoch unter dem Vorsitz des ebenfalls sehr bekannten Land- gerichtes-Direktors Becker zur Verhandlung kam. Zu dieser Verhandlung waren mehr als 20 Zeugen geladen, zum Teil vom Genossen Düwelle, der versuchen wollte, den Wahrheitsbeweis zu führen. Das ist nicht gelungen. Die zuerst vernommenen Offiziere bekundeten, von der ganzen Sache erst durch die vom Regimentkommandeur nach Bekanntwerden der Zeitungsnutzen angestellten Erörterungen von der Sache Kenntnis erhalten zu haben. Die Hauptzeugin — vom Vorsitzenden als Säule der Verteidigung bezeichnet — die Dienstmagd Kallisch, die die Behauptungen über die angeblichen Orgien in die Welt gesetzt hat, benahm sich so sonderbar vor Gericht, daß man an ihrer Zurechnungsfähigkeit hätte zweifeln können; der ärztliche Sachverständige aber erklärte die Zeugin für vollständig normal. Das 21 Jahre alte Mädchen, das wegen der Sache bereits zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hatte auf alle Fragen die Antwort: „Ich weiß es nicht“. Nach energischem Drängen des Vorsitzenden erklärte sie auch einmündig: Es sei alles nicht wahr, was sie gesagt habe. Dann erklärte sie immer wieder: „Ich weiß es nicht“ oder: „Ich kann es nicht sagen“. Festgestellt

wurde, daß die Kallisch auch nach ihrer Beurteilung noch mehrfach in bestimmtester Weise erklärt hat, es sei doch alles wahr; sie hat ferner anziehende Beschreibungen davon gegeben, wie die Orgien gefeiert worden seien, dazu aber bemerkt, sie dürfe nichts sagen. Darüber befragt, — erklärt sie: „Es kann sein.“ Sonst ist absolut nichts aus dem Mädchen herauszubringen, obwohl der Vorsitzende energisch mit dem Justizhaus- droht. Sie kann weder erklären, von wem sie eine Uhr ge- schenkt bekommen hat, noch von wem 30 Briefe herrühren, die sie angeblich aus Südranfreich bekommen hat. Auf energisches Vor- halten erklärte sie schließlich, sie stammten von einem Buchhalter, mit dem sie ein Verhältnis gehabt. Und derselbe Vorsitzende, der die K. erst als verlogenem und gemeinem Frauenzimmer bezeichnet hat, nimmt diese unsicher abgegebene Aussage ohne weiteres als bare Münze und bemerkt dazu: „Da hört man's ja; es ist also ein Buchhalter, aus dem ist ein Direktor gemacht worden, und schließlich hat sie noch höher hinaus wollen; da werden aus dem Buchhalter Offiziere.“ Eine dramatische Szene ereignete sich, als die Kallisch ver- eidigt werden soll. Sie weigerte sich entschieden, die Hand zu heben und zu schwören. Unter Tränen erklärt sie immer wieder: „Ich darf es nicht beschwören; ich weiß es ja nicht mehr.“ Etwa sieben bis acht Minuten währt die Szene, bis der Vorsitzende im lauten Kommandotone erklärt: „Geben Sie die Hand und sprechen Sie nach, was ich sage“. Das geschieht schließlich, aber völlig lautlos, widerstrebend und mit zitterndem Körper. So interessant die Vorgänge, so spannend mehrere Szenen auch waren, der Wahrheitsbeweis konnte dadurch nicht erbracht werden, obwohl einige Zeugen behaupteten, die Kallisch habe auch nach ihrer Beurteilung noch erklärt: Alles sei wahr. Das Urteil lautete, obwohl der Verteidiger nachdrücklich darauf hinwies, daß die eigent- lichen Urheber der Notiz nur 150 und 200 Mark Geldstrafe erhalten hatten, wiederum auf vier Monate Gefängnis. —

Mißhandlung eines Freiwilligen

bewies eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt. Der Unteroffizier Julius Weder sowie ein Hornist und fünf Musketiere der 7. Kompanie Infanterie-Regiments Nr. 71 hatten sich wegen gemeinschaftlicher Körper- verletzung eines Kameraden zu verantworten. Aus der Ver- handlung ging hervor, daß Weder den Musketier Menzel einen Fußtritt gab, ihn mit dem Kopf gegen den Schranz stieß, die Axtler zertrennte und duldete, daß M. in seiner Gegenwart von den anderen Mannschaften mit Knöpfen geschlagen wurde. Auf Befehl des U. mußte der arme Mann Laufschrift um den Tisch machen und die „guten Kameraden“ hieben drauf los. Als der M. von den alten Leuten geprügelt worden war, sagte er dies dem Unteroffizier, worauf dieser höhnisch erklärte: „Wenn sie Sie nur totschlagen!“ In seiner Verzweiflung wollte der Mann aus dem Fenster springen, wurde aber daran verhindert. Am Morgen des 22. November wollte er sich aufhängen, aber auch daran hinderte ihn ein Feldwebel. Nunmehr flüchtete sich der Ge- quälte zu seinen Angehörigen, die recht militärisch sind, ja der Vater ist sogar Inhaber des Eisernen Kreuzes, und erzählte diesen sein Leid. Der Lebensmüde wurde wieder nach der Kaserne ge- bracht und dann auf Antrag die Untersuchung eingeleitet. In der Verhandlung stellte sich auch noch heraus, daß der Unteroffizier dem M. beim Griffen des Gewehrs an den Kopf schlug. Wegen dieses Falles soll er jetzt zur Verantwortung gezogen werden. Die Herren Richter, die die Frage „Warum Menzel keine Meldung gemacht“, beantwortet wissen wollten, waren nicht wenig überrascht, als ihnen die Antwort zuteil wurde: „Aus Furcht vor noch mehr Prügele!“ Das Gericht sah die ganze Sache mit recht quimittigen Augen an und verurteilte den Unteroffizier Julius Weder, der die Treppen erst ein halbes Jahr trägt, zu 3 Wochen Mittelarrest, den Musketier Emil Haj zu 3 Wochen, die Musketiere Aug. Hartmann und Max Lindenkub, ersteren zu 3 Tagen und letzteren zu 1 Woche Gefängnis, den Musketier Bülh. Geißler zu 3 Tagen Haft. Der Hornist Emil Ehr- hardt wurde freigesprochen. —

Ein Soldatenbrief aus Südwestafrika.

Uns wird der Brief aus Südwestafrika zur Verfügung gestellt, der folgenden Wortlaut hat:

Kranzweid, 25. 12. 04.

Liebe Eltern!

Schon wieder haben wir Weihnachten, und schon wieder sind wir so weit entfernt von einander. Ja, noch weiter denn je ist die Entfernung in diesem Jahre. Aber einen Weihnachtsbaum haben wir uns doch gemacht in Afrika, wenn es auch nur ein Dornbusch-Ast war. Jetzt haben wir mal auf einige Zeit Erholung, wenn man es so nennen darf. Wir haben hier einen Pferdeposten errichtet, denn mit unseren Pferden konnten wir nicht mehr weiter. Die dauern einem, die armen Tiere. Sonst geht mir im allgemeinen noch gut. Arant war ich bis jetzt noch nicht, obwohl schon ziemlich viel an Typhus erkrankt sind. Hoffentlich bleibe ich auch gesund, das ist die Hauptsache. Wir liegen nun 42 Kilometer bis Windhof. Jetzt kann man sich wenigstens wieder was zu essen kaufen. Dies ist das Hauptmittel gegen Typhus. Essen, Essen und nochmals Essen; der ganze Typhus kommt meistens, weil man im Felde kolossalen Hunger leiden muß. Die Wittois haben böse Fieber bekommen. Jetzt zu Weihnachten allein 3 große Niederlagen. Leider sind auf unserer Seite auch mehrere Mann gefallen. Die Hereros haben sich in Räuberbanden aufgelöst. In der „stillen Nacht“ haben sie 20 Kilometer von hier einen Farmer ermordet und alles ausgeraubt. Wehe ihnen, wenn sie in unsere Hände geraten. Weder Weib noch Junge wird verschont. Die Hunde sind'n nicht wert. Ihr in Deutsch- land könnt Euch keine Vorstellung machen. Euch erscheint es grau- sam. Oberst Däumling konnte im vorigen Geleht 75 Gefangene machen, hat sie aber alle niedergeschossen. Man darf's nicht anders machen mit den schwarzen Hunden. Das Kind im Mutterleib darf man nicht schonen, dann ist man noch schonungslos im Ver- hältnis zu ihren Grausamkeiten. Was anders ist's ja mit den Wittois. Die sind sehr rücksichtlos, wenigstens die An- führer. Ohne diese erlauben sie sich ja auch Ornelaten. Aber die Anführer verschonen im allgemeinen Weib und Kind. Aber trotzdem muß anferäumt werden. Hoffentlich geht's schnell zu Ende mit den Wittois. —

Wie wir erfahren, soll der Briefschreiber früher stets eine weiche Gemütsart bekundet haben. Und jetzt eine solche Auffassung der Dinge. Was mag da erst am dünnen Holze werden!

Der Briefschreiber meint, auch mit den Wittois müsse auf- geräumt werden, trotzdem ihre Hauptlinge Varnherzigkeit üben. Dafür sind wir ja auch „Christen“!

Aber auch die „Grausamkeit“ der Hereros ist eine dreiste Legende. Auch sie haben Frauen und Kinder geschont! Dafür ist der „gräßliche“ Briefschreiber der Ansicht, daß auch das Kind im Mutterleib nicht geschont werden dürfe! —

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 26. Januar. (Priv.-Tel.)

Die heutige Landtagssitzung, in welcher endlich der an die Kommission zurückverwiesene Abschnitt der Gemeinde-Ordnung über die Verfassung der großen Städte zur Beratung gelangte, brachte eine Ueberraschung. Minister v. Bischof erklärte, nach Lage der Dinge sich mit dem Kommissionsbeschlusse abzufinden, obwohl er überzeugt sei, daß es für die Dauer den Bedürfnissen der großen Städte nicht Rechnung tragen werde. Die Volksparteiler machten lange Gesichter zu dieser ihre heinliche Hoffnung durchkreuzenden Erklärung, aber sie pöyten sich dann mit Beschaid der veränderten Lage an.

Hg. Hausmann versuchte, die Sache so zu drehen, als wäre die durch die Volksparteilichen Winkelzüge geschaffene Zwangslage aus der freiwilligen Erkenntnis aller Parteien von der Zweckmäßigkeit des bisherigen Zweikollegial-Systems entsprungen, was Genosse Keil zu der Erklärung veranlaßte, daß die Fassung niemand befriedige und die Sozialdemokraten, nur um das grausame Spiel

nicht ins Endlose fortspinnen zu lassen, dem Kommissionsantrage zustimmen würden.

Wehnliche Erklärungen gaben die Vertreter des Zentrums und der Konservativen ab. Artikel 59 wurde schließlich mit 66 gegen 33 Stimmen angenommen.

Zu Artikel 60, der die Proportionalwahl der bürgerlichen Kollegien vorschrieb, gab der Minister v. Bismarck die Erklärung ab, daß er, so sehr er ein Freund der Proportionalwahl sei, ihre Anwendung auf die Wahl eines Verwaltungskollegiums für nachteilig ansehe. Er hätte die Proportionalwahl, so wie sie im Regierungsentwurf vorgesehen war, für zweimächtig gehalten. Die Erklärung war so vorsichtig gefaßt, daß sie der Regierung immer noch freie Hand läßt über ihre endgültige Stellungnahme.

Die Geschäftsordnungs-Kommission der württembergischen Kammer hat beschlossen, die Genehmigung für Strafverfolgung des Abgeordneten Reil wegen Verleumdung des Sachsenkönigs zu verweigern.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlen in Ungarn.

Von den Wahlen sind bisher 63 Ergebnisse bekannt geworden und zwar sind gewählt Liberale 34, Kossuthpartei 13, Dissidenten 8, Panslawpartei 1, Wilde 2 und Herakale 2, Volkspartei 5. Von bekannten Kandidaten sind gewählt Finanzminister v. Lufacs, Vizepräsident Jaksch, Koloman Szell. In Budapest haben die Liberalen Kandidaten bisher eine größere Stimmenzahl als die Oppositionellen. Die Wahlen verlaufen im allgemeinen ruhig; es sind bisher nur geringfügige Ausschreitungen, aber nirgends ernste Ereignisse vorgekommen. Das Gesamtergebnis der Wahlen ist erst spät in der Nacht zu erwarten.

Spanien.

Madrid, 26. Januar. Das gesamte Ministerium hat seine Entlassung gegeben. Der König hat, nachdem er mit den hervorragenden Persönlichkeiten aller politischen Parteien Rücksprache genommen, Villaverde beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden.

Schweden.

Zu einer scharfen Beurteilung der Regierungspolitik fühlten sich am Montag in der Zweiten Kammer nicht nur unser Parteigenosse Branting, sondern auch liberale Abgeordnete veranlaßt. Die Debatte, die der üblichen Ueberweisung des Budgetvorschlags an den Staatsauschuß vorausging, nahm einen hochpolitischen Charakter an. Zunächst kritisierte der Liberale Stafas das Verhalten der Regierung in der Konstitutionsfrage, das dazu geführt hat, daß in Norwegen selbst in konservativen Kreisen eine außerordentliche Erregung gegen Schweden entstanden ist, so daß man sich dort allgemein mit der Frage einer Auflösung der Union befaßt. Branting schloß sich in diesem Punkte den Ausführungen Stafas, die übrigens auch von den Liberalen Hed in und Lindhagen unterstützt wurden, an. Unser Parteigenosse kritisierte die Herabsetzung der für den Arbeiterversicherungsfonds bestimmten Summe, die in früheren Jahren 1 400 000 Kronen betrug, und jetzt bekanntlich, trotz der immer mehr steigenden Einnahmen des Staates, auf 800 000 Kronen herabgesetzt werden soll, wogegen die Militärausgaben immer höher geschraubt werden, in den letzten 10 Jahren von 37 auf 81 Millionen Kronen. Ferner verurteilte Branting die Laizidienste der schwedischen Regierung für den Jaren, ihre Zustimmung zum Anarchistenvertrag und ihre Anlagen wegen Jarenbeleidigung gegen Redakteure und Herausgeber schwedischer oder finnisch-schwedischer Zeitungen. Schließlich wies Branting noch auf das trostlose Verhalten der Regierung zur Wahlrechtsfrage hin und auf die Folgen, die die politische Reduzierung der breiten Volksmassen verbunden mit der Steigerung der Militärausgaben auf die allgemeinen politischen Zustände ausüben muß. — Von der Regierung sprach nur der Finanzminister, der durch einige Reden die Herabsetzung der für den Arbeiterversicherungsfonds bestimmten Summen zu rechtfertigen suchte. Für den Charakter der Ersten Kammer ist es bezeichnend, daß dort ein Abgeordneter die ganze für diesen Zweck vorgeschlagene Summe zu streichen wünschte.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Januar 1905, nachmittags 6 Uhr.

Vertreter Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr. Bei der Bestätigung des Propites von St. Hedwig, fürstbischöflichen Delegaten Reuber, der der Schuldeputation als Mitglied angehört, wird auch die Versammlung durch vier Stadtverordnete vertreten sein.

Dem Abkommen mit der Firma E. Wold u. Co. wegen Regulierung der Straße 28a und der Cotheniusstraße stimmt die Versammlung zu, ersucht jedoch den Magistrat, die Breite der Straße 28a möglichst auf 22 Meter festzusetzen.

Die Vorlage betr. den Erlaß eines

Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht der Stadt Berlin

ist von dem niedergelegten Sonderauschuß in 6 Sitzungen durchberaten und mehrfach amendiert worden. Der Auschuß schlägt außerdem vor, den Magistrat zu ersuchen, durch Instruktionen an die Wahlvorstände dafür Sorge zu tragen, daß auch vorübergehend stellungslösen Angestellten die Ausübung des Wahlrechts ermöglicht werde.

Im einzelnen ist zunächst § 7 geändert, der von den Vorschriften den handelt. Nach der Vorlage sollten diese vom Magistrat aus der Zahl der zum Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst befähigten Magistratsmitglieder, Gemeindevorstand oder juristischen Hilfsarbeiter entnommen werden. Der Auschuß hat hier ein „vorzugsweise“ eingeschaltet, um auch die eventuelle Bestellung eines diesem Kreise nicht angehörigen Vorsitzenden zu ermöglichen, und außerdem den Zufuß beantragt: „Eine Verwaltung des Amtes eines Vorsitzenden im Nebenamte ist unzulässig.“

Bezüglich der Weisungswahlen sind folgende Zusätze beschlossen worden:

1. Die Wahlen der Angestellten haben am Sonntag stattzufinden;

2. zur Wahlhandlung: „Die Anerkennung anderer Ausweise (so, als der Prinzipals oder Polizeibekleidigung über die Beschäftigung) bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen; (vgl. die Resolution betr. die vorübergehend Stellungslösen).“

3. Zur Stimmaßgabe: „Die Wahlzettel müssen von weichem Papier sein, dürfen kein anderes Kennzeichen tragen und müssen eine vom Magistrat zu bestimmende Größe haben.“

Die Entschädigung der Weisiger für Zeitverkauf ist im § 30 von 3 auf 6 Mark erhöht worden.

Die Anträge auf Befreiung oder Ermäßigung der in der Vorlage vorgeschlagenen Gebühren hat die Ausschussmehrheit abgelehnt. Referent des Ausschusses ist Stadtv. Wamborg (A. L.).

Zu § 7 liegt ein Antrag Antrid und Genossen vor, folgenden Abwas hinzuzufügen:

Solange am Sitz des Kaufmannsgerichtes ein auf Grund des Gewerbegerichts-Gesetzes errichtetes Gewerbegericht besteht, sind dessen erster Vorsitzender und dessen Stellvertreter, sobald auf sie die in den beiden vorstehenden Absätzen bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, zugleich zum ersten Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichtes zu bestellen.

Ferner ist von denselben Stadtverordneten der Fortfall der Verhandlungsgebühren beantragt und endlich folgende Resolution vorgelegt:

Den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach der für das Verfahren vor dem Gewerbegericht vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts betreffend das Kaufmannsgericht die Gebührenfreiheit eintritt.

Im § 41 ist seitens des Ausschusses der Ausschluß der Frauen als Vertrauenspersonen beseitigt worden. Für den Fall der Ablehnung dieses Ausschlußvorschlags hat Stadtv. Modler folgende Resolution beantragt:

Die Versammlung erkennt in dem Ausschluß der Frauen einen Mangel, dem schleunigt abzuhelfen sie den Magistrat dringend ersucht.

Stadtv. Liebnecht (Soz.): Wir haben in vielen Punkten im Ausschluß Erfolge erzielt, so bezüglich der Zuziehung der Frauen, der Sicherung des Wahlgeheimnisses, der Sonntagswahl usw. Von den abgeleiteten Anträgen bringen wir nur zwei der wichtigsten wieder vor das Plenum. Unser Antrag zu § 7 war im Ausschluß in erster Lesung zur Annahme gelangt, ist aber in der zweiten abgelehnt worden. Nach dem Geist und Willen des Kaufmannsgerichtes-Gesetzes soll eine Verbindung zwischen Gewerbe- und Kaufmannsgericht stattfinden. Durch die Verbindung soll eine bessere Anordnung der vorhandenen Kräfte ermöglicht werden; es kann aber auch an eine gemeinschaftliche Benutzung der Sitzungssäle, der Bureau Räume, der unteren Beamten usw. gedacht werden. Auch der Magistrat hat wenigstens die Freiheit der Entscheidung für sich in dieser Frage reservieren wollen. Führt man die scharfe Trennung zwischen beiden Gerichten durch, so könnte eine gegenseitige Stellvertretung in der Leitung gar nicht stattfinden. Jedenfalls darf nicht unter allen Umständen, bloß um etwas Originelles zu schaffen, diese völlige Trennung platzen. Wenn man die Gewerbegerichte gewissermaßen als Vorgesetzene hinstellt gegenüber den komplizierten und schwierigen Fragen, die zur Kompetenz der Kaufmannsgerichte gehören, so legt man sich durchaus in Widerspruch zu offensichtlichem Tatsachen; auch die Schwierigkeiten aus der Konkurrenzklause sind nur in der Einbildung so besonders schwierig, da sich die Judikatur schon völlig festgelegt hat. Die Auffassung, daß die Kaufmannsgerichte die vornehmeren seien, können wir ebenfalls ganz und gar nicht, billigen. Die Einzelheiten bezüglich der Gemeinschaftlichkeit der Organisation kann man ja dem Magistrat überlassen, aber dennoch dafürworten wir unseren Antrag, um wenigstens an einem Punkte die Gemeinschaftlichkeit festzulegen, am Punkte der Justizverwaltung. Wir wollen eine einheitliche Spitze beider Gerichtsarten, um ihre Gleichartigkeit auch schon äußerlich zu dokumentieren. Die Abneigung gewisser Kreise gegen die Gewerbegerichte erklärt sich aus der Ehen vor dem sozialen Geist, der sich in den letzteren verbreitet hat und dessen weitere Verbreitung man hintertreiben will. Wir haben das direkte gegenseitige Interesse, deshalb wollen wir die Personalunion. Den Ausschlußvorschlag, wonach auch jeder Richter und jeder Rechtsanwalt zum Vorsitzenden berufen werden könnte, halten wir für ungewinnlich und werden event. in erster Linie für die Magistratsvorlage stimmen.

Stadtv. Galland (A. L.) bittet, den Antrag Antrid abzulehnen. Niemand erklärte die Kaufmannsgerichte für etwas Besseres als die Gewerbegerichte, aber zwischen einer Angliederung und einer völligen Verschmelzung sei doch ein großer Unterschied. Die Freiheit der Verwaltung werde dem Magistrat in unzulässiger Weise durch den Antrag beschränkt; sei einmal für jedes der Gerichte beim Annehmen der Geschäfte ein besonderer Vorsitzender nötig, so hindere dies die Personalunion ebenfalls.

Stadtv. Bohn: Für den Magistrat handelt es sich hier lediglich um eine Zweckmäßigkeitfrage, die zu entscheiden der Verwaltung zu überlassen wäre.

Nachdem Stadtv. Liebnecht dem letzten Argument des Stadtv. Galland mit dem Hinweis auf die Tätigkeit der Berliner Amtsgerichts-Präsidenten entgegengetreten ist, wird der Antrag Antrid abgelehnt und § 7 nach dem Ausschlußvorschlag angenommen.

Gegen die obligatorische Wahl am Sonntag spricht sich kurz Stadtv. Buzle (Fr. Fr.) aus; der Ausschlußvorschlag gelangt jedoch mit großer Mehrheit zur Annahme.

Zu § 34 (Gebühren) bemerkt

Stadtv. Liebnecht: Wir haben den Antrag auf Gebührenfreiheit wieder aufgenommen. Als Sozialdemokraten haben wir ein besonderes Interesse, daß kostenloser Rechtssprechung auf allen Gebieten eingeführt werde. Dann weist man auf die Kosten hin. Unsere Stadtverwaltung scheint ja doch sehr viel Geld zu haben, denn sie gibt bei allen Gelegenheiten Geld aus, wo es nicht ganz zweckmäßig erscheint; sie gibt Gehaltsaufschlag hinaus zu einer freiwilligen Prämiensteuer, und dies gegenüber einem Herrn, der erst neuerdings an einer Versammlung des Vereins deutscher Studenten teilgenommen hat, wo eine Beschimpfung eines Teiles unterer Mitbürger stattfand. (Unruhe.) Hier ist eine wirkliche gute Gelegenheit für die Stadt Berlin gegeben, Gelder für einen sozialen Zweck zur Verfügung zu stellen. Es spricht doch auch niemand davon, daß die Sondergerichte in absehbarer Zeit wieder abgeschafft werden können; wir wissen doch, daß sie Jahrzehnte und Jahrzehnte in Kraft bleiben werden. Die Vermutung, daß notwendig die Zahl der Prozesse sich erheblich bei kostenloser Verhandlung vermehren werde, ist durch nichts begründet, der einzige Gegengrund von Bedeutung wäre der, daß das Gewerbegericht auch keine Gebührenfreiheit hat. Diesen Stein des Anstoßes wollen wir durch die von uns vorgeschlagene Resolution beseitigen. Hier haben Sie die beste Gelegenheit, Ihre prinzipielle Stellung zur Frage der Gebührenfreiheit zu dokumentieren, zu beweisen, daß Ihnen die Gebührenfreiheit nicht eine leere Phrase ist.

Stadtv. Labewitz (A. L.) ersucht um Ablehnung des Antrags. Die Gebühr von 1-3 M. bei Streitgegenständen von 20-100 M. sei sehr gering, Rechtsverweigerung also ausgeschlossen.

Stadtv. Bohn: Seit über zehn Jahren besteht beim Gewerbegericht derselbe Gebührensatz, ohne irgend Anstoß erregt zu haben. Stadtv. Liebnecht verwirft noch darauf, daß der vorgeschlagene Gebührensatz weit über die in dem ministeriellen Normalstatut enthaltenen Sätze hinausgehe.

Der Antrag Antrid wird abgelehnt, § 34 unverändert angenommen.

Zu § 41 (Vertrauensmänner) erklärt Stadtv. Buzle, daß ein Teil seiner Freunde die Zuziehung von Frauen als Gutachter für nicht zweckmäßig halte.

Stadtv. Sonnenseld (A. L.) hält dafür, daß nach § 10 des Gesetzes weibliche Personen als Vertrauenspersonen zu dem Kaufmannsgericht als Einigungsamt nicht zugezogen werden dürfen. Ob man die Frauen heranziehen möchte, sei dabei ganz gleichgültig; es dürfe nichts in das Statut kommen, was nach dem Gesetz unzulässig sei.

Stadtv. Galland (A. L.): Ich bin ganz entgegengelegter Meinung. Die Vertrauensmänner sind nicht Mitglieder des Kaufmannsgerichtes. Das Einigungsamt erhält lediglich den Vorsitzenden vom Kaufmannsgericht geliefert. Die Tendenz des Gesetzes war nur, die Frauen vom öffentlichen Wahlrecht auszuschließen. Das trifft auf die Bezeichnung der Vertrauensmänner durch die interessierten Teile nicht zu. In den Gesetzen heißt es auch stets: der Angestellte, der Zeuge usw., auch wenn es sich um Frauen handelt; das Mäntel ist immer das Wahgebende. (Große Heiterkeit.) Hieraus kann also kein Grund gegen die Frauen hergeleitet werden.

Stadtv. Liebnecht weist noch darauf hin, daß die Bestimmungen über das Einigungsamt einen besonderen Abschnitt des Gesetzes bilden und daß hier mit einer ganz anderen Terminologie gearbeitet wird, so daß man die Analogie des § 10 gar nicht anziehen könne. Das ergebe sich u. a. auch überzeugend aus dem Schulischen Kommentar, der direkt auf die Motive des Gesetzes zurückgehe.

Stadtv. Rommjen (Fr. Fr.) stellt sich auf die Seite der Kollegen Galland und Liebnecht, wenigstens den Verzicht der Heranziehung eines Einigungsamts mit Zuziehung der weiblichen Handelsgeschäftlichen solle man machen.

Stadtv. Dove (A. L.) schließt sich ebenfalls durchaus der Auffassung Gallands an.

§ 41 wird nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt. Eine weitere Diskussion entsteht nicht.

Das Ortsstatut im ganzen wird angenommen. Stadtv. Blasel (Fr. Fr.) berichtet darauf über die Vorlagen betr. den Vorentwurf zu Neubauten von Gemeinde-Doppelschulen in der Eberenbergstraße, in der Senefelderstraße, in der Eißnerstraße, in der Frankfurter Allee und in der Uckerstraße. Die Vorlagen finden ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung. Schluß 1/2 5 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratische Partei Süd-Bayerns zählt zurzeit nach dem Bericht des Gauvorstandes 6100 Mitglieder in 27 Vereinen und 81 Orten. Im Geschäftsjahre 1903/1904 fanden circa 590 Mitglieder und 440 Sektionsversammlungen statt. Die Gesamteinnahmen betrugen 59 500 M., die Ausgaben 51 800 M., davon 18 999 M. für Reichstagswahlen. Die aufgestellten Kandidaten erhielten 77 141 Stimmen gegen 45 854 im Jahre 1898. Vom Parteikalender Armer Konrad wurden 1904 7000 und 1905 6000 Exemplare abgesetzt. Im Februar 1903 wurde ein Flugblatt in 200 000 Exemplaren verteilt, das zum Eintritt in die Wahlbewegung aufforderte. Im Juli 1904 wurde eine Anweisung zum Erwerb der bayrischen Staatsangehörigkeit in 50 000 Exemplaren verbreitet.

In der hannoverschen Waggonfabrik haben von 20 Schmieiden 19 die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitsverhältnisse in diesem Betrieb sind durch die Modernisation der Leitung immer schlechter geworden. In der letzten Zeit wurde die am besten bezahlte Arbeit andwärts in Bestellung gegeben; außerdem wurde verlangt, daß die Schmieide sich das Material, welches vordem an die Arbeitsstelle geliefert wurde, nun selbst besorgen müßten. Für Schlacken abfahren und Werkzeug machen wurde ebenfalls nichts mehr bezahlt. Dadurch war es den Arbeitern in vielen Fällen gar nicht möglich, auf ihren Stundenlohn zu kommen, da dieselben oft noch Stundenlang auf Arbeit warten müßten. Alle Vorstellungen der Schmieide wurden nicht; als dieselben bestimmte Antwort verlangten, verzeigte der Herr Direktor. Dadurch haben sich die Schmieide gezwungen, die Arbeit niederzulegen. — Zuguz ist fernzuziehen.

Der norwegische Gewerkschaftsverband, der, wie mitgeteilt wurde, zu Ostern stattfinden sollte, ist auf den 20. Juli verlegt worden, und zwar hauptsächlich darum, weil sich inzwischen noch einige größere Verbände, darunter der Eisen- und Metallarbeiter-Verein, der Landesorganisation der Gewerkschaften anschließen wollen und man auch diesen Verbänden Gelegenheit geben will, auf die fernere Gestaltung der Zentrale Einfluß auszuüben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kätzung, Fliesenleger! Die Fliesenleger-Sektion des Maurerverbandes sah in ihrer gestrigen Versammlung einstimmig den Beschluß, über den Bau Montbijou-Platz 10-11 bis auf weiteres die Sperre zu verhängen. Veranlassung zu dieser Maßregel gab die unwürdige Behandlung der Fliesenleger durch den dortigen Maurerpolier. Die Sektion verpflichtet ihre Mitglieder, so lange wie der Polier auf diesem Bau tätig ist, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Deutsches Reich.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker nimmt in einer Bekanntmachung Stellung zu einer Reihe von Arbeitseinstellungen, die — namentlich in Berlin — von den Personalien einiger Druckerereien vorgenommen wurden, um das nach Ansicht der Gehülften durch Wahregelung ihrer Vertrauensleute gefährdete Koalitionsrecht zu verteidigen.

Es heißt in der Bekanntmachung:

„Durch Beschluß des Tarifausschusses vom April 1904 ist zur Vermeidung von Konflikten den Schiedsgerichten aufgegeben worden, sich auch in außertariflichen Streitfragen als Einigungsamt den Parteien zur Verfügung zu stellen, und letzteren ist gleichzeitig damit die Verpflichtung auferlegt worden, sich in allen Streitfällen und Differenzen an die Schiedsgerichte zu wenden, die in dringenden Fällen innerhalb 48 Stunden zusammenzutreten haben.“

Um die Durchführung dieses Verfahrens für alle Fälle zu gewährleisten, oder um die Ursachen zu solcher Inanspruchnahme der Schiedsgerichte auf das niedrigste Maß zu beschränken, wird den tariffreien Buchdruckerereien Deutschlands die Beachtung des nachfolgenden einstimmigen Beschlusses des Tarifamtes vom 15. Januar d. J. höflichst und dringend empfohlen:

1. Die Wahl von Arbeiterausschüssen, wie sie § 134 h der Gewerbe-Ordnung vorseht, ist zu begünstigen; die Vertrauensmänner der Gehülften der betreffenden Druckererei haben dem Ausschuß anzugehören;

2. ist die Bildung eines derartigen Ausschusses wegen des geringen Umfangs eines Betriebes nicht möglich, dann: Anerkennung der von den Gehülften gewählten Vertrauensmänner; den Vertrauensmännern muß das Recht zustehen, tarifliche oder außertarifliche Wünsche ihrer Mandatgeber dem Prinzipal oder seinem Beauftragten in schriftlicher Form zum Vortrag zu bringen; in nicht dringenden Angelegenheiten und auf Wunsch des Prinzipals außerhalb der Arbeitszeit;

3. mit den Mitgliedern des Arbeiterausschusses und den Vertrauensmännern ist unter allen Umständen eine vierzehntägige Abdingungsfrist zu vereinbaren;

4. die jeweils amtierenden Vertrauensmänner der Gehülften sind dem Prinzipal nach vollzogener Wahl stets sofort namhaft zu machen.“

Der Streit bei der Firma Stewer in Stettin ist zumgunsten der Ausständigen verlaufen. Obgleich sich trotz des acht Wochen dauernden Kampfes nur wenige Abtrünnige unter den Streikenden fanden, gelang es der Firma doch, Ersatz in größerem Maßstabe aus Erfurt und anderen Orten heranzuziehen. Da Polizei und Gendarmerie die Verbindung zwischen diesen Leuten und den Streikposten zu verhindern wußte, gelang die Ausflüchtung derselben leider nicht.

Der Streit in der Dessauer Waggonfabrik ist durch eine Vereinbarung beigelegt.

Im Hensburger Emailierwerk von Leroi sind Differenzen ausbrochen. Es befinden sich Metallarbeiter, Fälschinnen, Schablonierer, Schriftsetzer, Lithographen und Steinbruder im Streit. Zuguz ist von allen genannten Berufen fernzuziehen. Arbeiterfreundliche Blätter werden im Nachdruck dieser Juguzwarnung gebeten.

Eingegangene Druckschriften.

Deutscher und internationaler Valentinskender 1905. Herausgegeben vom Valentinskender-Bureau Galtion Debruz in München. Verlag von C. Beck (H. Haller), München. Preis 1 M.

Der Vitalab der Gegenwart. C. L. Hirschfeld, Leipzig.

Cyph. Ueberführkarte für das rheinisch-westfälische Kohlen- und Industriegebiet. Preis 30 Pf. Düsseldorf, C. Schmitt.

Waldem. Neues über das Leben der Schwabacher. Selbstverlag Waldem. Erdmannsdorf im Riesengebirge.

G. Reben. Die haben Christen und der ganze Teufel. Groß-Nichterselde 1905. E. Hoff.

Marktreise von Berlin am 25. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60-17,55 M., mittel 17,55-17,54 M., geringe 17,52-17,50 M. Roggen**), gute Sorte 14,00-13,99 M., mittel 13,98-13,97 M., geringe 13,95-13,93 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,00-14,90 M., mittel 14,80 bis 13,70 M., geringe 13,60-12,50 M. Dinkel**), gute Sorte 16,50-15,70 M., mittel 15,60-14,80 M., geringe 14,70-14,00 M. Gersten, gelbe, zum Baden 45,00-30,00 M. Speisehafer, weisse 50,00-30,00 M. Linen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-8,00 M. Weizenroh 4,66-4,32 M. Den 8,90-7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schuß 5,50-3,20 M. *) Bei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag ein Vereinsvergügen im Tempelhofer Park, Berliner Str. 50, stattfindet. Näheres im Inserat. Zahlreichen Besuch erwartet.

Sechster Wahlkreis. Schönhauser Vorstadt. Sonntag, abends 5 1/2 Uhr, findet in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee 28, eine Volkserammlung für Männer und Frauen statt. Vortrag der Genossin Frau Kiesel über: „Die Stellung der Frauen im Klassenkampf.“ Diskussion. Nachdem gemüthliches Beisammensein und Tanz. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Zur Lokalliste. Der Ortsverein der Bauhandwerker hält Sonntag abends einen Maskenball in den „Unions-Festhallen“, Greifswalderstr. 121/23, ab und sucht in Arbeiterkreisen Villetts abzusehen. Da das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen usw. nicht zur Verfügung steht, so weist man die Villetts zurück. Die Lokalkommission.

Johannisthal. Die Versammlung des Wahlvereins findet Sonntag abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Lindenhof“, Friedrichstr. 61, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der zweite Vortrag des Genossen Böcke über das Parteiprogramm.

Tegel. Montag abends 8 Uhr findet in Tropp's Festhallen eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Dr. David spricht über Gemeindepolitik. Handzettel-Verbreitung Sonntag früh.

Märktenbeck. Wahlverein Bezirk Pantow. Sonntag nachmittag 5 Uhr ist die regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Gasthof „Zur Sonne“ von Baerich, in der Genossin Jacoba Pantow über: „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet“ referieren wird.

Mit-Gliedern. Der Wahlverein hält seine Mitglieder-Versammlung Sonntag abends 8 Uhr bei Sach ab. Genossin Krenn spricht über „Arbeiterversicherung“. Wir erlauben die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. — Der hiesige Radfahrverein 1897 besucht zu seinem am 4. Februar in dem gesperrten Lokal von Bohne stattfindenden Maskenball Villetts in Arbeiterkreisen abzusehen; wir erlauben, die Villetts zurückzuweisen. Der Vorstand.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Das Kaufmannsgericht für Berlin mühte eigentlich schon fertig sein und seine Tätigkeit bereits begonnen haben — aber so schnell arbeiten unsere städtischen Behörden nicht. Diesmal trifft die Schuld allerdings weniger die Stadtverordneten-Versammlung als den Magistrat, der zu spät an die Ausarbeitung des Disstatuts für das zu errichtende Kaufmannsgericht herangegangen ist. Der Ausschuss, dem die Versammlung im Dezember den Entwurf des Statuts zur Vorberatung überwies, hat sich mehr beeilt und hat zu seinen sechs Sitzungen nur ebenso viele Wochen gebraucht. Was er zustande gebracht hat, wurde gestern dem Plenum der Versammlung vorgelegt und zur Annahme empfohlen. Den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses war es gelungen, mancherlei Verbesserungen des vom Magistrat aufgestellten Statutenentwurfes durchzusetzen; manches andere aber hatte dort leider keinen Weisfall gefunden. Einige dieser abgelehnten Vorschläge wurden im Plenum wiederholt, doch vermochte auch hier die freisinnige Mehrheit nicht, sich zu einer freieren und höheren Auffassung der ihr durch das Kaufmannsgerichts-Gesetz gestellten Aufgabe durchzuringen. Der Abneigung und dem Haß der selbständigen Kaufleute gegen die Einführung von Kaufmannsgerichten wurde wenigstens die kleine Genehmigung zu teil, daß man den Wünschen der Gehülfschaft nicht gar zu weit entgegenkam.

Die Debatte über die erneut eingebrachten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion war nicht groß und verlief ruhig. Die Anträge wurden begründet von unserem Genossen Liebknecht, der der Mehrheit vorhielt, daß das Disstatut in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung dem sozialen Charakter des Kaufmannsgerichts-Gesetzes noch keineswegs voll gerecht wird. Doch es blieb bei der Ablehnung. Für die vorgeschlagene Personalunion zwischen Gewerbegericht und Kaufmannsgericht, die in ein und demselben Vorsitzenden eine gemeinsame Spitze haben würden, stimmte außer der sozialdemokratischen Fraktion fast niemand. Dem Antrag, Gebührenfreiheit festzusetzen und so beim Kaufmannsgericht eine kostenlose Rechtsprechung einzuführen, erging es ebenso; auch er wurde von der Mehrheit gegen eine nur geringe Minderheit abgelehnt. Damit erübrigte sich dann die von unseren Parteigenossen vorgeschlagene Resolution zugunsten der Einführung der Gebührenfreiheit auch beim Gewerbegericht. Selbst gegen die vom Ausschuss akzeptierte Verbesserung, daß die Wahl der Richter an einem Sonntag erfolgen soll, wurden im Plenum noch einmal Bedenken geltend gemacht, doch erfreulicherweise ohne Erfolg.

Den russischen Studenten in Berlin traut man in Spiegelfreisen, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, eine Torheit zu, die der Polizei einen vielleicht willkommenen Anlaß zu Gewaltmaßnahmen gäbe. Anführerliche Elemente sind nämlich mit Eifer dabei, in der hiesigen russischen Kolonie für eine Demonstration vor der russischen Botschaft Stimmung zu machen. Die in Petersburg von der Autokratie verübten Verbrechen, so kalkuliert man, werden die in Berlin lebenden Russen zu einer solchen Demonstration mit leichter Mühe geneigt machen; und den auf ein solches Ereignis präparierten Herren am Alexanderplatz erwüchse dann die Aufgabe, unter den Demonstranten mit aller Gründlichkeit aufzuräumen. Allerdings denkt man unter den hier wohnenden Studenten und Arbeitern russischer Nationalität nicht daran, der Reaktion in der gewünschten Weise gefällig zu sein; immerhin aber halten wir uns verpflichtet, Unkundige davon zu unterrichten, auf wessen Betreiben für eine solche Demonstration Stimmung gemacht wird.

Vom Berliner Innungswesen. Am 30. April 1904 bestanden in Berlin 62 Innungen (gegen 63 im Vorjahre), und zwar 44 (gegen 45) freie und 18 Zwangsinnungen. Von freien Innungen gehörten (am 31. Dezember 1903) insgesamt 11 648 (gegen 11 744 am gleichen Tage des Vorjahres), den Zwangsinnungen im ganzen 17 105 (19 940) Mitglieder an, darunter 16 190 (17 096) Zwangsmitglieder und 910 (853) freiwillige Mitglieder.

Was die Zwangsinnungen betrifft, so ist der Mitgliederbestand nur bei dreien gestiegen, und zwar bei den Töpfern um 44, bei den Malern um 87 und bei den Tapezierern um 107. Eine Verminderung der Mitgliederzahl ist eingetreten bei den Tischlern um 41, bei den Sattlern, Riemern und Täschern um 63 und bei den Schneidern sogar um 993.

Die Aufwendungen für das Gesellen- und Herbergswesen sind nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats gegen das Vorjahr zurückgegangen bei den Sattlern z. B. um 62 M., bei den Schmiedemeistern um 172 M. und bei den Juwelieren um 201,60 M. Die Kupferschmiede haben nicht einmal die geringe Leistung des Vorjahres (21,75 M.) mehr aufzuweisen. Ebenso haben nichts für die genannten Zweige aufgewendet die Drechsler, Schmiede, Steinseher und Zeugschmiede. Mehrleistungen gegen das Vorjahr haben zu verzeichnen die Schuhmacher 108 M., die Glaser 746,00 M. und die Tischler 1559 M.

Für Fachschulzwecke haben weniger verausgabt: die Schornsteinfeger 59 Mark, die Schmiede 67,95 Mark, die Steinseher 82,80 Mark und die Schneider 448 Mark. Mehrleistungen haben zu verzeichnen: die Tapezierer 48,70 Mark, die Kupferschmiede 120 Mark, die Töpfer 384 Mark, die Glaser 631,80 Mark, die Tischler 1059,50 Mark und die Juweliers 8645,50 Mark. Die Tischlerinnung wurde bekanntlich feinerzeit erst durch Beschluß der Gewerbe-Deputation des Magistrats angehalten, 1000 Mark mehr als in früheren Jahren als Beitrag zur Unterhaltung der Tischlerschule zu zahlen. Die Zahl der diese Schule besuchenden Lehrlinge betrug 2290. Keine Aufwendungen für Fachschulzwecke haben wie im Vorjahre gemacht die Drechsler und Zeugschmiede. Im ganzen sind von den 18 Zwangsinnungen 22 377,15 Mark für Fachschulzwecke aufgewendet worden.

Durchschnittlich für jeden Lehrling haben aufgewendet: Die Juweliers, Gold- und Silbergeschmiede 34,31 M., die Schornsteinfeger 13,42 M., die Korbmacher 12,50 M., die Stell- und Abemacher 10,81 M., die Steinseher 10,01 M., die Posamentiere und Seidenknopfmacher 8,83 M., die Schuhmacher 7,77 M., die Glaser 6,73 M., die Maler 5,23 M., die Schneider 5,11 M., die Sattler, Riemer und Täschner 4,76 M., die Töpfer 4,54 M., die Kupferschmiede 2,61 M., die Schmiede 2 M., die große, unter Leitung des Obermeisters Nahardt, Reichstags-Kandidat für Calbe-Aischerleben, 1,54 M. und die Tapezierer-Innung 98 Pf.

Von den freien Innungen hat sich die der Konditoren im Berichtsjahre aufgelöst. Ihr Vermögen von 1766,18 M. wurde zur Verichtigung der vorhandenen Schulden verwendet, der Rest unter die Mitglieder verteilt.

Zu Wilhelm II. Geburtstag. Wegen der Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich sind Tafel und Gala-Oper im königlichen Schloß zu heute abgelehnt worden. Ein Krankheitsbericht von gestern morgen besagt übrigens, daß der Prinz „eine ordentliche Nacht verbracht“ habe. Sollten aus Anlaß der Erkrankung auch die Hoflieferanten und solche, die es werden möchten, mit Illuminationen z. zurückhaltend sein, so wäre das sehr schädlich. Wollen die in diesem Fall in Betracht kommenden Geschäftsleute das ersparte Geld dennoch für einen guten Zweck opfern, so können sie es ja den ausständigen Bergarbeitern im Ruhrrevier zuweisen.

Berliner Sterblichkeit im Jahre 1904. Die Sterbefälle haben sich in Berlin im Jahre 1904 wieder um reichlich 1500 vermehrt, nachdem schon das vorhergehende Jahr eine Zunahme um 1100 Sterbefälle gebracht hatte. Im Jahre 1903 waren hier 31892 Sterbefälle vorgekommen (ohne die Totgeburt), im Jahre 1904 aber sind, nach den vorläufigen Meldungen, rund 33 400 Personen gestorben (ohne die Totgeborenen). Die im letzten Jahre eingetretene Vermehrung der Sterbefälle beläuft sich auf etwa 4 1/2 Prozent. Das ist erheblich mehr als die gleichzeitige Zunahme der durchschnittlichen Bevölkerungszahl Berlins, die wenig über 2 Prozent betragen wird. Diese Erhöhung der Sterblichkeit ist nur zum Teil darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahre die Säuglinge in größerer Zahl als im vorherigen Jahre dahingefahren sind. Die Sterbefälle vermehren sich bei den Kindern des ersten Lebensjahres von 9452 auf etwa 9800, aber bei den über ein Jahr alten Personen von 22 490 auf rund 23 600.

In der Irrenpflege der Stadt Berlin befanden sich am Schluß des Jahres 1904 insgesamt 6840 Personen. Davon hatten nur 3884 in den eigenen Anstalten der Stadtgemeinde Aufnahme gefunden, 1327 in Dalkdorf, 1296 in Herzberge, 1271 in Mühlbergen. Die übrigen 3006 Personen waren in den zur Ausschilfe mitbenutzten Privatanstalten oder bei Familien in Privatpflege untergebracht, 2387 in Privatanstalten, 619 bei Familien. Ende 1903 war die Gesamtzahl der in städtischer Irrenpflege befindlichen Personen 6525. Sie hat also im Laufe des Jahres 1904 wieder um 315 zugenommen, d. h. um ziemlich 5 Proz. Im Laufe des Jahres 1905 dürfte das siebente Tausend voll werden.

Zu unserem Bericht über den Eisenbahnzusammenstoß auf dem Rordring (Nr. 18) erhalten wir von der Eisenbahnbehörde eine vier Seiten lange Berichtigung. Der größte Teil der Zusage enthält jedoch lediglich einen Bericht über die Vorgänge beim Zusammenstoß. Hieraus einzusehen, haben wir keine Veranlassung. Die Berichtigung verweist sich schließlich gegen unsere Darstellung, nach der die Eisenbahnverwaltung an dem Unglücksfälle mitschuldig sei, da von Lokomotivführern schon seit langer Zeit darüber Klage geführt sei, daß die Signale auf der Strecke Wedding-Bühlischer Straße zu nahe beieinander ständen und so leicht zu Verwechslungen führten. Dies wird von der Eisenbahnbehörde unter folgender Begründung bestritten: Von einer Häufung von Signalen in der Nähe der Brücke könne nicht gesprochen werden, da nur zwei neu aufgestellte Bedienungssignale in ihrer unmittelbaren Nähe vorhanden seien. An der Unfallstelle habe außerdem in der Nähe des Signals ein besonderer Posten gestanden, der mit der Handlaternen dem vom Wedding her kommenden Zuge 8900 durch fortwährendes Schwenken noch besonders das Haltsignal gegeben habe. Es sei auch unzutreffend, daß Verführer der Lokomotivführer über die mangelhafte Anordnung der Signale laut geworden seien, daß sie aber keine Berücksichtigung gefunden hätten. Weder bei der Direktion noch bei den beteiligten Inspektionen seien dergleichen Klagen angebracht. Hätte man dies getan, wäre man ihnen auf das sorgfältigste nachgegangen.

Wenn hiernach die Bahnverwaltung befreit ist, daß seitens der in Frage kommenden Lokomotivführer jemals Klage über die Häufung der Signale auf der fraglichen Stelle vorgekommen wären, so müssen wir leider auf Grund unserer nachträglich veranfahten Recherchen doch hervorheben, daß die Lokomotivführer bei ihren Zusammenkünften seit langer Zeit über den von uns angeordneten Mangel geklagt haben. Jedenfalls wird das gerichtliche Verfahren, das gegen den unglücklichen Lokomotivführer, der den Zusammenstoß verschuldet, eingeleitet ist, die streitige Frage klären.

Nach Unterschlagung einer größeren Summe flüchtig geworden ist ein Buchhalter Karl A n s e b e r g, der in einem Laboratorium in der Chausseestraße angeheiratet war. Der junge Mann, der nicht befragt war, einzulassen, zog am 18. d. M. bei Kunden des Laboratoriums Beträge von 500 bis 600 M. ein und reiste am anderen Morgen ab. Seiner Mutter legte er vor, daß er geschäftlich verreisen müsse, während er an das Geschäft schrieb, er könne eines Tages wieder wegen nicht zum Dienste kommen. Als man sich später bei der Mutter nach seinem Befinden erkundigte, kam der Schwindel und die Veruntreuungen an den Tag. Möncheberg hatte auch von der Flucht noch an seine Mutter geschrieben, daß es ihm gut gehe und daß er geschäftlich guten Erfolg habe. Durch diese Anrufe hat der Ungetreue vor seinen Verfolgern einen großen Vorsprung gewonnen.

Imparitäts-Schmerzen. Das Fachblatt der „Konfessionär“ beklagt sich darüber, daß bei dem letzten Ordensfesten von 2003 Orden nur 25 auf Kaufleute und Industrielle entfielen, also noch nicht einmal ein Prozent. Die Konfession ist diesmal ganz leer ausgegangen.

Selbstmord auf jordanische Art. Durch Bauchschmerzen verurteilte sich gestern nachmittag der 47 Jahre alte Schlosser Dominikus Klapper aus der Parkstr. 61 das Leben zu nehmen. Der Arme leidet seit

einiger Zeit am Verfolgungswahn und wollte sich gestern nachmittag erhängen. Während seine Wittin, die ihn daran gehindert hatte, zu einem Arzte lief, war er allein in der Wohnung, nahm sein Messer und brachte sich einen langen Schnitt in den Bauch bei, so daß die Eingeweide heraustraten. Der Unglückliche wurde nach der Charité gebracht, wo er schwer daniederliegt.

Wegen Verbrechen gegen das feindliche Leben ist der Drogist Fritz Kullmann aus der Oldenburgerstraße 8, ein junger Mann von 25 Jahren, verhaftet worden. Kullmann war in einer Drogerie in der Widen-Allee angeheiratet. Ihm gegenüber war die 19 Jahre alte Betty Walther aus der Schwarzkopffstraße 1 in einem Freizeurladen tätig. Aus der Bekanntschaft, die die jungen Leute als Nachbarn machten, entwickelte sich ein Liebesverhältnis, das Folgen hatte. Das Mädchen blieb seit dem 15. Dezember zu Hause. Am 4. d. M. erkrankte es. Am 19. verschlimmerte sich ihr Zustand plötzlich so sehr, daß sie nach dem Moabit Krankenhaus gebracht werden sollte, aber schon auf dem Wege dorthin starb sie. Morgens hatte sie ihrer Mutter gestanden, daß Kullmann Mittel angewandt habe, um die Folgen zu beseitigen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und bei ihr fand man einen Brief, in dem Kullmann die Kranke bat, nichts darüber zu sagen, was er mit ihr vorgenommen habe. Der Vater der Verstorbenen machte Anzeige und Kullmann wurde daraufhin in Unterdrückung genommen. Bei einer Durchsichtung seines möblierten Zimmers fand man allerhand Sachen, die zu derartigen Handlungen wohl verwendet werden. Die gerichtliche Leichenschauung der Leiche, die gestern nachmittag auf dem Golgatha-Kirchhof an der Barfußstraße beerdigt wurde, bestätigte ebenfalls die Angaben der Verstorbenen.

Unkräftig scheint dieses Jahr der Bod der Brauerei Königstadt geraten zu sein. Gleich beim Beginn des Ausstoßes machte er gestern morgen um 6 Uhr in der Schönhauser Allee tolle Sprünge. Auf dem Hofe der Brauerei hatten Arbeiter einen Wagen mit 70 Fässern beladen. Als sie sich umwandten, um die Pferde zu holen, setzte sich der Wagen auf der etwas abschüssigen Bahn plötzlich von selbst in Bewegung, lief zum Tor hinaus quer über die Schönhauser Allee hinweg, rannte auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig einen Laternenpfahl um und drang durch den herabgelassenen Rollvorhang in den Laden des Sattlermeisters Heller, in dem Haupte Nr. 177 c ein, wo er arge Verwüstungen anrichtete. Der Sattlermeister war von diesem Frühbesuch des Ueberbocks ebensowenig erdaut wie die Brauerei, die ihn losgelassen hatte.

Von Pferdebesuchen zerstampft. Einen entsetzlichen Tod fand gestern nachmittag der 68 Jahre alte Almosenempfänger K r o s c h e d aus Berlin auf der Chaussee zwischen Karsdorf und Ober-Schöneeweide. Dort war das Geipann eines Bauerwagens durchgegangen und raste nach Ober-Schöneeweide zu. Ritten auf dem Fahrdamm schleppte sich K., welcher verkrüppelte Beine hat, mühsam vorwärts. Vergeblich bemühten sich vorübergehende Fußgänger, den Alten auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Der Almosenempfänger, welcher durch Kälte und Hunger schon ohnehin geschwächt war, vermochte den rettenden Bürgersteig nicht mehr rechtzeitig zu erreichen. Im nächsten Augenblick hatten ihn die heranstürmenden Tiere erreicht, warfen ihn zu Boden und zertrümmerten ihn durch Huftritte Kopf und Brust. Man wollte den Verunglückten nach einem Berliner Krankenhaus überführen, er verstarb jedoch bereits auf dem Transport, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben.

Auf der Polizeiwache erschossen hat sich gestern abend der 19 Jahre alte Buchhalter Richard Lehmann, der Sohn eines Fingerringbesizers aus Schlesien. Der junge Mann kam vor einem Jahre nach Berlin, war seitdem in dem Kommissionsgeschäft von Wölsing u. Mühr in der Linienstr. 100a angestellt und bewohnte in der Spinnerei 72 ein möbliertes Zimmer. Er lebte flott, spielte den Hausgenossen gegenüber den Bornehmen und liebte den Verkehr mit Mädchen. Vor vier Wochen verlobte er sich. Gestern entdeckte die Geschäftsinhaber einen nicht geringen Fehlbetrag, dessen Höhe noch nicht genau festgestellt werden konnte. Sie sandten nach dem 12. Revier, von dem ein Wachmeister und ein Schulmann den ungetreuen Buchhalter nach der Wache brachten. Während man ihm hier die Taschen durchsuchte, nahm er plötzlich seinen Revolver, schob sich eine Kugel in die rechte Lefze und brach auf der Stelle zusammen. Die Leiche wurde noch in der Nacht nach dem Schauhause gebracht.

Selbstmordversuch eines Künstlers. Den Tod im Wasser suchte der Schauspieler Georg Wallisch aus der Langenbergrstraße zu Wien, der sich ohne Beschäftigung und Wohnung in Berlin aufhielt. Er sprang an der Friedrichstraße in die Spree, wurde aber gerettet und in ein Krankenhaus gebracht.

In Erstickungsgefahr schwebten gestern vormittag bei einem Zimmerbrande drei Kinder in der Langenbergrstraße 3. Dort hat der Stocklaternenfabrikant Karl G r u n d l e mit seiner aus fünf Köpfen bestehenden Familie eine kleine Hofwohnung inne. Während nun Herr G. gestern früh seiner gewohnten Beschäftigung nachgegangen war, hatte sich gegen 9 Uhr auch seine Frau aus der Wohnung entfernt, um in der Nachbarschaft Aufwartedienste zu verrichten. Ihre drei Kinder, ein zweijähriges Mädchen und zwei Knaben im Alter von dreieinhalb und drei Jahren, lagen noch im Bett und schliefen. Vor einem Kachelofen, der bereits Feuer enthielt, hatte Frau G. Wäsche zum Trocknen ausgehängt und war dann fortgegangen. Als sie gegen 11 Uhr zurückkehrte und die Kachelofentür aufschloß, drang ihr dichter Rauch entgegen. Erschreckt rief sie die Hausbewohner zu Hilfe, die schleunigst für die Alarmierung der Feuerwehr sorgten. Diese holte die drei fast regungslos im Bette liegenden Kinder sofort heraus und behandelte sie mit Sauerstoff. Während sich bei dem Mädchen und dem drei Jahre alten Knaben bald Erfolge zeigten, gab das 2-jährige Kind trotz der sorgfältigsten Behandlung nur schwache Lebenszeichen von sich. Es wurde daher schleunigst nach der Charité geschafft, wo man indes wenig Hoffnung hegt, es am Leben zu erhalten, da es sich um eine schwere Rauchvergiftung handelt. Der entstandene Brand konnte mit Leichtigkeit erstickt werden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Wehr nach der Gerichtstr. 23 gerufen, wo in einem isoliert stehenden Pferdehals Feuer ausgebrochen war. Als der erste Löschzug eintraf, hatten die Flammen schon sehr an Ausdehnung gewonnen, da Heu, Stroh usw. überreiche Nahrung geboten hatten. Es mußte daher tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Zwei in dem Stall untergebrachte Pferde konnten leider erst gerettet werden, als sie bereits aber und über mit Brandwunden bedeckt waren. Beide Tiere sind bald darauf verendet. — Zur selben Zeit brannte es in der Königsbergerstr. 20 in einer Tischlerei. — Allertei Geräumel und alter Hausrat hatte dann in der Beuststr. 51 in einem Keller Feuer gefangen, das indes bald unterdrückt werden konnte. — Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte später den 13. Löschzug in der Linienstr. 62. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden aus der Reichstr. 4, Breitestraße und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren auf „blinden Darm“ zurückzuführen. —

Großfeuer kam gestern abend gegen 10 Uhr in der Schönleinstr. 1 a h e 5 aus noch nicht ermittelter Ursache aus und beschäftigte die Feuerwehr mehrere Stunden. Das vierstöckige Quergebäude enthält verschiedene Fabrikbetriebe, und zwar befindet sich im dritten und vierten Stock die Holzgeräthefabrik von O. L a n g e. In dieser war das Feuer im dritten Stock ausgebrochen und hatte so schnell um sich gegriffen, daß die Mieter des angrenzenden Seitenflügels anfangs gefährdet waren. Auf die Weidung „Mittelfeld“ wurden sofort sechs Löschzüge an, die in der Schönleinstr. 1 a h e 5 aufgestellt nahmen. Brandinspektor Reinhard

Der die Völkereien leitete, ließ von drei Seiten aus vorgehen und war dabei bemüht, das Feuer auf das Quergebäude zu beschränken. Hier Dampfströme waren große Wassermengen in die Flammen, die an den vorhandenen Holzern reiche Nahrung fanden. Nach einständiger Arbeit galt der Brand als lokalisiert, doch nahm die vollständige Abföschung noch längere Zeit in Anspruch. Die Aufräumungsarbeiten dehnten sich bis weit über Mitternacht hinaus hin. Da das Feuer auch auf den vierten Stock übergesprungen war und auf diese Weise die Arbeits- und Lagerräume der beiden Stadwerke und namentlich auch die Maschinen zerstörte, so ist der entstandene Schaden beträchtlich.

Nicht weniger als zwölf Jugendkonzerte finden heute statt. Sie werden veranstaltet im „Deutschen Hof“, Ludwigsstraße, in Altiens Festhale, Hafenside 13, im Moabitler Gesellschaftshaus, Wickestr. 24, in der Brauerei „Friedrichshain“, in der Brauerei „Königsplatz“, Schönhauser Allee, in der Hohenzollernschule, Schöneberg, Pelzingerstraße, sowie in der „Philharmonie“. In der „Philharmonie“ wird das Konzert gegen Entgelt für höhere Schulen abgehalten, in den übrigen Konzertsälen für Gemeindeglieder unentgeltlich. Etwa 20 000 Freisparten sind verteilt worden. Kürzlich wiesen wir darauf hin, daß auf diese vortrefflichen Veranstaltungen voriges Jahr insoweit ein Schatten gefallen sei, als man sie mit Hohenzollernverherrlichung allzu reichlich verquirit habe. Ein Blick auf die Programme des heutigen Tages belehrt uns darüber, daß den Kindern wenigstens durchweg würdige Leistungen geboten werden.

Bei der Ratinee, die der Gesangsverein „Thyographia“ zugunsten der freistehenden Bergarbeiter am Sonntagmittag im großen Saale der „Neuen Welt“ (Hafenside) veranstaltet, haben in ungewöhnlicher Weise ihre Mitwirkung zugesagt die Konzerttänzerin Frau Paula Weinbaum (Al.), der bekannte Violoncellist Herr Alfred Wittenberg und Herr Alexander Weinbaum (Klavier). Da das Programm sehr reichhaltig ist, können wir den Gesang und Genossinnen den Besuch dieser Ratinee nur empfehlen. Die Leistungen des veranstaltenden Gesangsvereins bürgen dafür, daß die Besucher die einem sehr guten Zweck dienende Veranstaltung befriedigt verlassen.

Theater. An dem Friedrich Hebbel-Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag im Bürgerhause des Rathhauses veranstaltet, hält Dr. Rudolf Steiner den einleitenden Vortrag. Von Mitgliedern des Schiller-Theaters wirken als Sprecher Alwin Wiede, Max Heimer und Franz Kolan mit. Der Gesangspart hat die Konzerttänzerin Gertrud Fischer übernommen. — „Der beste Tipp“ heißt die nächste Novität, die im Belle-Alliance-Theater unter der Direktion Aren-Schönfeld demnächst ihre Erst-Aufführung erleben wird.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf.

Trotz seiner 140 000 Einwohner hat Rixdorf nicht einmal eine Leichenhalle zur Unterbringung polizeilich beschlagnahmter Leichen. Lange Jahre wurden solche Leichen auf dem alten Gemeindefriedhof an der Kirchhofstraße in einem Bretterschuppen untergebracht, in welchem mehr als primitiven Raum auch die Obduktionen erfolglos mußten. Als vor längerer Zeit einige besonders krasse Vorkommnisse die Unzulänglichkeit der provisorischen Leichenhalle darstellten, weigerte sich der Magistrat als Besitzer des Friedhofs, fernerhin den Bretterschuppen zur Unterbringung polizeilich beschlagnahmter Leichen herzugeben. Die Rixdorfer Polizei wollte sich daher selbst eine Obduktionshalle errichten, wozu sie jedoch der Genehmigung des Ministers des Innern bedurfte. Nachdem sich die Verhandlungen fast 1 1/2 Jahre hingezogen haben, hat jetzt der Minister angeordnet, daß die in Rixdorf beschlagnahmten Leichen, wie in letzter Zeit, so auch weiterhin nach dem Berliner Schauhause gebracht werden sollen, da es nicht notwendig sei, daß Rixdorf eine eigene Obduktionshalle erhalte. Diese Entscheidung hat in allen Kreisen Befremden erregt, denn die Transportkosten zc. sind so erheblich, daß die Kosten für eine eigene Leichenhalle bald gedeckt wären, abgesehen von den vielen Umständen und Unzulänglichkeiten, die dem Publikum daraus erwachsen, daß die Leichen erst nach Berlin geschafft werden. Hoffentlich nehmen nunmehr die städtischen Körperschaften sich der Angelegenheit an.

Weil ihr der Bräutigam untreu geworden, hat sich das 21jährige Dienstmädchen Elisabeth Dastler, gebürtig aus Peterswaldau, in der Wohnung seiner Herrschaft, Schinkstr. 12/13 zu Rixdorf, mit Lysol vergiftet. Obwohl ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, konnte das Mädchen nicht mehr vom Tode gerettet werden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Berliner Schauhause geschafft.

Krankenkassen-Bureaucratie. Ein wohl einzig dastehender Vorfall wird in Rixdorf viel besprochen. Vor 14 Tagen erkrankte im Rixdorfer Schiffahrtskanal ein Arbeiter, der über das Eis gehen wollte. Ein Bädergehilfe, der den Ertrinkenden retten wollte, stürzte dabei selbst in das Wasser und wäre ebenfalls ertrunken, wenn nicht im letzten Augenblick einige Arbeiter ihn hätten retten können. Ein hinzugezogener Arzt fand den Bädererkrankten und völlig bewusstlos vor und ließ daher zunächst eine Flasche Wein holen, welche dem braven jungen Mann nach und nach eingefloßt wurde und die ihre Wirkung nicht verlagte. Der mutige Bädererkrankte kam so mit einem kräftigen Schwupfen davon. Da der Bädererkrankte der hiesigen Bäder-Zunungs-Krankenkasse angehört, wurde die Rechnung für die Flasche Wein der genannten Klasse präsentiert. Diese aber verweigerte Zahlung des ganzen Betrages, da der Klassenarzt erklärte, „eine viertel Flasche würde im vorliegenden Falle auch genügt haben!“ Wahrscheinlich wird nur der arme Bädererkrankte den Wein aus seiner Tasche bezahlen müssen. Was kommt es darauf an, wenn er, durch diesen Fall gewarnt, sich in künftigen Fällen besinnt, ein Menschenleben zu retten?

Friedrichsfelde.

Der Ragerviechhof, bekanntlich eine Einrichtung der Genossenschaft für Viehverwertung, hat der Gemeinde Friedrichsfelde bisher noch keinen Nutzen gebracht. Als das Projekt vor zwei Jahren in Angriff genommen wurde, versprachen sich die Ortsgroßen einen riesigen Gewinn von dieser Anlage. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Deconomierat King, den Leiter des ganzen Unternehmens, gemacht. Der Ragerviechhof ist zur Gewerbesteuer noch nicht veranlagt, weil er angeblich keine Ueberdünste erzielt. Dafür ist die Gemeinde von der Aufsichtsbehörde aber im vorigen Jahr veranlagt worden, zwei Polizeibeamte auf dem Viechhof zu stationieren, wozu die Genossenschaft auch keinen Pfennig beisteuert.

Als Folge der im Dezember vorigen Jahres wegen der Kanalisation veranstalteten Konferenz hatte der Gemeindevorstand von Friedrichsfelde Offerten über Ländereien zum Miesel-felde eingefordert. Es sind auch zahlreiche Angebote erfolgt, doch wird die Sache nur einen informativischen Zweck haben oder es müßte ein Zweiband mit Nachbargemeinden zustande kommen.

Daß die Anregungen und Kritiken unserer Parteigenossen in der Gemeindevertretung zu Friedrichsfelde nicht auf ganz unfruchtbareren Boden gefallen sind, beweist die Tatsache, daß in den neuen Etat ein Posten von 8000 M. zur Fürsorge für Lungenkranke eingestellt werden soll. Die Errichtung einer Fürsorgehülle, von wo aus alle Ermittlungen erfolgen, ist geplant. Hoffentlich werden dazu Leute gewählt, die auch das richtige Verständnis für die Sache haben.

Gerichts-Zeitung.

Eine kleine Geschichte aus der großen Stadt, wie sie nicht allzu selten ist, wurde gestern der neunten Straßammer des Landgerichts I in einer Anklage gegen die Kaiserin Marie K. aus Stettin wegen Kindesaussetzung vorgebracht. Der Vater der Angeklagten

war Kapitän eines Handelsschiffes, welches von Stettin nach Petersburg fuhr. Vor etwa zehn Jahren starb der Vater und die Angeklagte mußte sich mit der Mutter etwas kümmerlich durch die Welt schlagen. Die Mutter vermietete Zimmer, sie selbst half durch Näharbeiten den Lebensunterhalt erwerben. Als dann auch die Mutter starb, ging die Angeklagte von Stettin weg und glaubte hier in Berlin das Glück erlangen zu können. Sie ernährte sich zuerst als Näherin, dann als Adressenschreiberin, aber nirgends konnte sie dauernd festen Fuß fassen. Da lernte sie einen jungen Kaufmann kennen, der sie bald ganz in seinem Sinne hatte und dem sie sich hingab, in der Erwartung, daß aus dem Liebesverhältnis eine Heirat werden würde. Sie sah sich aber in ihren Hoffnungen getäuscht, denn eines Tages nach einem ersten Zwist trennte sich der junge Mann ohne Abschied von ihr und war aus Berlin verschwunden. Monatelang arbeitete das Mädchen wieder als Adressenschreiberin bis ihr körperlicher Zustand sie am 15. Juli zwang, sich in die Charité zu begeben. Dort gab sie an demselben Tage einem Kinde das Leben. Als sie nach mehreren Tagen aus der Charité entlassen wurde, befand sie sich mit dem Kinde gegenüber dem Nichts. Ihre Wirtin wollte sie mit diesem Zuwachs nicht behalten, sie selbst konnte das kleine Wesen nicht versorgen, da sie auf Arbeit gehen mußte. Wie sie behauptet, ist sie mit dem Kinde zu 4—5 Anhalten, einem Heim in der Dorotheenstraße, einem solchen in Schöneberg, in der Kastanien-Allee, in der Blumenstraße und schließlich nach einem katholischen Stift gegangen — überall war der Weg vergeblich, denn es wurde teils verlangt, daß sie bei dem Kinde bleiben solle, teils war kein Platz vorhanden. Ihr letzter Versuch war, das Kind durch eine Annonce auszugeben, es fanden sich aber keine Bewerber dafür und so griff sie denn am 25. Juli zu einem Mittel der Vergeßlichkeit. Sie wickelte das Kind, nachdem sie ihm Nahrung gegeben, sorgfältig ein und legte es auf die Bordtreppe des Hauses Alexanderstraße 27b, wo sie es seinem Schicksal überließ. Ein Schulmädchen, welches für die Mutter Einkäufe machen sollte, fand das Bündel auf der Treppe und sorgte dafür, daß das Bündelchen zunächst Aufnahme bei ihren Eltern fand. Nachdem man es mit Juckerwasser gefüllt hatte, wurde zur Postzeit geschickt und diese sorgte für die Ueberführung des jungen Erbenbürgers nach dem Waisenhaus. Durch einen anonymen Brief wurde die Angeklagte als die Mutter ermittelt. Der Staatsanwalt beauftragte gegen sie sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagte versicherte, daß sie nur aus Not und Verzweiflung gehandelt und die feste Ueberzeugung gehabt habe, daß das Kind nicht hilflos sei, weil es sich um ein sehr belebtes Haus handelte, in welchem reger Verkehr sich entswickele. Das Gericht glaubte ihr dies und sprach sie frei, da sie der Meinung sein konnte, daß unter den hier obwaltenden Umständen das Kind nicht in hilfloser Lage verlassen worden sei.

Soziales.

Kommunale Festsetzung der Fleischpreise.

Aus Stuttgart meldet uns ein Privattelegramm: Zwischen der Stadt Stuttgart und der Fleischermunftung wurde ein Vertrag mit fünfjähriger Dauer abgeschlossen, wonach die Fleischermunftung anlässlich der Aushebung des Fleischpreises sich verpflichtet, den Fleischpreis am 1. April um 3 Pfennig pro Pfund zu ermäßigen, während weiterhin die Festsetzung des Fleischpreises durch eine gemeinsame Kommission erfolgen soll. Dagegen verzichtet die Stadt für die Dauer des Vertrages auf die Errichtung einer Gemeindefleischerei.

Wenn der Verzicht auf die Errichtung einer Gemeindefleischerei auch eine sozialpolitische Halbheit ist, so bleibt das Unternehmen der Stuttgarter Gemeindebehörden eine rühmende Maßnahme. Und der Berliner Kommunalrat?

Eine Warnung an deutsche Bergarbeiter.

In den Vereinigten Staaten fanden oft Mienenkämpfe der Bergleute statt. Vereinzelt, häufig ganz bedeutende Streiks, sind fast immer in irgend einem großen Teile des Landes an der Tagesordnung. Gegenwärtig streiken 6000 Kohlenarbeiter im Staate Alabama, die schon seit letzten Juni um die Anerkennung ihrer Organisation ringen. In amerikanischen Arbeiterblättern ist als eine Warnung für deutsche Bergleute zu lesen: Es haben sich einwandernde Arbeiter, namentlich von Deutschland, durch Streikbrecher-Verbrechen verurteilt lassen, nach den Kohlengruben Alabamas zu gehen. Es wird ihnen vorgelassen, daß dort neue Gruben eröffnet werden. Sobald sie das Werkgebeid angenommen, sind die mit der Sprache und den Verhältnissen nicht vertrauten Arbeiter hilflos. In Spezialwaggons werden sie direkt nach den Kohlengruben gebracht und dort von bewaffneten Agenten Pinkertons überwacht, und so weit wie möglich von der Außenwelt abgeschnitten. Es fällt den Streikern sehr schwer, mit ihnen in Verbindung zu treten und sie von der Sachlage zu unterrichten. Vor zwei Wochen gelang es, fünfzig deutsche Einwanderer aus den Gruben zu holen, aber in den nächsten drei Tagen waren wieder vierzig neue, ebenfalls Deutsche, angekommen. Ohne die Anerkennung der Organisation, um welche Forderung es sich hierbei hauptsächlich handelt, wären die Kohlenarbeiter der Willkür der Grubenbesitzer preisgegeben. Da das fremde Element gerade unter den Kohlengruben sehr stark vertreten ist, so ist die Organisation keine leichte Sache. Die Führung liegt meist in den Händen von Amerikanern und Irländern, die es gut verstehen, den Leuten klarzumachen, daß die Organisation ihre beste Mäntelung ist, daß dadurch allein ihnen Garantie geboten ist, daß die ohnehin sehr geringen Löhne nicht verkleinert werden und die Arbeitszeit nicht über Gebühr ausgedehnt wird.

Ein mißglückter Kompetenzkonflikt.

Es ist in Preußen zum herrschenden Schem geworden, daß die Regierung Beamte, die in Ausübung ihres Amtes die Grenzen des Geleges überschreiten, der strafrechtlichen Verantwortung durch Erhebung des Konflikts entzieht. Dieses Verfahren muß geradezu als Verleitung zum Mißbrauch der Amtsgewalt betrachtet werden. Um so erfreulicher ist es, daß ein Fall zu verzeichnen ist, in dem das Ober-Verwaltungsgericht den zu Gunsten eines Landrats erhobenen Konflikt als unbegründet verworfen — der Kläger war allerdings ein Gutbesitzer und Kreisbauhelfer. Der Landrat Freiherr v. Schudmann zu Steinau a. D. hatte kürzlich der Hochwasserrent im Jahre 1903 seinen Urlaub und befand sich auf einer Hochtour in den Alpen. In einer Herrngesellschaft ließ sich der Gutbesitzer Jeltich, ein Kreisbauhelfermitglied, zugleich Mitglied des Kreisrats und der Landwirtschaftskammer, über die Abwesenheit des Landrats in der schweren Zeit kritisch aus. Man lehnte gerade an jenem Tage der Landrat, seinen Urlaub unterbrechend, nach Steinau zurück. Sein Sekretär erzählte ihm, Jeltich habe sich scharf über ihn ausgeprochen und auf seine Verteidigung gesagt: „Ihm und dem Landrat schwinde freilich bei dem Hochwasser kein Gehalt weg“. Im nächsten Tage war eine Sitzung des Hilfskomitees für die Ueberschwemmten, dem der Kreisbauhelfer angehörte. Jeltich war da und auch der Landrat. Herr von Schudmann wies in der Sitzung gleich zu Beginn darauf hin, daß ihm wegen seiner Abwesenheit bei der Hochwasserrent kein Vorwurf zu machen sei, und gebrauchte dabei die Worte, ein Mitglied des Kreisbauhelfers „habe sich nicht entblödet“, über seinen Landrat in herabwürdigender Weise zu sprechen. Die heftigen Auslassungen des Landrats veranlaßten Herrn Jeltich, die Sitzung zu verlassen und sein Amt als Kreisbauhelfermitglied niederzulegen. Vom Landrat erhielt er dann noch einen Brief, worin v. Schudmann noch einmal darlegte, daß ihn der Vorwurf der Pflichtvergessenheit nicht treffen könne. Weiter führte der Landrat aus, er habe sich groß in dem Charakter Jeltichs gefügt und jedes Vertrauen zu ihm verloren; er werde jeden privaten und gesellschaftlichen Verkehr mit ihm vollständig meiden. Demnächst erhielt Jeltich ferner einen in geheimer Sitzung gefaßten Beschluß des Kreisbauhelfers, den auch der Landrat mit unterzeichnet hatte, zugestellt, durch den er für unwürdig

erklärt wird, noch ein Kreisamt innezuhaben. Es wird ihm vorgeworfen, sein Amt als Kurator der Kreis-Sparkasse dadurch mißbraucht zu haben, daß er jemanden zu einer Hypothek aus der Sparkasse beschaffen habe, um einen Gutskauf zu sichern, bei dem er als Verkaufsvermittler 500 M. verdiente. Der Kreisbauhelfer forderte J. auf, seine Kreisämter alle niederzulegen, widrigenfalls werde man weitere Schritte tun.

Wegen schwerer Verleumdung, begangen durch die Rede und den Brief des Landrats, sowie wegen dessen Mitwirkung bei dem Beschluß des Kreisbauhelfers, verlagte darauf Herr Jeltich den Landrat von Steinau. Die Regierung in Preußen erhob zugunsten des Landrats den Konflikt und verlangte die Einstellung des Verfahrens gegen den Landrat, weil dieser sich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. — Vor dem Ober-Verwaltungsgericht, welche darüber zu befinden hatte, erschien Herr Jeltich persönlich. Vor allem wandte er sich gegen den Beschluß des Kreisbauhelfers. Es möge ihm durch Verwerfung des Konflikts wenigstens ermöglicht werden, durch eibliche Zeugenvernehmungen festzustellen, daß die Hypothekenauflegenheit absolut nichts mit den 500 M. zu tun habe, welche er bei dem von ihm vermittelten Gutskauf erhielt. Die Hypothek hätte der Mann sogar an anderer Stelle billiger haben können. Die 500 M. seien lediglich seine (Jeltichs) Provision für die Vermittlung des Gutskaufes gewesen. Er habe sich in seinem Kuratoramt nichts zu schulden kommen lassen.

Das Ober-Verwaltungsgericht verworfen den Konflikt der Regierung als unbegründet und entschied, daß dem Verfahren gegen den Landrat wegen Verleumdung Jeltichs Fortgang zu geben sei. Aus der Begründung ist wesentlich: Erhöht der beschuldigte Landrat durch den Kreisbauhelfer, daß der Privatkläger sein Verhalten und sein Ausbleiben während der Hochwasserrent in unberechtigter Weise kritisiert habe, so sei er berechtigt gewesen, bei passender Gelegenheit sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Die Lebhaftigkeit des Tons lasse die Abwehr noch nicht zu einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse werden. Der Landrat habe aber seine Amtsbefugnisse schon dadurch überschritten, daß er mit Bezug auf den Kläger die Wendung brauchte, „er habe sich nicht entblödet“. Der allgemeine Sprachgebrauch stelle dies gleich dem nicht viel stärkeren „sich erschrecken“. Beides weise auf eine schamlose Handlung hin. Einen solchen abfolgenden Vorwurf habe der Landrat dem Privatkläger nicht machen dürfen. In dem Briefe sei der Landrat ebenfalls über die Grenzen der Abwehr hinausgegangen, indem er sich auf eine Kritik des Charakters des Privatklägers eingelassen und geäußert habe, daß ihm jedes Vertrauen zu dem Kläger abhanden gekommen sei. Völlig unzulässig sei der Beschluß des Kreisbauhelfers. Der Kreisbauhelfer hätte höchstens den Regierungspräsidenten Mitteilung machen dürfen und hätte es ihm dann überlassen müssen, ob er ein Disziplinarverfahren einleiten wolle oder nicht. Der Kreisbauhelfer sei nicht befugt gewesen, J. wegen der Annahme einer Amtsbefugnis aufzufordern, seine Ämter im Kreisrat und in der Landwirtschaftskammer niederzulegen. Nicht einmal der Kreisrat selbst noch die Landwirtschaftskammer dürften solche Beschlüsse fassen. Der Kreisrat habe nach allen Richtungen seine Amtsbefugnisse überschritten und an der Ueberschreitung habe sich der Landrat beteiligt, da er mitgewirkt und den Beschluß mit unterschrieben habe. — Somit wäre in allen drei Punkten dem Verfahren freier Lauf zu lassen.

Im Stadium der Vorbereitung! Der Bundesrat hat von dem ihm auf Grund des § 120a erteilten Ermächtigung, Verordnungen zum Schutze der Arbeiter zu erlassen, einen wenig umfangreichen Gebrauch gemacht.

Für die weitere Ausführung des § 120a der Gewerbe-Ordnung soll nunmehr in Anknüpfung an Verträge, welche die Gewerbe-Aufsichtsbeamten schon von einiger Zeit auftragsmäßig erstattet haben, in Aussicht genommen worden sein, nach einem einseitigen, möglichst für alle in Betracht kommenden Gebiete im voraus aufgestellten Plane vorzugehen. Ein solcher Plan soll in nächster Zeit im Reichsamt des Innern mit einer Anzahl erfahrener Gewerbe-Aufsichtsbeamten beraten werden.

Wenn es sich um Arbeiter-Versicherung-Bestimmungen handelte, hat das Reichsamt des Innern die „Erwägungen“ bisher in das Unendliche ausgedehnt. Die Arbeiterorganisationen haben genügende Beweise für die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Verordnungen für die verschiedensten Betriebe seit Jahren beigebracht, an Material kann es also dem Reichsamt nicht mangeln.

Bei den Kaufmannsgerichtswählern in Stettin gaben von 1031 eingetragenen Handlungsgesellen-Wählern nur 721 ihre Stimme ab. Auf die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgesellen und -Geschäftsinnen entfielen 94 Stimmen, während 4 vereinigte freiwirtschafts-antifeministische Vereine 512 und der Hamburger Kommissverein 109 Stimmen aufbrachten. Der Zentralverband stellt 4 Vertreter. Der Erfolg der klassenbewußten Handlungsgesellen ist nicht gering zu veranschlagen, da ihre Organisation nur 21 Mitglieder zählt, während die gegnerischen Vereine eine Mitgliederzahl von 2200 aufweisen.

Verfammlungen.

Der Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am 25. Januar im großen Saale des Gewerkschaftshauses seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Bräuner gab den Geschäftsbericht, indem er auf den gedruckten vorliegenden Jahresbericht der Ortsverwaltung und der Vertrauenspersonen hinwies und einiges daraus hervorhob. Die Tätigkeit der Verwaltung habe sich erheblich vermehrt im verfloffenen Jahre, das zeigte schon die Zahlen der Verhandlungen mit den Fabrikanten von 1903 und 1904. Im Jahre 1903 seien nur 30 Verhandlungen erforderlich gewesen, im Jahre 1904 dagegen 140. Auch die Zahl der notwendigen Sitzungen sei ganz erheblich in die Höhe gegangen. Aus dem unangenehmen Ausgang des Luruspapierarbeiter-Streiks müsse man lernen, die unorganisierte Masse immer noch mehr zum Verband heranzuziehen. Die Zahlstelle sei im verfloffenen Jahre um über 1000 Mitglieder gewachsen, von 4808 auf 5858 Mitglieder. Interessant sei, daß die Zahlstelle vor elf Jahren erst 1000 Mitglieder hatte. Bräuner schloß den Bericht mit der Erklärung, die Ortsverwaltung könne ihr Mandat mit dem Bewußtsein wieder in die Hände der Mitglieder legen, ihre Schuldigkeit getan zu haben. Zur Diskussion nahm zuerst Hankel, der zweite Bevollmächtigte, das Wort und mißbilligte unter anderem verschiedene Maßnahmen der Ortsverwaltung. Auch ist er nicht mit dem Beschluß des Verbandstages einverstanden, durch den einer der Delegierten zum Vertreter auf dem nächsten Gewerkschaftskongress gewählt worden ist. Die Berliner Delegierten hätten dieser Beschränkung der Selbstverwaltung nicht zustimmen dürfen. Die Berliner Zahlstelle müßte das Recht haben, selbst einen Delegierten zum Gewerkschaftskongress zu wählen. — Krauß verteidigte in längerer Darlegung die Lohnkommission und die Vertrauenspersonen der Luruspapier-Branche gegen den Vorwurf, daß der Mißerfolg des Streiks der Branche zum Teil auf ungenügende Vorbereitungen mit zurückzuführen sei. Weiter wandte er sich gegen andere kritische Äußerungen Hankels, die er als ungerichtet zurückwies. — Marcus wies darauf hin, daß der Jahresbericht das nächste Mal nicht erst in der Versammlung verteilt, sondern den Mitgliedern schon acht Tage vorher zugänglich gemacht werde. Nachdem noch Krauß über den Streik der Luruspapierarbeiter gesprochen und ausgedehnt hatte, daß der Mangel einer organisierten und disziplinierten Masse in dieser Branche Schuld am Ausgang des Streiks sei, wies Bräuner (der Bureaubeamte) und Bräuner in seinem Schlusswort die Angriffe Hankels zurück, soweit sie die Ortsverwaltung als solche angingen. Man erledigte dann gleich auf Wunsch der Versammlung eine Reihe von Anträgen und Anträgen. So wurde beschloffen, einer Kollegin in einer Sache, die ihren Ausgang im Streit hatte, Rechtsschutz zu gewähren, obwohl die betreffende nur einen Beitrag gezahlt hatte und auf der Streichungsliste stand. Anträge von Sartorius, einige schon vom Vorstande scharfgerichtete Mitglieder wegen unsolidarischen Verhaltens

auszuschließen, wurden einer Kommission überwiesen. — Den streitenden Bergarbeitern im Pflanzrevier wurden 1000 Mark bewilligt. — Die Ausschüsse im Verbandsbureau, die in der Debatte eine gewisse Rolle gespielt hatte, soll nach einem weiteren Beschluß mindestens bis zur nächsten Versammlung beibehalten werden, in welcher die Anträge, betreffend Anstellung eines dritten Beamten, zu erledigen sind. Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschickte sich in seiner Versammlung am Mittwoch mit der Frage, ob es angebracht sei, zum kommenden Frühjahr Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Gehl, der die Besprechung einleitete, verwies darauf, daß die Vertreter des Zentralverbandes mit den Unternehmern in der Kitzbühner-Kommission zurzeit wegen Verlängerung des bestehenden Vertrages verhandeln. Wie Redner erfahren habe, hätten die Unternehmer in der ersten Sitzung der Kitzbühner-Kommission, welche die Vertragsverhandlungen einleitete, den Standpunkt vertreten, die Maurer müßten bei einer Verlängerung des Vertrages in eine Lohnherabsetzung willigen, berart, daß der gegenwärtige Stundenlohn von 70 Pf. im bevorstehenden Baujahr auf 67 1/2 Pf. und in dem dann folgenden Baujahr auf 65 Pf. erniedrigt werde. Unter dieser Bedingung wollten die Unternehmer den Vertrag auf zwei Jahre verlängern. Dieser Standpunkt sei damit begründet worden, daß das Angebot von Wohnungen jetzt größer und die Mieten deshalb billiger geworden seien. Ein Grund, der natürlich in keiner Weise zutrifft. Die Unternehmer hätten auch wohl die Ausichtslosigkeit ihres Verlans erkannt und ihren Standpunkt in der folgenden Sitzung der Kitzbühner-Kommission verlassen, von einer Lohnherabsetzung sei also nicht mehr die Rede. — Angesichts dieser Tatsachen — meinte der Redner — müßten die Kollegen vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. Es werde sich empfehlen, für das kommende Frühjahr eine Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern und den Vorstand zu beauftragen, daß er diese Forderungen formuliere und sie den Unternehmern einreiche. Der Redner empfahl den Kollegen, seinen Vorschlag eingehend zu erörtern. — Da die Versammlung nur schwach besucht war, so wurde nach kurzer Diskussion beschlossen, den Vorschlag Gehls in den nächsten Versammlung in der nächsten Vereinsversammlung darüber Beschluß zu fassen. — Hierauf erstattete Witte Bericht über die 14. Konferenz, an den Bericht schloß sich eine längere Besprechung über einzelne Konferenzbeschlüsse. Durch die Annahme einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen der 14. Konferenz einverstanden.

Das Mitglied Krankmann wurde wegen Affordarbeitens ausgeschlossen.

Schließlich forderte der Vorsitzende Meyle die Kollegen auf, für die streitenden Bergarbeiter rege und nach besten Kräften auf die von der Partei herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Weißensee. Die Protestversammlung, welche am Dienstag im Vereinshaus tagte, folgte den Ausführungen des Genossen Kogke über den Bergarbeiterstreik mit größter Aufmerksamkeit. Besondere Entrüstung rief die Darstellung hervor, die die Grubenherren in ihrer Unternehmerrationalität schilderte. Mit einem Appell an die Versammelten, ihre Solidarität den Bergarbeitern in besonders kräftiger Art zu beweisen, schloß der Referent seine Ausführungen unter stürmischem Beifall der Versammlung. Als erster Redner machte der Anarchist Frauböse für den Generalstreik Propaganda. Die Versammlung lehnte es jedoch ab, näher auf dieses Thema einzugehen, und forderte Kogke den Herrn auf, in einer anderen Versammlung zu diesem Thema zu sprechen; er würde ihm seine Ansichten entgegenstellen. Die Resolution, welche seitens der Vertrauensleute Berlins der Versammlung unterbreitet wurde, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Eine von Herrn Fritz Müller gestellte Resolution, welche den Generalstreik empfahl, war durch die angenommenen erledigt. Die Zellersammlung wurde auf einen Antrag hin fortgesetzt. Mit einem Hoch auf die Bergarbeiter-Bewegung schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Vermischtes.

Ein furchtbares Unwetter hat in New York großes Unheil angerichtet: Der Schneesturm am Mittwoch nachmittag richtete noch größeren Schaden an als der im Jahre 1888. Ein Zug der Cleveland-Cincinnati-Eisenbahn entgleiste; 15 Personen erlitten dabei Verletzungen. Die elektrischen Wagen auf dem Broadway in New York stellten die Fahrten ein. Der Wagenverkehr mit dem Hafen und in den Straßen mußte fast vollständig aufhören. Mehr als 100 Personen wurden in Tragbahnen von der Straße weggebracht. — Aus verschiedenen Landesteilen laufen Meldungen über Eisenbahnunfälle ein. Einzelheiten fehlen wegen Unterbrechung der telegraphischen Verbindung. — Der Sturm wehte gestern eine Mauer der Kipsbah-Bräuerei in New York um, in der ein Brand entstanden war. Die Mauer begrub zwölf Feuerwehrleute unter den Trümmern.

Die Warenhausbombe. Unter Parteiblatt in Breslau berichtet: Montag abend gegen 10 1/2 Uhr wurde an dem neuen Kaufhaus der Herren Gebrüder Barack eine der großen Schaufensterscheiben am Hintermarkt durch eine Sprengbombe zerschmettert. Man fand am Tatort eine etwa 15 Zentimeter im Quadrat große Restinghülle vor, die mit Sprengstoff gefüllt und vor dem Attentat verlobt war. Ueber die Art der Entzündung, sowie über den Täter herrscht noch völlige Ungeklärtheit. Die Explosion war so stark, daß eine starke Eisenstange, die längs des Schaufensters sich befindet, verbogen und in dieses hineingetrieben wurde. Die Bombe bestand aus einer Blechbüchse, die neben dem Pulver mit Steinen gefüllt war. Anscheinend ist die Bombe an demselben Tage gefertigt worden, da sich Reste eines Zeitungsblattes mit dem Datum des 23. Januar vorfanden. Der Täter hatte die Büchse mit Draht an einer Schaufensterstange befestigt. Die zerschmetterte Scheibe hatte einen Wert von 500 M. Im Schaufensterraum sind durch die Explosion verschiedene Dekorationsgegenstände beschädigt worden. Spahvögel verbreiteten die Nachricht, daß die Bombe von fanatisierten Mittelständlern gelegt worden sei, um die Warenhaus-Revolution zu inszenieren.

Katastrophe im Bergwerk. Nach einem Telegramm aus Angers (Dep. Maine et Loire) riß in den benachbarten Schieferbrüchen von Arville gestern abend während der Ansfahrt von 15 Personen das Seil des Förderkorbes in einer Höhe von 150 Meter. Der Korb stürzte in die Tiefe und alle 15 Personen wurden getötet.

Ein schweres Verbrechen wurde in Köln durch einen jungen Mann verübt, der von zwei Verbrechern, darunter ein Ausreißer aus Wilhelmshafen, gedungen worden war, um ein Goldwarengeschäft an der Severinstrasse auszurauben und bei etwaigem Widerstande den Besitzer zu erschlagen. Der junge Mann ging scheinbar auf den Vorschlag ein, verriet die Sache aber der Kriminalpolizei. Beamte versteckten sich hinter dem Laden und eilten herbei, als die Verbrecher Einkäufe zu machen versuchten. In ihrem Besitz befanden sich Brecheisen und sonstige Einbrechergeräte und Wodwaffen. Die Einbrecher wurden verhaftet.

Löffelstiele im Magen. Im Hamburger Untersuchungsgefängnis befindet sich ein alter Zuchthändler, der behauptete, er habe zwei lange Löffelstiele verschluckt. Die Behörde glaubte dies aber nicht, sondern meinte, der Zuchthändler wolle nur den „wilden Mann“ spielen. Am Dienstag nachmittag wurde der Sträfling in Begleitung zweier Kriminalbeamten nach dem Neuen Allgemeinen Krankenhaus in Eppendorf geschafft und mit Röntgenstrahlen durchleuchtet. Dabei wurde festgestellt, daß der Mann tatsächlich zwei lange Löffelstiele im Magen hatte.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. 21. Ueber Verwendung der städtischen Grundstücke Gerichtsstraße 48-52 ist noch nichts bestimmt. — J. M. 16. Kolonialische Armenunterstützungsanstalt, verwaltet von der Stützungsdeputation des Magistrats; Bureau: Poststr. 16. — R. 44. Altersversicherungsanstalt Kaiser Wilhelm- und Auguste-Stiftung, Schulstr. 97/98. Bedingungen: Ehemann über 60 Jahre, Ehefrau über 50 Jahre, beide mindestens fünf Jahre in Berlin. Weiteres beim Kuratoriumsvorsitzenden Stadtrat Haack, Schiffbauerdamm 26.

Ihre Anfrage war unvollständig. Genaue Auskunft über Hofpfläzer usw. ist uns nur möglich, wenn angegeben wird: Geburtsjahr, Geburtsort, eventuell Zeit des Zuganges nach Berlin, auch Beruf und Konfession. — Berlin 1901. Verein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen, Vorsitzende Fr. Pred. Hofbach, Kurfürstentstr. 66.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

S. G. Pantow 87. Liegt, wie es scheint, aber aus Ihrer Darstellung nicht mit Sicherheit hervor, ein Testament vor, so erben ohne Rücksicht auf die Erben mit der Erblasserin verlobt oder verlobt gewesen waren, die Liegt kein Testament vor, so erben die Geschwister der Verstorbenen und die Geschwisterkinder. Wo das Vermögen der Verstorbenen herkommt, ist für die Höhe der Erbteile völlig gleichgültig. Es erben in Ihrem Falle, wenn kein Testament vorliegt, da weder Kinder noch Eltern die Verstorbenen überlebt haben, die Geschwister der Verstorbenen auf gleichen Stellen: an Stelle der verstorbenen Geschwister treten deren Abkömmlinge (Söhne, Töchter, Enkel usw.) Bezüglich der noch auf den Namen des Vaters der Verstorbenen eingetragenen Hypothek muß der Eigentumsübergang auf die Verstorbenen nachgewiesen werden. — J. L. 76. 1. Weiterleben ist anzunehmen. Durch dies Weiterleben erhalten Sie Ihre Ansprüche aufrecht. Sie müssen mindestens 40 Mark im Monat für Ihren Lebensbedarf, die Klasse ist gleichgültig. 2. Wegen der Solidarität der Klassen sind Bedenken nicht erhoben. Sineswegs sind diese Klassen mit den Schwindeltassen identisch, vor denen wir vielfach gewarnt haben. — Zeitung 1000. Eine Zeitungsträgerin ist, falls sie nicht als selbstständige Gewerbetreibende fungiert, Gewerbeschäftigte. Als solche besteht für und gegen sie eine Litigende Kündigungsfrist, falls nichts anderes vereinbart ist. — Parteigenosse. D u n d e k e u e r ist in Berlin für jeden Hund, der in Berlin gehalten wird und ein Alter von drei Monaten erreicht hat, zu zahlen. Der einen Hund anschafft oder in den Besitz eines solchen gelangt, muß diesen binnen acht Tagen entweder durch das vom Hauseigentümer vorgelegte Formular oder besonders bei der Steuerbehörde zur Besteuerung anmelden oder Steuerfreiheit nachsuchen. Wer innerhalb eines Steuerhalbjahres (das ist 1. April bis 30. September und 1. Oktober bis 31. März) einen Steuerpflichtigen Hund anschafft, sowie derjenige, dessen Hund im Laufe des Steuerhalbjahres das Alter von drei Monaten erreicht, hat die Steuer für das ganze laufende Steuerhalbjahr zu zahlen. Ebenso muß die volle Halbjahressteuer erlegt werden, wenn der Besitzer eines Hundes denselben innerhalb des Steuerhalbjahres wieder abgibt oder der Hund stirbt. Wer am 1. Februar einen über drei Monate alten Hund anschafft, muß also die Halbjahressteuer (10 M.) auch dann zahlen, wenn der Hund noch im Februar stirbt. — Gänger. Der von Jönen geschickte Betrieb scheint nicht dem Unfallsgeheim zu unterliegen. Als Fabrik im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes gelten alle Fabriken und ferner alle Betriebe, für welche Dampfmaschinen durch elementare Kraft benutzte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen sowie alle Betriebe, in welchen die Bearbeitung oder Verarbeitung von Gegenständen gewerbmäßig ausgeführt wird und in welchen zu diesem Zweck mindestens zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Endlich stehen den Fabriken im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes die Betriebe gleich, in denen Explosivstoffe oder explodierende Gegenstände gewerbmäßig erzeugt werden. Diese Voraussetzungen scheinen in Ihrem Fall nicht zuzutreffen. Ueber die Zugehörigkeit entscheidet eventuell das Reichs-Verwaltungsamt. — S. Z. 7. Zweck Anstellung eines Auslandspostes müssen Sie sich zunächst an das Bezirkskommando, dann an das Polizeipräsidium wenden. — S. K. 60, 23, 17. Keir. — W. J. Sie können Schlafentzug, falls nichts anderes vereinbart ist, bis am 15. zum nächsten ersten künftigen Pflanz-Akten die von Ihnen erwähnten Einzelheiten nicht, so hätten Sie beim Vermieten dahingehende Vereinbarungen treffen müssen. — W. J. 3a. — R. 8. Sie können bei Bericht darlegen, daß die Mutter einen Bestand nicht mehr gebraucht und Aufhebung der Vormundschaft beantragt. — J. M. 16. Die Annahme, daß einem Altmosenempfänger das Almosen auch dann von Berlin zu zahlen ist, wenn er Berlin verläßt, ist irrig. Ob Armenunterstützung zu zahlen ist, hat der Armenverband zu bestimmen, in dessen Bezirk der Arme sich aufhält. Dieser Armenverband kann dann für sich Erstattung des Vorauslagten vom früheren Armenverband verlangen, wenn der Unterhalt in dem neuen Armenverband noch keinen Unterhaltswohnsitz erworben hat. Erworben wird der Unterhaltswohnsitz in der Regel durch einen ununterbrochenen Aufenthalt von zwei Jahren, innerhalb deren Unterhaltung nicht gezahlt ist. — W. Keir. — S. 61. 1. und 2. Werden Sie sich an den Anwalt, eventuell an das Gericht mit dem Ertragen, ein neues vollstreckbares Erkenntnis Jönen zu erteilen. Dann kann Zwangsvollstreckung versucht werden. 3. Das ist nicht möglich. 4. bis 6. Gedruckt ist fragbar, wenn wegen des Gedrucks die Ehe geschieden und vom beleidigten Ehegatten Antrag gestellt wird. Die Strafe beträgt einen Tag bis 6 Monate Gefängnis. — W. G. 5. Der Standsbeamte kann den Nachweis verlangen, wo die Brautleute im letzten Halbjahre gewohnt haben, weil eventuell auch in den früheren Wohnorten die Brautleute auszuhängen sind. In der Regel begnügt sich der Beamte mit den mündlichen Erfindungen. — W. M. 13. Unbestimm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Sigaros Hochzeit.
Neues königl. Opern-Theater.
1812.
Deutsches. Wasserade.
Berliner. Im bunten Kos.
Festtag. Florian Geier.
Westen. Die neugierigen Frauen.
National. Gute Nacht, Herr Pantalon. — Die Hand. — Die schöne Galathee.
Zentral. Der Zigeunerbaron.
Neues. Der Graf von Charolais.
Thalia. Der große Stern.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Fuhrmann Henschel.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.)
Wallensteins Tod.
Kleinere. Die Neudemähten. Abschiedssooper.
Residenz. Herkulespfeilen.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse.)
Deutsch-Amerikanisches. New York. Luffen. Die milde Katze.
Kafkas. In Vertretung.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Wette. Alliance. Lumpenbambus.
Carl Weiss. Geld und Name.
Wolke. Berliner Luft. Spezialitäten.
Passage-Theater. Bernhardt. Billi Prager. Anf. 8 Uhr.
Herrnsch-Theater. Bring Levy in Albed.

Kleines Theater
Abends 8 Uhr:
Die Neudemähten
Hierauf: Abschiedssooper.
Sonnabend: Die Neudemähten.
Hierauf: Abschiedssooper.
Sonnabend nach 3 Uhr, ermäßigte Preise: Familienidyl. Liebesträume. Serenissimo.
Abds. 8 Uhr: Die Neudemähten.
Hierauf: Abschiedssooper.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Freitag, den 27. Januar 1906:
zum 1. Male:
Gute Nacht, Herr Pantalon.
Die Hand.
Die schöne Galathee.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend: La Traviata.

Zentral-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Zigeunerbaron
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.
(Barintay: Costar Braun).
Sonnabend, zum 1. Male, Kostüm:
Die Furcht.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehar.
Sonnabend nachm. in erster Besetzung:
Die Geisha. Abends: Die Juchheirat.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die wilde Katze.
Morgen: Hasemanns Töchter.
Sonnabend nachm.: Poppenraths Erben. Abends: Die wilde Katze.
Montag: Dr. Fausts Zaubertränkechen.

Residenz-Theater.
Dr. Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespfeilen.
Schwank in 3 Akten von Paul Schaub und R. Hennequin. Deutsch von M. Schömann.
Sonnabend nachmittags 8 Uhr: Der Gattenbräuer.

Carl Weiß-Theater.
Ge. Quantfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr:
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Dorndörchen.
Sonnabend nachm. 8 Uhr (Parlett 60 Pf.): Maria Stuart.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Der geheimnisvolle Hexentisch!!
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft
von Paul Lincke
und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm
mit Golemanns Hundemeute.
! Unerrochter Dressur-Akt!
Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:

Venus auf Erden und Spezialitäten.
Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaendor.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid. Frid. Fritz Massary.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Heute: Keine Vorstellung.
Sonntag, d. 29. Januar, nachmittags: Nischenbräuel. Abends: Leonore.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Anschank der Berliner Bock-Bräuerei.

Zirkus Schumann.
Heute Freitag, den 27. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr:
Gala-Fest-Vorstellung.
Ganz besonders gewähltes Fest-Programm.
Gala-Kostüme. Parade-Uniformen.
Auftritten sämtlicher Kunstkräfte, Damen und Herren in ihren Glanzleistungen.
Die neu engagierten Spezialitäten und der urförmliche Origin. Jan Clermont mit seinem Parodie-Zirkus Dir. Alb. Schumanns neue u. moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Bis jetzt unübertroffener Erfolg! Die große, mit märchenhafter Pracht inszenierte Schumannsche Ausstattungs-Pantomime Eine Nordlandsreise.
Im Strahl der Mitternachtssonne. Komisch-phantasische Pantomime in 7 prachtvollen Bildern.
Reinhalte hier noch nie gesehene Lichteffekte. — Sonntag 2 Ubr., nachm. 3 1/2 U. (1 und 2 Ubr.) Marocco, große Ausstattungs-Pantomime. Abds. 7 1/2 U.: Eine Nordlandsreise. Im Heid. Post. Jan Clermont u. samtl. Spezialitäten.

Kasino-Theater
Volksbühnenstr. 37 (Mosenhale Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2-8 Konzert.
Nur noch bis Montag:
In Vertretung.
Dienstag: Premierabend.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallsteins Tod.
Trauerspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Gelzige.
Hierauf: Der Hexenfang.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Zirkus Busch.
Gr. Fest-Gala-Vorstellung.
Katharina II.
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia-Léonora.
Die Löwenbraut
Miss Claire Heliot
u. d. vorzähl. Gala-Programmnummern

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Gr. Elite-Vorstellung.
Leonore.
Vaterländisches Schauspiel in 5 Akten von Karl v. Hölzel.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Morgen: Das glänzende Januar-Programm.
9 Uhr. Ein Riesen-Lagerfeld! Nur noch wenige Tage:

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum letzten Male:
Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Fiedl-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Keine Vorstellung.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag 5, Sonntag 11 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Littke Carlsen
Willy Prager
14 erschlaffige Nummern.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Lustspielhaus
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendstück: Der Familientag.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen.

Skala-Theater.
Einenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Poffe mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Otto Pritzkows
Abnormalitäten - Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung

Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Deutsch - Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
NEW-YORK
Sonntagnachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Gebrüder Herrnfeld - Theater.
Der bisher unübertroffene lauchstige
Herrnfeld-Schlager
mit seinen hürrisch
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präbital, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und
Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reuter.
De Biere, Zaubermeister.
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigerl.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Sanssouci.
Königlicher Hof - Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzen.
Jed. Dienstag u. Mittwoch
Theater-Abend.
Dienstag, zum 2. Male:
**Kean oder Genie und
Selbsthätigkeit.**

Reichshallen-Theater.
**Stettiner
Sänger.**
Anfang:
Böhmische
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Der neue Januar - Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz.
Konzertfängerin.
ausgezeichnetes **Lyrika - Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin,
sowie alle übrigen erstklass. Spezialität.
Anf. wochent. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Waz u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags, Sonntag.
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:
Tanz.

Bade-Anstalten von H. Kalisch
Bad Königstadt — Bad Landsberg
Gollnowstrasse 41 — Landsbergerstr. 107
verabreichen
**Dampf- und Russische, Elektrische, Lohannis-,
... Wannen- und alle medizinischen Bäder.**
Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1572L*

Grüss Gott, allen lieben Freunden!

Georg Lang'sche Truppe aus München.

== Täglich == **Heute Eröffnung!** == Täglich ==
bis 19. Februar

Das grosse

Münchener Bockbierfest



veranstaltet die weltberühmte Original-Truppe
„GEORG LANG“ aus München
circa 60 Personen, auch in diesem Jahre
nur in dem prachtvoll dekorierten Wintergarten

der **BERLINER
Unions-Brauerei**
Hasenheide 22 - 31.

Die Münchener Gesellschaft „Georg Lang“
setzt sich zusammen aus:

Original Oberländler Musikern, Sängern, Tänzern, Original Münchener Schank-
madeln, Original Münchener Metzger, Original Münchener Würstbraterrinnen.

Original Münchener Festlieder werden jedem Gaste gratis verabreicht.

Anfang Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr; Sonntags von 12 bis 3 Uhr Matinee.

Fröbel's Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 149.
Gastspiel des Bernhard Raso-Theaters:
Heute: Große Extra-Vorstellung!
Der Kaufmann von Venedig.
Schauspiel in 5 Akten, von Shakspeare.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entrée 30 Pf., Nummer. Platz 50 Pf.

Heute:
Frisehe Wurst
Blut- u. Leber-
in bekannter tabel-
lofer Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 99,
Hofparterre.
Frischhilds- und Wittagsstisch.
Sitzungsnummer. Tel. Amt IV, 8729.

Ueberraschend
nicht bei Husten, Heiserkeit,
Hals-, Brust- u. Lungenleiden,
Verschleimung, Asthma etc.
Knöterich-Brusttee
Echt nur mit Marke „Eremit“
in Paketen a 1,-, 3 Pakete 2,75
hier frei Haus. Bei 6 Paketen franco
überall hin. — Eine wissenschaftliche Be-
schleunigung der Wirkung wird er-
zielt durch den gleichzeitigen Gebrauch
von **Reichels**
Bonhon-Pectoral.
1 Pfund 1,20 M., 1/2 Pfund 60 Pf.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Die weltbekannte
Bettfedern-fabrik
Guthausen, Berlin, Prinzen-
str. 46, verleiht gegen Nachnahme
auslandsw. Bettfedern a. Pfd. 50 Pf.,
dünne Federbetten a. Pfd. 2,25,
bessere Federbetten a. Pfd. 3,-,
vorzügliche Federbetten a. Pfd. 3,50.
— Von diesen Federbetten gründen
3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Verpackung frei. Preis u. Proben
gratis. Siehe Anzeigenblätter.

Krug zum grünen Kranze Alexander-Platz
(Grand Hotel) i. K.
Allabendlich: **Großer Bockbier-Trubel**
Carl Südeckes humoristisches Ensemble.
Entrée frei.
3 Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen
zu vergeben.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.
**Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5068.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Leihhaus
Berlin, Antiamerstr. 2, Charlottenburg, Friedrich Karstl. 12.
Belohnung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche,
Kleidungsstücke etc. 1773L*

Zigarren-Versandhaus
No. 28:
Vorzüglichste
6 Pf.-Zigarre
116 mm
lang
Choriner-Str. 16
100 Stück
zur Probe
Mk. 4,50.
„Norden“
Elegante
Masken-
Garderobe
empfehlen zu den
folgenden Größen
Fr. Pankin
Oranienstr. 178,
2 Treppen rechts.
Gute Arbeit.
Bitte genau auf die Haus-
nummer zu achten. 1693L*

Arbeiter - Bildungs - Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Lehrplan für das I. Quartal 1905.

Unter-richtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-tag
National-ökonomie	Theoretische Nationalökonomie, II. Teil. (Wiederholung d. Grundbegriffe — Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn — die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung.)	Schriftst. Max Grunwald	Montag
Ge-schichte	Die Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution. (Der Umschwung im Völkerleben durch die großen Entdeckungen und Erfindungen: Buchdrucker-kunst, Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges; die Folgen der Kirchenspaltung und Reformation. — Die europäischen Wirren während des 30jährigen Krieges. — Die Zeit der Aufklärung und die Vorbereitung der fran-zösischen Revolution.)	Schrift-steller Dr. Mauren-brecher	Dienstag
Natur-Er-kenntnis	Entwicklungsgeschichte der Lebewesen. (Das organische Leben. — Der Ursprung des Lebens auf der Erde. — Die Grundtatsachen der Entwicklung der organischen Welt. — Die ältesten Spuren organischen Lebens auf der Erde. — Das erste Auftreten der Wirbeltiere auf der Erde. — Im Farnwald der Steinkohlenzeit. — Das erste Auftreten der Säugetiere auf der Erde. — Das Zeitalter der Fisch-eiszeiten. — Die Kreidezeit. — Die Tertiärzeit. — Die Eiszeit. — Die ersten Menschen.)	Schriftst. M. H. Baoge	Mittwoch
Gesetz-es-kunde	Die Verfassung des Deutschen Reiches. (Wesen und Entwicklung des Staates. Die Staatsformen, Staat und Recht, das Staatsrecht. — Die Entwicklung von Recht und Staat in Deutschland. Das alte Reich und seine Auf-lösung. Einheits- und Verfassungs-kämpfe. Die Reichsverfassung von 1849. Die Entstehung des Deut-schen Reiches. — Grundlagen der Reichsverfassung. Das Wesen des Bundesstaates. Der Souverän des Reichs. Bundesrat und Kaiser. Die Staatsbürgerrechte. Staats-Angehörigkeit, Freizügigkeit, Wahl-recht. — Der Reichstag. Die Reichs-gesetzgebung. — Die innere Ver-waltung des Reichs. Reichskanzler und Reichsämter. — Heer und Flotte. Die Militär-gesetzgebung. — Die Reichsfinanzen. Steuer- und Zoll-gesetze. — Die Reichsbetriebe (Reichspost usw.). — Das Reichsland Elsaß-Lothringen. — Die völker-rechtliche Stellung des Reichs, die Schutzgebiete. — Die Entwicklung der Reichsgesetzgebung. — Das Reich und die nationalen Ideen. — Das Reich und die Sozialpolitik. — Die Sozialdemokratie und das Reich.)	Schrift-steller Simon Katzen-stein	Donners-tag
Rede-Uebung	Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schriftst. Dr. Mauren-brecher	Freitag
Fortschr.-Kursus in National-ökonomie	Staatswissenschaftliche praktische Uebungen. (Die neuen Handelsverträge.)	Schriftst. Max Grunwald	Sonntag

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 16. Januar; **Geschichte** Dienstag, den 24. Januar; **Natur-Erkenntnis** Mittwoch, den 18. Januar; **Gesetzeskunde** Donnerstag, den 19. Januar; **Rede-Uebung** Freitag, den 27. Januar; **Fortschrittskursus** Sonntag, den 22. Januar.
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.
Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.
Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstraße 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Demminerstraße 52; **Krause**, Müllerstraße 7a; **Horsch**, Engel-Ufer 15.
Alle **Zuschriften** sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin SW. 47, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.
Der Vorstand.

Achtung! Gewerkschaftshaus. Achtung!
Freitag, den 27. Januar 1905:
Bock-Anstich
verbunden mit
Wellfleisch-Essen. 1596L*

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz.
108-114.
Vom 1. bis inkl. 12. Februar 1905:
Großes bayrisches Bockbierfest
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen,
veranstaltet vom ober-bayrischen Festwirt **Georg Ehrngruber**
mit seiner 30 Mann starken Kapelle 1875L*
D'Oberländer (in Nationalkostüm).
Großer Bock-Jubel und Trubel!
Absingen der neuesten und fidelsten Bocklieder.
Ausschank von vorzüglichem **Bergschloss-Bock.**
Verabreichung von vorzügl. Original Nürnberger Restbratwürstchen.
Bedienung von 30 fischen bayrischen Mad'ln (in National-kostüm).
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entrée: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 | Entrée: Sonntags 50

Achtung! VI. Wahlkreis! (Schönhausen-Vorstadt.)

Sonntag, 29. Januar, abends 5 1/2 Uhr, in den „Verolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28:

Verammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Kiesel über: „Die Stellung der Frauen im Klassenkampf“. 2. Diskussion. — Nach der Verammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. 219/5. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118.)

Sonntag, den 12. Februar 1905, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Wisse, Brunnenstraße Nr. 188:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Abrechnung des Kassierers, sowie Bericht der Revisoren. 2. Ersatzwahl des Vorstandes: erster Kassierer, zweiter Vorsitzender, zwei Beisitzer und vier Erfahrmänner. 3. Wahl des Ausschusses und vier Erfahrmänner. 4. Andere Anwesenheiten.

Der Vorstand. Der Ausschuss.
H. H. Heinrich Metzke. H. H. Otto Panzer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einseher. Achtung!

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Branchen-Versammlung.

Die Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt in der Verammlung.
NB. Der Obmann der Bauarbeiter wird um sein Erscheinen gebeten. Die Kommissionsmitglieder werden ersucht, um 9 1/2 Uhr dort zu sein. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Treppengeländer-Branchie.

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:

Versammlung

aller in Treppengeländerfabriken beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung: 1. Die augenblickliche Lage und Anträge der Kommission. 2. Diskussion. — Die Kollegen werden ersucht, alle Mann zu erscheinen. Die Kommission.

Achtung! Städtische Arbeiter. Achtung!

Filiale Gross-Berlin.

Sonntag, den 28. Januar, im großen Saale der „Neuen Welt“, Gartenstraße 108/114:

Grosser Wiener Maskenball.

Die Musik wird von zwei Kapellen ausgeführt.
Um 12 Uhr Demasierung; vorher große Gratisverlosung wertvoller Geschenke für Masken. Um 1 Uhr Kaffeepause, während derselben satirisch-komische Vorträge, ausgeführt vom „Berliner Uik-Trio“. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Hierzu ladet ergebenst ein Das Komitee.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 29. Januar, abends 5 Uhr, im Tempelhofer „Tivoli“, Berlinerstraße 50:
Vereins-Vergnügen
Gefellige Unterhaltung und Tanz.
Die Mitglieder mit ihren Angehörigen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. 258/1. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Dachdecker-Hilfsarbeiter Achtung!

Berlin und Umgegend.
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 29. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr:
Sektions-Versammlung
aller im Dachdeckerbetriebe beschäftigt. Hilfsarbeiter Berlins u. Umg.
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5).
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Dachdecker-Hilfsarbeiter und wie sie dieselbe zu verbessern. Referent: Kollege G. Heinemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 32/3.
Kollegen! In Anbetracht unserer wirtschaftlichen Lage ist Euer Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Sonntag, den 29. Januar 1905, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher
im gr. Saale des Vereins Berliner Musiker (Karl Elsner), Kaiser Wilhelmstraße Nr. 18a. 111/4.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Wurm über: „Gewerblicher Gesundheitschutz und Arbeitszeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kein zur Branche gehöriger Kollege darf in dieser Versammlung fehlen; auch werden die Kollegen gebeten, recht pünktlich zu erscheinen, da der Saal um 1 Uhr geräumt werden muß.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf.

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.
Sitzung jeden Donnerstag 9 Uhr im Lokale des Herrn S. Ziel, Bergstraße 151/152. Montag, den 30. Januar, 11 Uhr. Wegen wichtiger Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, zu erscheinen. — 29. Januar: Beschäftigung der Wohlfahrts-Ausschüsse. Treffpunkt 1 Uhr Kottbusser Tor (Hochbahn) ohne Rad. — Am 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, Unionsbrauerei: Vorkfest. — Am 12. Februar, vormittags 9 Uhr: Kegelschießen. — Am 18. Februar unter Mastenball, wozu Gönner und Freunde herzlich eingeladen sind. — 26. Februar: Vortrag über „Rabel und Bibel“. Abends 6 Uhr. 11/7.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel

find die allbekanntesten, vorzüglich schmeckenden
Spitzweggerichst-Bonbons.
Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei
Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Ebertstraße 46 und Rixdorf, Hermannstraße 46.

Skrofulose u. Lungenkranke

Echt Bergener Lebertran
wasserhell und moßhchmedend, in nur frischer Ware, 1/2 Fl. 1 M., 1/4 Fl. 1,90 M.
Gustav Behm Frankfurter Allee 120, Ebertstr. 46. Rixdorf, Hermannstr. 46.

Am 24. d. M. verschied unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der Zimmermann
Robert Schulz
im Alter von 55 Jahren nach kurzem, aber schwerem Krankenlager.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pioniergemeinde aus statt. Dies zeigen betrübt an 16426 Frau Schulz nebst Kindern.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

G. S. Nr. 2, Hamburg.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer
Robert Schulz,
Pionierstr. 3 wohnhaft, am 24. d. Mts. nach längerem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pionier-Kirchhofes in Nieder-Schönhauser (Norden) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 259/2 Der Vorstand. Bez. II.

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn Bruder und Schwager, der Steinbruder
Richard Baack
im Alter von 38 Jahren nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. 19062
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Westmannen-Kirchhofes in Nieder-Schönhauser aus statt. Dies zeigen betrübt an
Rosa Baack geb. Stolze nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die herzliche und tüchtige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Krause** spreche ich allen beteiligten Verwandten, Bekannten, Kollegen und dem Arbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank aus. Die trauernde Witwe **Anna Krause.** 16446

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Mitglied des Bundes „Solidarität“.
Sonntag, den 29. Januar 1905: Vereinsstour nach B i e l i s e r d e r (Freund). Start 2 Uhr Brandenburger Tor.
NB. Der Mastenball der 8. Abteilung findet am 4. Februar 1905 im Arbeiter-Gesellschaftshaus statt. Es ladet freundlich ein
1/8 Das Komitee.

Dr. Simmel, Pr. 41.

Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-1.
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 62.*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verfallener Kleider, Ausnahmsweise. Kleiderhaus Weidenweg 19. 138*

Bekanntmachung. Heute und folgende Ausnahmsweise werden im Kleiderhaus Weidenweg 19 Betten, Winterpaletots, Gardinen, Ausnahmeweise, Möbelstücke, Tischdecken, Regulatoren, Frischwinger, Teppiche, zu Spottpreisen verkauft. Brautleuten wird hiermit günstigste Gelegenheit gegeben. 138*

Spottbillig! Betten, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Winterpaletots, Remonturwaren, Uhrenten, Regulatoren, Bilder, Spiegel, Möbel, Öfen, Gläser, Büchergarnituren, Leihhaus Grünemann 113 und Neanderstraße 6. Teilszahlungen gestattet. 1525*

Winterpaletots, Anzüge, Hüte, Betten, Bettwäsche, Teppiche zu spottbillig. Kleiderhaus Röntgenplatz 7.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Gobelände, Ausverkauf. Diewitz, Nollendorf-Ordnung, Bahnhofstraße 30.

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Wellmann, Goltzowstraße 26. 2258*

Gardinen, Stores, Tischdecken, Anzenpreise. Keine enorm billig. Gardinen - Versandhaus Krausenstraße 35, Dönhofsplatz. 1573*

Teppiche! (Lehrerbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorn Markt 4, Bahnhofstraße. 142/12*

Federbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer Möbel Ausgabebillig. Dresdenstraße 38, vom II links.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Ballstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelassene und verleihe gewohne Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Bettische 27,00, Ausziehtisch 16, Ausziehtisch mit Federmatratze und Kellern 30, Tischensofa 50, Pannellsofa 70, Schlafsofa 20, Aufbettung 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 69/16*

Zofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 2018*

Teppiche mit Gardinenlehren für Bett-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdzen 4, Ecke Neue Hofstraße. 144*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Vorher, Hornbornerstr. 50.

Steppdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Wäschmaschinen (sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt.